Johann Jacob Moſers,

Königlich-Däniſchen Etats-Raths,

Abhandlung
verſchiedener
Rechts-Materien;

auch andere
brauchbare und angenehme Nachrichten,
und Anmerckungen.

Eilftes Stück.

Ulm, Franckfurt und Leipzig,
bey Johann Conrad Wohler, 1775.

Innhalt
des Eilften Stücks.

I.

Fortſezung der Reichs- und Wahltags-Handlungen wegen der militar-Steuern derer Teutſchen Landſtände und Unterthanen. — — S. 445.

II.

Von der Concipienten Amt, Pflichten, Rechten, Fehlern, Verbrechen und Beſtrafung. 507.

III.

Erwieſene Freyheit derer Reichsſtändiſchen Geſandten von der Reichshofräthlichen Jurisdictions-Sperr. — 554.

IV.

Beytrag zu der Geſchichte und denen Folgen des Smalkaldiſchen Krieges, aus dem Reichshofraths-Protocoll vom Jahr 1550. 643.

I.
Fortſezung
der
Reichs- und Wahltags-Handlungen wegen der militar-Steuern derer Teutſchen Landſtände und Unterthanen.

Lit. A.

Project, welches in beeden höhern *Collegiis ſuper Extenſione* §. Und gleichwie ꝛc. 180. vorigen Reichs-Abſchieds *per Majora* beliebt worden.

1. Gleichwie dieſe heilſame Executions-Ordnung, auch Reichs- und Lands-Defenſions-Verfaßung, dahin angeſehen, damit das Heil. Röm. Reich in beſtändigem Frieden und Ru-

heſtand erhalten werden möge: Alſo ſoll kein Chur-Fürſt oder Stand des Reichs, noch deren Land-Stände, Landſaßen, Städte und Unterthanen, davon eximirt ſeyn, ꝛc.

Ad 1. notandum: Dieſer Paragraphus iſt genommen aus dem Reichs-Abſchied zu Regenſpurg *de anno* 1654. §. 180. ubi formalia ſequentia habentur: „Und gleichwie dieſes hochangelegene Werck zu allgemeiner Wohlfart und des Heil. Reichs beſtändigem Ruheſtand zielet, wovon kein Chur-Fürſt oder Stand, noch derſelben Unterthanen zu eximiren;„ alſo daß allein die Worte: „Reichs- und Lands-Defenſions-Verfaßung ꝛc.„ hinzu geſezt, auf welche den §. Und gleichwie ꝛc. zu extendiren vorlängſt beliebt worden.

2. Dergeſtalt, dafern auch ein Chur-Fürſt oder Stand ſich widerſezen, und an Unſerm Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath oder Kayſerlichen Cammer-Gericht Proceſs dargegen ſuchen würde, derſelbe keineswegs gehört, ſondern gleich à limine Judicii abgewieſen, und, nach Laut gegenwärtiger Executions-Ordnung, wider Ihne zu verfahren erlaubt und freygelaßen, ꝛc.

2. hat nächſt-obige Meynung, und finden ſich folgende Formalia: „Alſo ſoll, „auf den Fall ſich jemand beſagter Ord-„nung widerſezte, und an Unſerm Kay-

„ſerli-

„ſerlichen Reichs-Hof-Rath, oder Kay-
„ſerlichen Cammergericht, einigerley
„Proceſs dargegen zu ſuchen ſich gelüſten
„laßen würde, ein ſolcher keineswegs an-
„gehört, ſondern à limine judicii ab- und
„zu ſchuldiger Parition angewieſen, in
„deßen Entſtehung aber, nach Laut der
„Executions-Ordnung, wider denſelben
„zu verfahren, erlaubt und freygelaßen,
„ꝛc.

3. vornemlich aber eines jeden Chur-Für-
ſten und Standes des Reichs Land-Stände,
Landſaßen, Städte und Unterthänen zu ſolcher
Executions-Ordnung und allgemeinen
Reichs- und Land-Defenſions-Verfaßung,
Friedens-Schluß gemäßen Bündnußen, auch
Beſez- und Erhaltung deren einem oder andern
Reichs-Stand zugehörigen Veſtungen, Städ-
ten, Oertern, Pläzen und Guarniſonen,
Verpflegung der Völcker, und Verſchaffung
anderer hierzu gehörigen Nothwendigkeiten,
ihren Lands-Fürſten, Herrſchafften und Obern
die jedesmal erforderende Mittel gehorſam
und ohnweigerlich beyzutragen ſchuldig, ꝛc.

3. Itidem: „Sonderlich aber ſollen jedes
„Chur-Fürſten und Standes Landſaßen,
„Unterthanen und Burger zu Beſez- und
„Erhaltung der einem oder andern Reichs-
„Stand zugehörigen nöthigen Veſtungen,
„Pläzen und Guarniſonen, ihrem Lands-
„Fürſten, Herrſchafften und Obern mit

„behülfflichem Beytrag gehorſamlich an „Hand zu gehen ſchuldig ſeyn.„ NB. allhier iſt abermalen in Subſtantialibus nichts geändert, nur daß 1) die Worte: „Friedensſchlußmäßige Bündnußen ꝛc.„ eingeruckt worden, als ein Annexum Juris territorialis, und zu der Lands-Defenſion ſo nöthig, daß ſie von ſelbiger nicht auszuſchließen, und weilen Chur-Fürſten und Stände, ſo wohl in Kayſerlichen Wahl-Capitulationen, als auch in Inſtrumento Pacis, dißfalls fundatam intentionem, allwo aller Chur-Fürſten und Ständen Confœderationes und Verbündnüßen, worunter inſonderheit die begriffen, welche zu des Reichs Beſten und gemeiner Lands-Defenſion, auch mehr bequemer Verrichtung der Crayß-Verfaßungen aufgerichtet werden, einzugehen erlaubt: So iſt nicht zu ſehen, was mit Fug darwider könnte moviret werden, zumal ja niemand bedacht ſeyn wird, denen Ständen dasjenige zu benehmen, was Ihnen das Inſtrumentum Pacis ſo expreſſe geben, und ſonſten Jure Status competiren thut. 2.) Iſt bey denen Veſtungen die particula: nöthig, darum ausgelaßen worden, weil nicht allein nicht zu præſumiren, daß man unnöthige Veſtungen bauen werde; ſondern damit denen reſiſtirenden Unterthanen der Anlaß benommen werde, denen Herrſchafften,

ſchafften, wie theils Orten ſchon geſche-hen, die Quæſtion zu moviren: Ob dieſe oder jene Veſtung nöthig ſey oder nicht? 3.) Iſt pro verbis: „mit behülff-„lichem Beytrag ꝛc.„ geſezet worden: „die „jedesmals erforderende Mittel ꝛc.„ wel-ches dann an Seiten der hohen Intereſ-ſirten gar trifftige Urſachen hat; zumal an verſchiednen Orten, wider die Intention des Reichs, die Land-Stände und Unter-thanen die in vorigem Rec. Imp. enthaltene verba: „mit behülfflichem Beytrag ꝛc.„ nach eigenem Belieben interpretiren, und nach ihrem Gutduncken ein ganz ge-ringes, und in keine Weg erkleckliches, beytragen wollen; weßwegen an Seiten der Intereſſirten man bewogen worden, dieſen Paſſum etwas deutlicher einzurich-ten, und, um alle cauſas diſputandi & limitandi zu benehmen, dergeſtalt, wie in dem Project befindlich, einzurichten.

4. Ihnen, den Land-Ständen, Land-ſaßen, Städten und Unterthanen aber, an andere Ort ſolche Mittel ſub quocunque præ-textu zu liefern, ernſtlich verbotten ſeyn.

4. Die Inſertio ruhet auf der Billigkeit; allermaßen unziemlich, daß die Land-Stände die nöthige Mittel, ſo ſie zur Defenſion des Reichs und ihres Vatter-lands herzugeben ſchuldig, an andere Orte zu Turbirung Frieden und Ruheſtan-

des hin- und auzuwenden frey ſtehen ſolle.

5. Und wo einer oder mehr Land-Stände, Landſaßen, Städte und Unterthanen in Hergebung obgedachter Mittel ſich ſäumig erzeigen, oder des würcklichen Beytrags auf ein- oder andern Weg entziehen, und zu deßen Behuff einige Proceſs oder Inhibitiones auszuwürcken ſich unterſtehen würden, derſelben Klag eben ſo wenig, als obgehört, bey Unſerm Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath oder Kayſerlichen Cammer-Gericht angenommen, ſondern ſie zu ſchuldiger Parition angewieſen, und, da auch ſchon auf dergleichen Klagden allbereits Proceſs und Mandata erkennet wären, oder noch erkennet würden, ſelbige Krafft dieſes für jezt und ins künfftig aufgehoben und ungültig ſeyn, ꝛc.

5. Der hauptſächliche Innhalt dieſes Paſſus iſt wiederum aus dem §. 180. *Receſſus Imperii de anno* 1654. genommen: Im Reichs-Abſchied zu Regenſpurg 1566. aber wird §. 44. und 45. davon alſo diſponirt: daß auf den Fall die Unterthanen dieſer Condition (den Beytrag zum Türcken-Krieg betreffend) nicht pariren und gehorſamen, ſondern ſich widerſezen würden, ſie in pœnam dupli gefallen ſeyn, und vigore des Reichs-Abſchieds zu Regenſpurg *de anno* 1576. von ihrer Obrigkeit darzu angehalten werden

werden ſollten; daß auch am Cammer-Gericht kein Proceſs denen ungehorſamen und ſäumigen Unterthanen gegen ihre Obrigkeit erkannt werden ſolle, wird nicht allein in dem jüngſten Reichs-Abſchied zu Regenſpurg *de anno* 1654. expreſſe cavirt, ſondern iſt vorhero ſchon in denen alten Reichs-*Conſtitutionibus de anno* 1576. §. 15. 1582. §. 14. 1594. §. 12. 1598. §. 14. 1603. §. 20. und mehr andern ſtatuirt; alſo dermalen nichts Neues verordnet, ſondern blos das Alte wiederholet.

6. Auch von denen Lands-Fürſten, Herrſchafften und Obern, zu Mauutenenz Ihrer Jurium ſelbſten, oder, auf Bedörffen, mit Aſſiſtenz Ihrer benachbarten Ständen, ſolche widerſezliche und ungehorſame Land-Stände, Landſaßen, Städte und Unterthanen,

Dieſer Paſſus iſt gezogen ex *Capitulatione Leopoldina*, & *Articulo* 15. *Capitulationis perpetuæ*, da expreſſe verſehen: Daß Chur-Fürſten und Ständen zugelaßen und erlaubt ſeyn ſolle, ſich, nach Verordnung der Reichs-Conſtitutionen, bey Ihren hergebrachten und habenden Lands-Fürſtlichen und Herrlichen Juribus ſelbſten, und mit Aſſiſtenz Ihrer Benachbarten, wider Ihre Unterthanen zu manuteniren, und ſie zum Gehorſam zu bringen.

7. Ungehindert ihrer darwider einwendenden Exceptionen und Exemtionen ꝛc. zum Gehorſam gebracht ꝛc.

7. Was die Worte: „ungehindert ihrer darwider habenden Exceptionen und Exemtionen ꝛc.„ item infra: „noch auch „einige Privilegia und Exemtionen ꝛc.„ anlangt, ſeynd dieſelbe hergenommen aus unterſchiedenen alten Reichs-Abſchieden, ſo von den Türcken-Kriegen und Executions-Ordnung handlen, in ſpecie aus dem Reichs-Abſchied zu Augſpurg 1555. §. 81. 161. „Nachdem Chur-Fürſten und Ständen, Ihre Unterthanen, ſie ſeyen exemt, befreyet, oder nicht befreyet, mit Steuren zu belegen erlaubt ꝛc.„ darauf §. 100. alſo: „Und ſoll wider alles, ſo obgeſezt, niemand, wes Würden, Stands oder Weſens der ſey, einige Gnad, Privilegia, Freyheit, Herkommen, Bündnuß oder Pflicht, von der Kayſerlichen Majeſtät, Uns oder andern, hiebevor ausgangen und verfaßet, indem die in einige Weis wider dieſe Ordnung ſeyn, oder thun möchten, mit was Worten, Clauſuln und Meynungen die geſezt und verpflichtet wären, ſchüzen, ſchirmen, verantworten, befreyen, ausziehen, in keine Weg ꝛc.„ und aus dem Reichs-Abſchied zu Augſpurg *de anno* 1566. §. 42. allwo noch viel nachdrücklichere und dieſe Termini

mini zu finden: „Ungehindert aller Verträg, Obligationen, Statuten, Gebräuchen, Gewohnheiten und Herkommen, ſo einige Stifft oder Städt mit Ihren Biſchoffen, Fürſten und Obrigkeiten in dieſen Fällen haben, allegiren und fürwenden möchten;„ welches auch in denen Reichs-Abſchieden zu Regenſpurg *de Anno* 1576. §. 12. Augſpurg 1582. §. 11. Regenſpurg 1594. §. 11. Regenſpurg 1598. §. 13. Regenſpurg 1603. §. 19. wiederholet wird. NB. Wann nun dieſes in denen Türcken-Kriegen alſo ſtatuirt, hält man darfür, daß es nicht weniger in der Reichs- und Lands-Defenſions-Verfaßung, zumalen dem Ruheſtand des Heil. Reichs an derſelben, wo nicht mehr, doch eben ſo viel, gelegen, müßte geſezt und geordnet werden.

8. Auch denen Land-Ständen, Landſaßen, Städten und Unterthanen weder einige Verbündnuß, Verſtrickung und Zuſammenthuung unter ſich, unter was Schein und Nahmen das immer geſchehen kan, wider ihre Lands-Fürſten, Herrſchafften und Obern, an andere Potentaten und Republiquen, oder andere Stände und Unterthanen, vermittelſt gewißer Confœderation, Mediation, oder ſonſt in andere Wege, anhängen, derſelben Hülff begehren, würcklich annehmen und gebrauchen, noch ihnen einige Privilegia und Exem-

Exemtiones, wie ſie auch Nahmen haben, oder zu was Zeit ſelbige erlangt ſeyn mögen, ſo viel Eingangs gedachte Executions-Ordnung, auch zu Erhaltung beſtändigen Frieden- und Ruheſtands angeſehene gegenwärtige und künfftige Reichs- und Lands-Defenſions-Verfaßung anbetrifft zu ſtatten kommen, oder einige Befreyung gedeyhen ſollen.

8. Dieſes alles iſt abermal genommen aus dem *Artic.* 7. *Capit. Leopoldinæ*, und *Artic.* 15. der beſtändigen Wahl-*Capitulation*, allwo verſehen, daß ein Römiſcher Kayſer alle unziemliche häßliche Bündnußen, Verſtrickungen der Unterthanen, was Stands oder Würden die ſeyen, ingleichem die Empörung und Aufruhr und ungebührliche Gewalt, ſo gegen die Chur-Fürſten oder andere Stände, die ohnmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen, vorgenommen, und die hinfüro geſchehen möchten, will der Römiſche Kayſer aufheben, und mit Ihrer, der Chur-Fürſten und Ständen, Rath und Hülff daran ſeyn, daß ſolches, wie ſich gebührt, und billig iſt, in künfftiger Zeit verbotten, und fürkommen, keineswegs aber dazu durch Ertheilung unzeitiger Proceſſen geholffen werden; Und *Artic.* 19. *Capitulationis Leopoldinæ* iſt folgende Vorſehung zu finden: „Alſo wollen Wir nicht allein durch Abmahnungs-Schreiben ſolchen weit-ausſehen-

ſehenden Vornehmen begegnen, und nicht geſtatten, daß, der Guldenen Bull, dem Friedens-Schluß und denen Reichs-Conſtitutionen zuwider, einige mediat-Unterthanen mit auswärtigen Potentaten und Republiquen, oder anderwärtigen Reichs-Ständen, oder Dero Land-Ständen und Unterthanen, eine Confœderation, Protection, Mediation und Garantie, ſub quocunque prætextu vel colore, eingehen, oder aufrichten mögen;„ et paulo inferius: „Inſonderheit aber diejenige, welche ſich wider ihre Lands-Obrigkeit an fremde Gewälte hengen, und derſelben Hülff, Indigenat und Schuz würcklich begehren, anzunehmen, gebrauchen, dabey zu beſtehen ſich unterfangen, ernſtlich verfahren.„ Item in dem Land-Frieden zu Augſpurg 1548. aufgerichtet, §. Als weyland Kayſer *Maximilianus &c.* iſt löblich verſehen, daß keiner dem andern ſeine Unterthanen abziehen, oder zum Ungehorſam wider ihre Obrigkeit bewegen, oder dieſelbe, ohne obgemeldter ihrer Obrigkeit Wißen und Willen, anders, wie es jederzeit bey Unſern Vorfahren, Römiſchen Kayſern und Königen, Lobwürdiger Gedächtnus, und Uns herkommen iſt, in Schuz und Schirm annehmen ſolle: videantur porro Reichs-Abſchied zu Augſpurg *anno* 1518. §. 2.

Reichs-Abſchied zu Speyer *de anno* 1529. §. Wie auch Chur-Fürſten ꝛc. 10. & *ibidem de anno* 1542. §. 61. 62. 63. 64. & 90. Reichs-Abſchied zu Augſpurg *de an.* 1551. §. 25. *Aurea Bulla tit. Deteſtandas præterea &c.* 15. Reichs-Abſchied zu Speyer *an.* 1544. §. 10. 11. 34. 35. 36. 37. 40. & 41. Reichs-Abſchied zu Regenſpurg *an.* 1557. §. 49. & *ſeqq.* Reichs-Abſchied zu Augſpurg *an.* 1559. §. 46. Wann nun die Land-Stände, Landſaßen, Burger und andere Unterthanen, in Conſtitutione Imperii ſine ulla, quacunque tandem, exceptione & exemtione zur Türcken-Hülff, und dergeſtalt außer des Reichs, gehalten und obligirt ſeynd, welches man doch gern, als wegen der Vormauer, zulaſſen thut; ſo kan man nicht ſehen, mit was Raiſon angeregte Land-Stände ꝛc. in gemeiner Reichs- und Lands-Defenſion nicht auf gleiche Weiſe ſollen mögen collectirt werden; wohl erwogen, daß in primo geſamter Chur-Fürſten und Ständen, und Ihrer Land und Leuten Fried und Ruheſtand, und in ſecundo caſu nicht nur des Lands-Fürſten ꝛc. ſondern auch der Land-Ständen und Unterthanen ſelbſten, Sicherheit und Conſervation mit verſiret, und notorie das Jus belli & pacis, armorum & fœderum allein denen Lands-Fürſten,

Herr-

Herrſchafften und Obern, welchen dieſe Jura in dem Inſtrumento Pacis aufs neue beſtättiget, und keineswegs den mediat-Land-Ständen und Unterthanen, competirt, ꝛc.

Gleichwie nun aus dieſer ausführlichen Remonſtration zur Genüge erhellet, daß dasjenige, was die intereſſirte Chur-Fürſten und Stände billigmäßig ſuchen, nichts Neues oder Ohngeziemendes, ſondern in denen alten und neuen Reichs-Conſtitutionen, inſonderheit auch dem Inſtrumento Pacis und Kayſerlichen Wahl-Capitulationen, nicht allein beſtens fundirt, ſondern mehriſtentheils oberwehnter maßen ſo gar verbotenus daraus gezogen worden iſt; Alſo läßet man männiglich judiciren, ob dann diß etwas Neues ſeye, ſo weder in denen vorigen Reichs-Abſchieden noch dem Inſtrumento Pacis enthalten? Nicht weniger kan aus deme, daß die Land-Stände, Landſaßen, Städte und Unterthanen zu der Executions-Ordnung, und allgemeiner Reichs- und Lands-Defenſions-Verfaßung, Friedens-Schluß gemäßen Bündnüßen, auch Beſez- und Erhaltung der Veſtungen, Ort und Pläze, Verpflegung der Völcker, und anderer darzu gehörigen Nothwendigkeiten concurriren ſollten, die Folg nicht erzwungen werden, als ob ſie eo ipſo alles, was, wann, und ſo offt es gefordert werde, ohne Unterſchied herzugeben, obligirt wollten werden; zumalen die ins Mittel

tel gebrachte Final-Clauſula ausdrücklich ad caſus neceſſitatis der jezo oder ins künfftig vorfallenden Reichs- und Lands-Defenſion lautet, ſo denen Reichs-Conſtitutionen, Inſtrumento Pacis, und Kayſerlichen Capitulationen, wie erſt verſtanden, allerdings gemäs iſt. Welche Meynung es dann 3. auch hat mit deme, daß denen Land-Ständen und Unterthanen wider Ihre Lands-Fürſten keine Proceſs ſollten geſtattet, oder die erkannte wiederum caſſirt; Sodann derſelben zu Zeiten vorſchüzende Privilegia und vermeynte Exemtiones dißfalls nicht attendirt werden; als welches, remonſtrirter maßen, ſchon in alten und neuen Reichs-Conſtitutionibus, und zwar in noch viel ausdrücklichern Terminis, alſo klar verſehen iſt, daß nicht zu ſehen, wie ſolches erſt jezo bey bloßer Wiederholung ſolcher vorigen heilſamen Reichs-Sazungen für bedencklich gehalten werden könne. So könnten 4. die Stände dieſe ihre Befugniß nicht erſt jezo auf eine Durchſuchung des alten Herkommens, ſo wohl ein- oder anders Seculum erfordern möchte, ausſtellen laßen; weil, ſchon öffters gemeldeter maßen, der Ständen aus den Reichs-Abſchieden, Kayſerlichen Capitulationen und Inſtrumento Pacis illimitate competirende Jura dißfalls vorhin klar genug ſeynd; würde dahero zu deſto reiffern Nachdencken geſtellet: Ob nicht bey nächſt-vorermeldten Puncten ſo wohl, als bey der ganzen Extenſions-Materie, nicht nur die

die bißhero ſogenannte Intereſſirte, ſondern alle Chur-Fürſten und Stände, zugleich intereſſirt ſeyen? Dann ja einem ſo wohl als dem andern beſchwerlich fallen ſollte, Ihre Libertät und unwiderneinlich competirende Jura erſt mit Dero Land-Ständen und Unterthanen auszutragen: Ob es ein recht- oder ohnrechtmäßiges Herkommen? in Proceſs und Streit erwachſen zu laßen; da doch, wann es um Beyhülf zu einem Türcken-Krieg, und alſo Succurrirung eines extranei Regni, oder dergleichen, zu thun, nicht allein, vermög der alten Reichs-Conſtitutionen, dergleichen vermeyntes Herkommen und Obſervanz ſo wenig in Conſideration kämen, daß vielmehr ſelbiges per expreſſum verworffen, und die Clauſula: „andern Herkommens ungehindert„ eingerucket zu finden, ſondern auch in ſpecie bey dem, was in nächſt-vorigem Reichs-Abſchied *de anno* 1654. §. Und gleichwie ꝛc. zu Stabilirung Puncti Securitatis publicæ von der Land-Ständen und Unterthanen Beytrag zu denen Veſtungen und Guarniſonen einhellig ſtatuirt, um deßen Extenſion es dermalen zu thun, darauf nicht die geringſte Reflexion genommen worden; ja, und da darauf das Abſehen hätte gerichtet werden wollen, es weder damalen noch anjezo der weitern Conſtitution bedörfft hätte; ſo doch insgemein von allen drey Reichs-Collegiis ſehr gut und nöthig befunden worden; welches alles man an Seiten der Intereſſirten

Chur-Fürſten und Ständen zu dem Ende etwas ausführlicher vorzuſtellen für eine Nothdurfft ermeßen, damit ſie nicht allein deſto kläre erſehen, daß die dißeitige Intention allein ad conſervationem Libertatis & Jurium Statuum gerichtet und angeſehen ſey, des beſtändigen guten Vertrauens, ſelbige ſich dardurch von dißeitiger Intention nicht abwendig machen laßen, ſondern vielmehr mit ſelbiger conformiren, und mit und neben den Intereſſirten dahin trachten werden, wie die Jura Statuum, und ſonderlich das Jus & Regale Collectationis, als der eigentliche Fundus aller nöthigen Reichs-Ob- und Anlagen, in ſalvo ungekränckt erhalten werden möge; widrigen Falls man ſpecialiter befelcht, vorige beſchehene Conteſtationes, Declarationes, Proteſtationes und Reſervationes, nochmalen zu wiederholen, mit dem Anhang, daß man, bey ſolcher Beſchaffenheit, dieſe in beeden höhern Collegiis per Majora allbereit concludirte Sache in keine weitere Conſultation und Compromiſs ſtellen zu laſſen bedacht, ſondern wider alles, was, gegen beſſeres Verhoffen, in contrarium beſchehen möchte, per expreſſum nochmalen proteſtirt haben wolle, ſich auch die hohe Herren Intereſſirte bemüßiget finden werden, ſich ſelbſten, mit Zuſammenſezung Dero eigenen Kräfften, bey Ihren Juribus, falls von Dero Land-Ständen und Unterthanen einige ungeziemende Widerſezlichkeit erzeiget werden wollte, beſtmöglichſt zu main-

mainteniren, und hierzu aller dienlich- und in den Reichs-Conſtitutionen und Inſtrumento Pacis erlaubter Mittel zu gebrauchen.

Hildesheim: Es wäre erinnerlich, was Ihre Chur Fürſtliche Durchlaucht zu Cölln, in denen wegen Dero Stifftern Hildesheim, Lüttich und Berchtolsgaden, in dieſem Löbl. Fürſten-Rath abgelegten verſchiedenen Votis für trifftige Motiven und Rationes vorſtellen laßen, warum Sie zu dem anjezo in Propoſition geſtellten Puncto Securitatis, den Sie ſonſten gern quovis modo befördert ſehen, ehe und bevor der Punctus Extenſionis ſeine Richtigkeit erlangt, nichts beyzutragen, weder votando vernehmen zu laßen vermögen; deme man dann ein- und anders wohl hinzu thun könnte: Weil aber die Zeit bereits verfloßen; als wollte man es bis zu anderer Gelegenheit reſervirt, und immittelſt auf das anjezo abgelegte Chur-Bayeriſche Votum ſich bezogen haben; Wegen

Straßburg, Murbach und Lüders, Stablo und Fürſtenberg, hätte man diß Orts in ſpecie keine weitere Inſtruction empfangen; dahero man es dann billig bey denen abgelegten Votis bewenden laßen müße; man wolle jedoch nicht zweiflen, es würden ſich annoch ſolche Temperamenta herfür thun, wordurch dieſe Difficultät gehoben werden könne.

Halberſtatt: Wiewohl man anfänglich bey beſchehener Propoſition des bekannten §. Und gleichwie ꝛc. zu verſtehen gegeben, daß Ihre Chur-Fürſtliche Durchlaucht zu Brandenburg ꝛc. Sein gnädigſter Herr ꝛc. Ihres Orts eben ſo wenig, als andere, nöthig hätten, Ihrer Unterthanen halber Sorg zu tragen; als welche bey allen Vorfallenheiten, wie getreuen Land-Ständen und Unterthanen gebührt, ſich bezeuget, und Ihro unter die Arm gegriffen; So hätten Sie doch nicht umhin gekönnt, ſich des denen Chur-Fürſten und Ständen competirenden und nöthigen Juris collectandi anzunehmen, und diejenige, ſo deßen Veſtſtellung urgirt, und dabey intereſſirt, ſecundiren zu laßen: Und weilen Sie bey dieſer Meynung fürohin beharren würden; als wolle Er ſich mit demjenigen, was anjezo von dem vortrefflich-Bayeriſchen, Hildesheim- und Straßburgiſchen Herren Abgeſandten vorgeſtellet worden, ſub rato verglichen, und ſolches ſecundirt haben.

Bayern: Was vorhero an Seiten Bayern vorgeſtellet, werde auch, hinterlaßenermaßen, nomine Pfalz-Neuburg repetirt.

Mechlenburg-Schwerin: Diß Orts habe man ſich vielfältig erkläret, daß ſein gnädigſter Herr jederzeit intentionirt geweſen, den Punctum Securitatis publicæ nach Möglichkeit befördern zu helffen, bey welcher Intention Se. Durchlaucht annoch verharren, wann Ihro nur ſo wohl als andern die darzu

noth-

nothwendige Mittel gelaßen, und nicht entzogen würden: Wie es aber diß Orts damit beſchaffen, und wie widerwärtig ſich Dero Landſtände und Unterthanen dißfalls erzeigen, davon werde vielleicht nächſtens ein mehrers zu vernehmen ſeyn, conformire ſich ſolchemnach allerdings mit Bayern, unterdeßen aber gebe man dieſem Löbl. Collegio zu bedencken, wie unmöglich es ſeyn würde, bey dem Reichs-Verfaßungs-Werck den intendirenden Zweck zu erreichen, wann nicht ratione des Beytrags der Unterthanen eine Gleichheit unter den Ständen gehalten werden ſollte.

Mecklenburg-Güſtrow: Man bedingt jedoch ſo wohl in gegenwärtiger, als allen dergleichen Materien, die Ausmachung des Extenſion-Puncts, als eine ohnnachläßige Condition, (weßwegen man ſich auf dasjenige, ſo anjezo von dem vortrefflichen Herrn Bayeriſchen Geſandten aus denen Reichs-Abſchieden und andern Fundamental Geſezen angeführt worden, beziehet,) cum reſervatione ulteriorum.

Pfalz-Lautern: Es ſey erinnerlich, was Ihre Chur-Fürſtliche Durchleucht zu Pfalz bey Deliberation des Puncti Extenſionis für ein Monitum wegen der Lehen-Leut vorſtellen laßen: weil Sie nun verhoffen, es würde ſolches nicht außer Conſideration gelaſſen werden; ſo habe Er hac occaſione ſolch Monitum zu wiederholen nicht ermanglen ſollen.

Freyſingen und Regenſpurg: Weilen der vortrefflich Bayeriſche Herr Geſandte ſich anjezo dahin vernehmen laßen, daß deren circa punctum Extenſionis §. Und gleichwie ꝛc. intereſſirten Herren Ständen Intention niemal anderſt geweſen, als daß dieſelbe alleinig ad caſum neceſſitatis & Securitatis publicæ verſtanden werden ſoll; Als könne man ſich ex parte Freyſingen und Regenſpurg, ſo viel ermeldte Extenſion betrifft, gar wohl damit conformiren; jedoch mit dieſer ausdrucklichen Reſervation, daß in allen andern Fällen, (zu verſtehen extra caſum neceſſitatis & Securitatis publicæ,) die Stände bey Ihren Privilegiis, Immunitatibus, und alten Herkommen gelaßen werden ſollen.

Oeſterreich: Es wäre dißmal die Inſtruction der Generalität, nicht aber der Punctus Extenſionis, in Propoſition geſtellet worden.

Bayern: Es lauffe aber der Punctus Extenſionis in die materiam Securitatis mit ein: Und weil man verſpühre, daß ein- und anderer der dabey Intereſſirten bißhero geführte Intention nicht recht eingenommen; ſo hätte man nöthig erachtet, anjezo deswegen einige Vorſtellung zu thun, um ſo viel mehr, weil die ſchon vor einem halben Jahr eingelangte Kayſerliche Reſolution ratione Paragraphi Extenſionis, noch zur Zeit nicht in Anſag oder Propoſition gebracht worden.

Braun-

Braunſchweig-Calenberg: Bitte um Communication desjenigen, ſo anjezo von Bayern und Mechelburg vorgebracht worden, damit man ſich darinn nach Nothdurfft erſehen könne.

Mechlenburg-Schwerin: Wolle den Herrn Bayeriſchen Geſandten auch ſelbſt erſucht haben, Sein vorhero pro informatione abgeleſenes votum zu communiciren, damit ein- und anderer dißeitige Intention um ſo eigentlicher abnehmen möge; daß man nichts Unbilliges, ſondern allein, was die Nothdurfft erfordere, hierunter ſuche. Es hätten ſich bißhero die Unterthanen geweigert, dasjenige, was in den Crayſen ſelbſt geſchloßen worden, zu præſtiren; ſeye dahero leicht zu erachten, daß ſie ſich zu anderm Beytrag noch weniger verſtehen würden, wann nicht ein durchgehendes Reichs-Concluſum dißwegen ins Mittel gebracht werden ſollte.

Oeſterreich: Was die verlangende Communication des Bayeriſchen Voti belange, ſeye ſelbiges ohnedem Pars Protocolli, und werde niemand verſagt werden.

Da die Sache in der bey dem Herrn von Ludolf befindlichen Relation in etwas anderſt erzählet wird; ſo wollen wir ſelbige auch mitnehmen. Nach derſelbigen hat Bayern angezeigt, daß nicht allein der ſo genannten Intereßirten, ſondern geſammter Chur-Fürſten und Stände, ſo wohl geiſt- als weltlicher, Intereße darunter verſire, und zwar dergeſtalt,

ſtalt, daß denen Chur-Fürſten und Stän-
den insgemein eines aus denen vornehmſten
Juribus, nemlich das Jus collectandi, wo
nicht gar entzogen, jedoch dergeſtalt geſchmä-
lert würde, daß es mehr in der Land-Stände
und Unterthanen Diſcretion, als der Landes-
Fürſten und Obern Macht und Autorität be-
ſtehen wolle. Die Intention der Intereßirten
wäre nicht dahin gemeint, daß eine ganz neue,
weder in vorigen Reichs-Abſchieden, noch
dem Inſtrumento Pacis befindliche Reichs-
Conſtitution zu ſuchen, ſondern verlangten
nichts anders, als was ſubſtantialiter in de-
nen alten und neuen Reichs-Sazungen, Kayſer-
lichen Wahl-Capitulationen und Inſtr. Pacis
bereits ſanciret, auch von andern Ständen
täglich in denen die Reichs- und Landes-De-
fenſion betreffenden Fällen practicirt, und
ohne Widerrede genoßen wird: Und wann
man den in beyden höhern Collegiis per Majo-
ra beliebten Auffaz durchgehe, thäte ſich de §.
ad §. ad oculum herfür, daß alles aus denen
alten und neuen Receſſibus Imperii, Capitu-
lationibus Cæſareis und Inſtrumento Pacis
gezogen ſeye; wie aus folgendem erhelle. - - -
Weiter hat Bayern angezeigt, daß aus deme
die Folge nicht erzwungen werden könnte, daß,
weil die Land-Stände, Landſaßen, Stätte
und Unterthanen zu der Executions-Ordnung
und allgemeinen Reichs- und Landes-Defen-
ſions-Verfaßung, Friedens-Schluß gemä-
ßen Bündnißen, auch Beſez- und Erhaltung
der

der Veſtungen, Oerter und Pläze, Verpflegung der Völcker, und andern darzu gehörigen Nothwendigkeiten, concurriren ſollten, eo ipſo ſie alles, was, wann und ſo offt es gefordert werde, ohne Unterſcheid herzugeben obligiret werden wollten; zumalen die ins Mittel gebrachte Final-Clauſul ausdrücklich ad caſus neceſſitatis der jezo oder ins künfftige vorfallenden Reichs- und Landes-Defenſion lautet, ſo denen Reichs-Conſtitutionen, Inſtrumento Pacis und denen Kayſerlichen Capitulationen allerdings gemäß: Es könnten auch die Stände dieſe ihre Befügniß nicht erſt jezo auf eine Durchſehung des Herkommens, das wohl ein- oder anderes Seculum erfordern möchte, ausſtellen laßen, weilen, ſchon öffters gemeldter maßen, derer Stände aus denen Reichs-Abſchieden, Kayſerlichen Capitulationen und Inſtrumento Pacis illimitate competirende Jura dißfalls vorhin klar genug ſeynd; wird dahero zu deſto reifferem Nachdencken geſtellet: Ob nicht bey nächſt-vermeldeten Puncten ſo wohl, als bey der ganzen Extenſions-Materie, nicht nur die bißhero ſo genannte Intereßirte, ſondern alle Chur-Fürſten und Stände zugleich intereßirt ſeyn; dann ja einem ſo wohl als dem andern beſchwerlich fallen ſollte, ihre Libertät und unwiderneinlich competirende Jura erſt mit Dero Land-Ständen und Unterthanen auszutragen: Ob es ein rechtmäßiges oder unrechtmäßiges Herkommen? in Proceß und Streit erwachſen zu laßen; da

doch, wann es um Beyhülff zu einem Türcken-Krieg, und alſo Succurrirung extranei Regni oder dergleichen zu thun, nicht allein vermög der alten Reichs-Conſtitutionen, dergleichen vermeintes Herkommen und Obſervanz ſo wenig in Conſideration kommen, als vielmehr ſelbiges per expreſſum verworffen, und die Clauſula: „andern Herkommens ungehindert,„ eingeruckt zu befinden, ſondern auch in ſpecie bey dem, was im nächſt-vorigen Reichs-Abſchied de An. 1654. §. Und gleichwie ꝛc. zu Stabilirung puncti Securitatis publicæ von der Land-Stände und Unterthanen Beytrag zu denen Veſtungen und Guarniſonen einhellig ſtatuirt, ꝛc. um deßen Extenſion es dermalen zu thun, darauf nicht die geringſte Reflexion genommen worden, ja wann darauf das Abſehen hätte gerichtet werden wollen, es weder damalen noch anjezo der weiteren Conſtitution bedürfft hätte, ſo doch insgemein von allen dreyen Reichs-Collegiis für gut und nöthig befunden worden.

Hierauf haben die denen Intereßenten zuwider ſeyende vermeldet, wie auf alles dieſes ſchon vorhero ſattſam ſeye geantwortet worden: Es blieben auch die von Chur-Bayern für ſich angeführte Reichs-Grund-Geſeze in ihrer Gültigkeit: Sie wären aber offt mit Haaren herbeygezogen, und dienten meiſtens zu der vorſeyenden Materie nichts; beruhe derohalben der daher genommene Beweisthum in vielen Stücken auf ſchwachem Grunde.

Die

Die bey dieſer Relation befindliche rechtliche Vertheidigung des Projects derer Intereſſirten iſt von dem vorhin beygebrachten ebenfalls in vielem unterſchieden: Doch da beyde im Hauptwerck mit einander übereinkommen, will man ſich hier dabey nicht aufhalten.

§. 65.
13. (23.) Octobr.

Actum im Fürſtenrath, Freytag den 13. (23.) Octobris. 1671. ꝛc.

Wetterauiſcher Grafen Geſandter: Man hätte in voriger Wochen den 17. diß wegen der Wetterauiſchen Grafen und Herren, ſo theils im Ober-Rheiniſchen, theils im Ober-Sächſiſchen Crayß geſeßen und conjunctim ſtarcke Reichs-Onera zu tragen haben, in Pleno conteſtirt: daß dieſelbe die noch übrige Erörterung des höchſtnöthigen Puncti Securitatis publicæ, ihrem äußerſten Vermögen nach, wollten befördern helffen; wobey es nochmals ſein Bewenden hätte: Man bedinge aber ausdrucklich, (welche Verwahrung und Anzeig man auch ad protocollum zu nehmen bitte,) daß man ſich von niemand ſub prætextu Feudalitatis, wider die gemeine Lehen-Rechte und hergebrachte Obſervanz, werde beſchweren laßen, und daß Seine allerſeits gnädige Grafen und Herren immediate bey dem Crayß-Corpo, und an keinem andern Ort, mit ihren Quantis Circularibus bey vorhabender Reichs-Verfaßung zu concurri-

curriren gemeynt ſeyn, des Verſehens, es werden andere vornehme Stånde, welche Feuda zu recognoſciren haben, hierunter gleichmåßige Intention führen.

Schwåbiſcher Grafen Geſandter: Diſſeits müßte man dasjenige ex mandato wiederholen, was anjezo von dem Gråflich-Wetterauiſchen Geſandten vorgebracht worden, und ſeye erinnerlich, welchergeſtalt man in der dritten den 5. (15.) Octobr. verwichenen Jahrs in Puncto Extenſionis gehaltenen Seſſion, wegen der Vaſallen und Lehen-Leut vorgekommenen Monito contradicirt, und dargegen alle behörige Nothdurfft reſervirt; ſo man ebenmåßig anhero repetirt haben wolle: Und nachdeme anderſeits conteſtirt worden, daß unter ſolchem Monito anders nichts geſucht würde, als was die Jura feudalia an an ſich ſelbſt mitbråchten; als werde verhoffet, daß man angeregtes Monitum von ſelbſten werde fallen laßen, weil die Lehen-Rechte ſchon von ſelbſten geben, wohin und wie weit ſich der Vaſallen Schuldigkeit erſtrecke.

Brandenburg-Culmbach: Man beziehe ſich dißeits ad Protocollum, worinn enthalten, was ex hac parte gegen ſolches die Vaſallen betreffendes Monitum vorgeſtellet worden. Die Vaſallen gehörten nicht zum Puncto Extenſionis; dano in dieſem würde nur das Jus collectandi attendiret, und habe nichts mit dem Jure Vaſallagii zu thun. Nachdeme auch Ihre Chur-Fürſtliche Durchleucht

leucht zu Pfalz ſo viel declariren laßen, daß Sie nichts contra Jura feudalia begehrten; So ſehe man nicht, worzu es des Moniti in dieſem Extenſions-Punct bedörffte; ſondern könnte bey den gemeinen Lehen-Rechten gelaſſen werden.

Pfalz-Lautern: Er wiße nicht, worzu dergleichen Reſervation und Verwahrung gegen dißeitiges Monitum angeſehen, und ob man einander nicht mehr recht verſtehen wolle; dann ja von niemand einiger Collectation der Grafen gedacht worden: Wann man ſich aber ſelbſt ſolche Dubia machen wolle, müßte Ers dahin geſtellt ſeyn laßen.

Wetterauiſche Grafen: Dieſes Gräflichen Collegii Intention ſeye allein dahin gemeynt, ſich ſub prætextu Feudalitatis wider die Lehen-Rechte nichts aufbürden zu laßen.

Braunſchweig-Wolffenbüttel: Laße es bey der Brandenburg-Culmbachiſchen Erinnerung bewenden, und wolle nicht hoffen, daß man unter einem andern Prætext etwas zu introduciren gemeynt ſeyn werde, ſo denen Lehen-Rechten entgegen. Was die Vaſallen zu præſtiren ſchuldig, ſeye bekannt; dabey ſollte man es laßen, und nichts Neues einführen.

Heßen-Caßel: Reſervire die Nothdurfft gleichergeſtalt, und wiederhole vorige in hac materia abgelegte Vota.

Hoch-

Hoch- und Teutſchmeiſteriſcher Geſandter: Im übrigen wolle man alle fernere Nothdurfft vorbehalten, auch wegen des Puncti, die Vaſallen betreffend, des Hoch-Löbl. Ritterlichen Teutſchen Ordens Jura beſter maßen verwahret haben. Und eben dieſes werde auch wegen Eichſtätt, Coſtanz, Baſel und Baaden-Baaden ſuo loco & ordine wiederholt. - - - -

Bayern: Wiewohl man jüngſtens die Urſachen, warum man ſich dißeits weder in der jezt-vorhabenden noch andern dergleichen Materien heraus zu laßen vermöchte, angezeigt; ſo könnte Er jedoch nicht umhin, nachdeme anjezo von einigen wegen Verwahrung der Jurium Circularium - - Meldung geſchehen ꝛc. - - -

Mecklenburg-Schwerin: Mit voriger Reſervation, daß die in puncto Extenſionis ſ. Und gleichwie ꝛc. annoch vorſeyende Difficultät abgethan, und dieſer Punct zum Stand gebracht werden müßte, könnte man ſich ꝛc.

Mecklenburg-Güſtrau: Dißeits könnte man ſich, nebſt gleichmäßiger von Mecklenburg-Schwerin geſchehener Reſervation ratione Puncti Extenſionis &c. mit dem Braunſchweig-Calenbergiſchen Voto vergleichen, ꝛc. - - - Im übrigen zweifle man nicht, es werde, vermög der zum öfftern dißeits gethanen Conteſtation, die aufrichtige Intention,

tion, ſo man bey dem Puncto Extenſionis führet, zur Genüge bekannt ſeyn; dahero dann auch billig einem jedwedern Stand dasjenige, ſo Ihme von Gott, Rechts- und der Reichs-Sazungen wegen gebührte, gelaßen werden müßte; immaßen man nicht zweifelte, es werde kein Stand ſeyn, welcher nicht bey einem widrigen ſeine Diſplicenz ſehen laßen, und daran ſeyn würde, damit dem Werck in der That abgeholffen werde.

§. 66.

1. Dec.

Den 1. Dec. hat Bayern und Pfalz-Neuburg dieſes Wercks nur diſcurſive Erwähnung gethan.

§. 67.

6. Dec.

Den 6. (16.) und 8. (18.) Dec. wurde von Beſtellung der Reichs-Generalität gehandelt; da dann Bayern, Pfalz-Neuburg, ſonderlich aber Mecklenburg-Schwerin wiederhohlten, was wegen der nothwendigen Beytrags-Mittel und Unterhaltung ſo offt in denen abgelegten Votis mit allen Umſtänden angezeigt worden. Mecklenburg-Güſtrau urgirte auch die Erledigung des puncti Extenſionis, als welcher die Mittel, wie zu der Verfaßung zu gelangen, eröffnete.

§. 68.

§. 68.

28. Dec.

Den 28. Dec. 1671. (7. Jan. 1672.) meldeten:

Mecklenburg-Schwerin: Es ſeye höchſt-rühmlich, daß Ihre Kayſerliche Maj. Sich dieſes Puncti Securitatis publicæ ſo eyferig annehmen: Wäre aber dabey zu wünſchen, daß denen Ständen auch die benöthigte Mittel, wordurch die Mannſchafft aufgebracht werden müßte, möchten vergönnet werden; maßen bißhero von denen bey dem puncto Extenſionis Intereſſirten in dieſem Collegio viel- und offt-mals gebetten worden, Ihr Deſiderium der-geſtalt zu ſecundiren, damit von Ihro Kay-ſerl. Maj. auch einiſt deßhalber eine vergnüg-liche Reſolution erfolgen möchte. Dann, wann die Reichs- und Crayß-Schlüße der Land-Stände und Unterthanen Dijudicatur unterworffen ſeyn, und gleichſam derſelben Cognition überlaßen werden ſollte: Ob nöthig ſey, ad Arma zu greiffen, und ſich in Verfaſ-ſung zu ſtellen? würde man dißeits mit Sei-nem Quanto ſchwerlichen concurriren, noch über die auf einigen Beytrag auslauffende Materien ſich weiter vernehmen laßen können.

Bayern, für ſich und Pfalz-Neuburg, Hildesheim und Mecklenburg-Güſtrau ſecundirten Schwerin.

Oeſterreich: Es hätten die bey dem puncto Extenſionis ſo genannte Intereſſirte jüngſt-

jüngſthin ebenfalls dergleichen eingewendet, und doch dabey ad propoſita ſich vernehmen laßen.

Bayern: Solches wäre aber mit gewißer Reſervation geſchehen: Und weil man in andern Materien bey dem Kayſerlichen Herrn Commiſſario um Beförderung der Kayſerlichen Reſolution Anſuchung gethan; ſo wäre gut, daß wegen dieſes Puncts ein gleichmäßiges geſchehe.

Oeſterreich: Es wäre ja eine Kayſerliche Reſolution vorhanden, worinn hoffentlich denen Intereßirten ſchon ein Genügen widerfahren.

Bayern: Es ſey freylich eine vorhanden, aber den Intereßirten nicht anſtändig, und würde bey den Land-Ständen und Unterthanen wenig fruchten.

Oeſterreich: Wann ſelbe zu einem durchgehenden Reichs-Schluß gelange, könnten die Unterthanen ſchon zur Raiſon gebracht werden.

Intereßirte: Es zeige ſich aber bereits bey den Unterthanen das Widerſpiel; mit Begehren, daß oberwehnte Kayſerliche Reſolution uns einmal in Propoſition geſtellet werden möchte.

Als darauf das Fürſtliche Directorium etwas mit dem Chur-Fürſtlichen communiciren ſollte, erinnerten:

Mecklenburg-Schwerin: Diß Orts bitte man, auch mit zu gedencken, was geſtal-

ten unterſchiedliche Stände begehret, bey der Kayſerlichen Commiſſion Erinnerung zu thun, damit in Puncto Extenſionis von Ihro Kayſerlichen Maj. einiſt zulänglich-gewührige Reſolution erfolgen möchte.

Bayern, pro ſe & Pfalz-Neuburg, Hildesheim, Mecklenburg-Güſtrau ſecundirten abermals Mecklenburg-Schwerin.

Das Fürſtliche Directorium aber kehrete ſich nicht daran.

§. 69.
Noch einiges davon.

In dem Bericht bey dem Herrn von Ludolf heißt es: „Nachdem die Intereßirte gemercket, wie ſchädlich, bey damaligen Läufften, ihre Abſonderung von ihren Mit-Ständen dem gemeinſamen Intereße ſeye, haben ſelbige erkläret, daß ſie zwar in andern Materien das ihre mit beytragen wollten; doch nicht anders, als nach oberregtem per Majora beliebten Extenſions-Project, wobey die hohe Herrn Intereßirte künfftig einander handhaben würden, und, weil alles denen Reichs-Sazungen, Capitulationen und Inſtrumento Pacis, ausgefallenen Concluſis zu Folge, gleicher Meinung, und mit daran ſeye, daß dieſer Punctus Extenſionis zu einem allgemeinen Reichs-Schluß einſtens befördert werde.“

§. 70.

Union verſchiedener Chur- und Fürſten.

Darauf ſuchten die ſo genannte intereſſirte Stånde auf andere Weiſe ihren Zweck zu erreichen, indeme noch zu Ende des Jahres 1671. Chur-Cölln, Chur-Bayern, Chur-Brandenburg, Pfalz-Neuburg und Mecklenburg-Schwerin ein ewiges Bündniß zu Behauptung der von Ihnen bey dem Reichs-Convent aufgeſtellten Grund-Såze ſchloßen (1): Daß Ihre Land-Stånde und Unterthanen ſchuldig und pflichtig ſeyen, die Mittel zu Unterhaltung der Veſtungen und Verpflegung der Guarniſonen, ingleichem was ſonſt zur Sicherheit, gegenwårtiger und zukünfftiger Landes-Defenſion, Frieden und Ruheſtand erfordert wird, ohne Weigerung und Renitenz beyzutragen; und wollte man in dieſes Bündniß auch alle gleichgeſinnete andere Reichs-Stånde aufnehmen.

Es thaten aber die Geſandte dieſer alliirten Höfe bey dem Reichs-Convent nicht die geringſte Erwåhnung hievon.

Die Sache hat auch keinen Beſtand noch weitere Folgen gehabt, als was ein- und anderer Herr in ſeinem eigenen Land gethan hat.

§. 71.

1672. 12. (22.) Jun.

An. 1672. 12. (22.) Jun. iſt, auf die vor-

(1) von Ludolf Conſult. & Decis. Forens. Tom. 1. App. 3. col. 83. ſqq.

vorgeſtellte Mecklenburgiſche Beſchwerde, daß in puncto Collectarum dero Ritter- und Landſchafft beym Reichs-Hofrath angebrachten unbefugte Klage angenommen und Proceß erkannt worden, von Bayern und Mit-Intereßenten die Secundirung dahin geſchehen: Daß der gemeinen Angelegenheit in puncto Extenſionis möchte ſtatt gegeben, und ſolche Materie ad intentionem erörtert werden.

§. 72.

3. (13.) Jul.

Den 3. (13.) Jul. 1672. hat Mecklenburg ſich abermalen wegen ſeiner Land-Stände Widerſezlichkeit beſchweret und auf des Puncti Extenſionis Erörterung gedrungen, ihme auch von denen Intereßenten darinn aßiſtiret worden.

§. 73.

5. (15.) Jul.

Den 5. (15.) Jul. meldete Pfalz-Neuburg: Daß man die Mecklenburgiſche Erinnerung um ſo mehr ſecundire, als Ihro Durchl. zu Pfalz-Neuburg eben dergleichen auch widerfahre; welche ſich doch, deßen ungeachtet, bey Ihren Juribus zu mainteniren wißen werde; nicht zweiflend, Kayſerliche Maj. nicht allein Ihro Durchlaucht deßhalben nicht verdencken, ſondern auch Dero Nebenſtände Ihro ebenfalls aßiſtiren werden.

§. 74.

§. 74.
Kayſerl. Commißions-Decret 1672. 17. Sept.

Den 17. Sept. 1672. floße in ein Kayſerliches Commißions-Decret ein: „Es thue aber oballerhöchſt ermelt-Kayſerlicher Maj. - - zu Gemüth gehen, daß - - - bevorab bey dem Puncto Extenſionis §. Und gleichwie ꝛc. ſich noch unterſchiedliche Remoræ bezeugen, indeme die dabey intereßirte Stände biß dato noch immerfort proteſtiren, daß ſie ſich zu vorerwehnten Quantis nicht verſtehen, ichtwas thun oder einwilligen wollen, es ſeye Jhnen dann vorhero der verlangten Extenſion halber Satisfaction widerfahren; ohnangeſehen Se. Kayſerl. Maj. Sich darüber bereits dergeſtalt erkläret hätten, daß ein mehrers an Dieſelbe mit Recht und Fug nicht begehret werden könnte. - - - So thun demnach mehr allerhöchſtbeſagte Kayſerliche Maj. an Chur-Fürſten und Stände zu bemeldtem Regenſpurg ſubſiſtirende Räthe, Bottſchafften und Geſandte allergnädigſt geſinnen, Deroſelben Jhre fernerweite vernünfftige Gedancken je eher je beßer zu eröffnen, wie die ſich dieſerthalben ereignende Remoræ und Obſtacula aus dem Wege geräumet - - werden möchten.„

§. 75.
Erfolg.

Nun wurde zwar den 22. Oct 1672. über dieſes Kayſerl. Commißions-Decret in anderen Puncten ein Reichs-Gutachten er-

ſtattet, darinn aber dieſer Punct gänzlich über-
gangen.

§. 76.

1673.

An. 1673. 4. (14.) Jun. proponirte Salzburg: Es ſeye allerſeits erinnerlich, was maßen bey der vielmahls vorgehabten Materie der Executions-Ordnung noch ein und anders unerledigt geblieben; dahero das Chur-Maynziſche Directorium bewogen worden, auf heut in ſpecie ad Cap. 17. den Punctum Extenſionis §. Und gleichwie ꝛc. auch anderes betreffend, zu Rath anſagen zu laßen. Nun wäre in allen dreyen Reichscollegiis zwar ſchon mehrmalen von angeregten §. Extenſion geredet, aber niemalen: Ob und was davon in die Executionsordnung zu bringen? ein endliches beliebt und beſchloßen worden: Jedoch, ſo viel dieſes Fürſtliche Collegium belange, werde annoch in gutem Andencken ruhen, daß, als man das leztemahl von dieſem Punct gehandelt, man allbereits auf die Abſtraction incliniret, ein ſolches auch an die Herrn Churfürſten gebracht, und es alſo annoch an derſelben Erklärung erwinde; dahero man ex parte der Fürſtlichen Directorien verhoffe, es werde nun keines weiteren deliberirens bedörffen, ſondern nochmals bey dem vorigen ſein Bewenden haben, und alſo nur an deme beruhen, daß bey denen Churfürſtlichen Anfrage beſchehe: Ob ihnen die Abſtraction gleichfalls beliebig ſeye?

Bay-

Bayern: Er habe den Verlauff in dieſer Materie ſo wohl an Ihre Chur- als Fürſtliche Durchl. Durchl. zu Bayern und Pfalz-Neuburg ꝛc. unterthänigſt referirt, und darauf ſo viel erhalten, daß man weder ein- noch andern Orts eben ſo groſſes Bedencken nicht habe, wann in der Executionsordnung von dem §. Extenſionis, den Beytrag der Unterthanen betreffend, abſtrahirt würde; gleichwohl mit dieſer Ausdruck- Veranlaß- und Bedingung, daß beſagten §. halber ſich annoch eines gewiſſen verglichen und ſolches in den Reichsabſchied gebracht werden ſollte; welches man dann ad Protocollum zu nehmen bitte: und weil deßwegen ſchon ein- und ander Concluſum vorhanden; ſo wolle man verhoffen, es würde darauf behörige Reflexion gemacht werden; widrigen Falls müßte man ſich dagegen beſtens verwahren, und, mit vorbehalt weiterer Nothdurfft, auf ſeine bißherige Vota beziehen:

Und dieſes auch wegen Straßburg, Hildesheim, und anderer davon dependirender Votorum.

Mecklenburg-Schwerin: Conformire ſich mit Bayern, und laſſe ſich gleichfalls die Abſtraction des §. in der Executionsordnung, jedoch mit erſtberührter Condition, nicht entgegen ſeyn; zumal es ſonſten ein fremdes Anſehen gewinnen würde, wann man dieſe Materie, worüber man ſo lange Zeit zuge-

bracht, etwa gar wieder wollte zuruckſtoßen. Ratione quæſtionis: an? wåre gar kein Dubium mehr vorhanden, ſondern in allweg billig, daß denen hiebey intereßirten Ständen dasjenige auch angedeyhe, was Andere von ihren Unterthanen allbereit genößen; und ſeye ſonderlich bey jezigen gefährlichen Läufften hochnöthig, daß die Stände ihrer Unterthanen geſichert wären.

Als nun weiter Niemand ad Propoſita was gemeldet, ſondern man tacendo den aſſenſum zu verſtehen gabe, erwehnte weiters

Salzburg: Bey ſolcher Bewandtniß befinde man, daß es annoch bey voriger an das Churfürſtliche Collegium gebrachten Meinung ſein Bewenden, krafft deren von dem §. Extenſionis in der Executions-Ordnung zu abſtrahiren; jedoch mit dieſer Reſervation, daß dasjenige, ſo mehrbeſagter Extenſionsmaterie halber endlich verglichen werden mochte, dem Reichsabſchied zu inſeriren; wolle man ſich alſo bey dem Churfürſtlichen Collegio erkundigen: Ob ſelbiges auch damit zufrieden?

Halberſtatt: Bezöge ſich auf das Protocoll, und was er hiebevor in dieſer Sach votirt, nemlich, daß denen bey dem §. Extenſionis intereßirten Ständen billigmäßige Satisfaction zu geben.

Fürſtliche Directoria traten ab: In reditu referirte

Salz-

Salzburg: Das Churfürſtliche Collegium wäre mit dem Fürſtlichen ganz einig, daß von denen bewußten paſſibus ad Caput 17. der Executionsordnung zu abſtrahiren, und, was circa punctum Extenſionis endlich reſolvirt und verglichen werden möchte, in den Reichsabſchied zu bringen ſeye.

Mit welcher der beeden höheren Collegiorum Meinung ſich dann auch die Reichsſtätte conformiret haben.

§. 77.
Erfolg.

Es iſt aber nachhero dieſe Materie bey dem Reichsconvent nicht weiter in Berathſchlagung genommen worden.

Herr Vice-Canzl. Struben (1) ſagt: Manſit itaque res in priſtino ſtatu, nihilque Ordinum provincialium juribus eſt derogatum.

§. 78.
R. Tags-Acta 1682.

An. 1682. als, wegen angeſchienener Türcken-Gefahr, eine Reichs-Kriegs-Verfaßung reſolviret wurde, floße den 16. Mart. in ein Reichs-Gutachten mit ein: „Nachdeme auch die Hoch-Stiffter Freyſingen, Regenſpurg, Paßau, und einige andere Stände, bey gegenwärtigem Reichs-Tag ſich wegen des verweigerten Beytrags der Unterthanen beſchwert; als hat man nochmalen

 darfür

(1) de Stat. Provinc. Orig. & præcip. jurib. §. 8.

darfür gehalten, daß, wann ſich einige Unterthanen denen Reichs- und Crayß-Steuern entziehen wollten, dieſelbe a limine Judicii abgewieſen, und mit ihrem Geſuch nicht gehört werden, ſondern, ihren Landes-Fürſten, Herrſchafften und Oberen, mit hülfflichem Beytrag gehorſamlich an Hand zu gehen ſchuldig ſeyn ſollen.„

Worauf den 14. Apr. die Kayſerliche Reſolution erfolgte: „So thun Dieſelbe ermeldtes Reichs-Gutachten - - - allergnädigſt gern dahin approbiren, daß auch die Unterthanen mit billigen Anlagen darzu zu ziehen.„

§. 79.

1689.

Was im Jahr 1689. auf dem Reichs-Convent über der Frage: Ob die Würzburgiſche Unterthanen ſchuldig ſeyen, zu Fortificirung der Statt Würzburg zu ſteuren? davon iſt bey Londorp (1) vieles zu leſen. Ich begnüge mich, daraus nur dieſes wenige anzuführen.

Der Kayſer inſtruirte den 8. Sept. ſeine Oeſterreichiſche Geſandtſchafft alſo: „Leopold 2c. Uns hat der Ehrwürdige Johann Gottfried Biſchoff zu Würzburg und Herzog in Francken gehorſamſt zu vernehmen gegeben, wie daß man, vieler gedeylicher Urſachen halben wegen, der benöthigten Fortifications- und Guarniſons-Unkoſten, damit ſelbe für Reichs- und

(1) Actor. public. Tom. 16. p. 502. ſqq.

und Creyß- oder dergleichen aſſimilirte Steuren gehalten werden möchten, ein Reichs-Gutachten verlange, und zu deßen Erreichung Euch zu inſtruiren bitte. Wie nun ſo wohl in dem Reichs-Abſchied de Anno 1654. §. 178. 79. & 80. als auch in denen vorigen darinnen beſtättigten, deutlich vorgeſehen, daß ſich kein Mediat-Stand, Geiſt- noch Weltlicher, exemt- oder nicht exemt, der ſey wer und wie Er wolle, dißfalls entziehen, ſondern ohnabſezlich concurriren, den benöthigten Beytrag willig und unweigerlich præſtiren ſolle, benebenſt vorkommen, daß faſt alle Chur-Fürſten und Stände des Reichs bereits ſchrifftlichen Beyfall gegeben; So können Wir, in gnädigſter Beherzigung dieſes Fürſten beſtändigen Treu und Devotion, die in allen Begebenheiten gegen Uns und das Heilige Römiſche Reich Derſelbe in der That erweiſen zu können äußerſten Kräfften nach bemühet geweſen und noch iſt, mit ſeinem allergehorſamſten Geſinnen auch auf nichts anders, dann des Reichs mehrerer Wohlfahrt und des Landes Sicherheit, ziehlet; Solchemnach wollen Wir und befehlen Euch gnädigſt, daß ihr darauf ebenfalls antraget, und die Fürſtliche Würzburgiſche Intention hoc in paſſu ſecundiren helffet.„

Die Sache kame auch gleich den 20. (30.) Sept. 1689. in Propoſition, und zwar, welches etwas ſonſt ungewöhnliches iſt, (wenigſtens im Fürſtlichen Collegio,) remo-

tis

tis Secretariis, im Neben-Zimmer, wie dieſer Extractus Protocolli belehret:

„Freytags, den 20. (30) Sept. 1689. Nachdeme man - - vor gut angeſehen, das Fürſtliche Würzburgiſche Deſiderium in Puncto Collectationis ſeiner Land-Stände zu dem angefangenen Fortifications-Bau in denen Collegiis in Deliberation zu ſtellen; als hat man auch heute dieſe Sache in der ſogenannten Neben-Stube, excluſis Secretariis, in würckliche Propoſition geſtellet, und ſich in beeden höhern Collegiis nachſtehender Concluſorum ſo auch Nachmittags per Dictaturam communiciret worden, verglichen.„

Das Chur-Fürſtliche Concluſum fiele dahin aus:

„Als in dem Hochlöblichen Churfürſtl. Collegio über das den 25. Junii dictirte Fürſtlich-Würſtburgiſche Memorial behörig deliberiret worden, hat man geſchloßen, daß die zur Fortificir-Beſez- und Erhaltung deren im Biſtum Würzburg gelegenen Veſtungen erforderende Anlagen, indeme dieſelbe ſo wohl zu des allgemeinen Reichs- und Kreyß- als Lands-Rett- und Schüzung gereichend, von allen Land-Ständen ermeldten Biſtums, nach Innhalt des leztern Reichs-Abſchieds, zu entrichten ſeyen.„

Das Fürſtliche Collegium ſchloße: „Demnach in dem Hochlöblichen Fürſtlichen Collegio das den 25. Junii diß Jahrs dictirte Fürſtlich-Würzburgiſche Memorial in behörige

Be-

Berathſchlagung geſtellet worden, hat man faſt durchgehends davor gehalten und geſchloſſen, daß, gleichwie in denen Reichs-Conſtitutionibus abſonderlich aber in dem jüngſten Reichs-Abſchied de Anno 1654. §. 180. klar und deutlich zu erſehen, daß jedes Chur- und Fürſten und Ständen Landſaßen, Unterthanen und Bürger, zu Beſez- und Erhaltung der einem und andern Reichs-Stand zugehörigen Städten und Veſtungen, Pläzen und Guarniſonen, ihren Lands-Fürſten, Herrſchafften und Obern mit hülfflichem Beytrag gehorſamlich an Hand gehen ſolle; alſo das Fürſtlich-Würzburgiſche Deſiderium in ſothanen Reichs-Conſtitutionen wohl fundiret, und ſolchemnach des Hoch-Stiffts Würzburg Landſaßen, Stände und Unterthanen, zu deßen Fortifications-Beſez- und Unterhaltungs-Koſten und Anlagen, als die zu des Heiligen Römiſchen Reichs Wohlfahrt und des Kreyſes Beſten angeſehen, und derentwegen denen Kreyß- und Reichs-Steuern attento fine & effectu, wohl gleich geachtet werden mögen, allerdings unweiger- und gehorſamlich zu contribuiren gehalten und verbunden ſeyn.„

Den 25. Sept. (5. Oct.) vergliche man ſich dieſes Communis Duorum: „Als in denen Churfürſtlichen und Fürſtlichen Collegiis über das den 25. Junii lezthin dictirte Fürſtlich-Würzburgiſche Memoriale behörig deliberirt worden, hat man geſchloßen, daß die zu Fortifi-

cir-

cir-Beſez- und Erhaltung deren im Biſtum gelegenen Veſtungen erforderende Anlagen, indeme dieſelbe ſo wohl zu des allgemeinen Reichs- und Kreys- als Landes-Rett- und Beſchüzung gereichen, vor ſolche Steuren zu halten, welche von Ihrer Kayſerlichen Majeſtät, auch Churfürſten, Fürſten und Ständen des Reichs, vermög des leztern Reichs-Abſchieds de Anno 1654. verwilliget worden, und alſo gänzlich nach Ausweiß deßelben zu entrichten seyn."

Das Reichs-Stättiſche Collegium hingegen ſchloße:

„Auf die über das von Ihrer Hochfürſtlichen Gnaden zu Würzburg an den Hochlöblichen Reichs-Convent und ſo fort ad publicam dictaturam gebrachte Memoriale, die zu dem Würzburgiſchen Fortifications-Gebäu, auch deßen Erhalt- und Beſezung erforderende Anlagen, und daß ſolche für Reichs- und Kreyß-Steuern, oder denenſelben gleich zu halten, betreffende, in dem Reichs-Stättiſchen Collegio obgehabte Deliberation hat man geſchloßen, daß, gleichwie das von höchſtbeſagt, Ihrer Hochfürſtlichen Gnaden geſchehene Anſuchen, vorgeſtellter Beſchaffenheit nach, in dem jüngſten Reichs-Abſchied de An. 1654. §. Und gleichwie dieſes hoch angelegene Werck ꝛc. ſich gegründet befindet; alſo ſelbiges, nach Innhalt und Conformität angezogenen Reichs-Abſchieds, zumalen aber der von Ihrer Kayſerlichen Maj. auf das den

29.

29. Oct. 1670. gemachte Reichs-Gutachten hernach unterm 12. Febr. 1671. allergnädigſt ertheilten Reſolution, von Reichs-wegen allerunterthänigſt recommendirt werden möchte. „

Den weiteren Erfolg belehret dieſer Extract Reichs-Fürſten-Raths-Protocolli:

„Mittwochs, den 25. Sept. (5. Oct.) 1689.

Nachdem man ſich an Seiten beeder höherer Collegiorum, wiewohl extracollegialiter, in bemeldter Würzburgiſchen Sache eines communis Concluſi verglichen; iſt dato ſo gleich die Re- und Correlatio mit dem Reichs-Stättiſchen Collegio vorgangen, und deßen Concluſum aufm Saal in Circulo verleſen worden. Und obwohlen ex parte Collegii Civitatenſis man davor gehalten, es möchte der in fine ſelbigen Concluſi allegirte §. die Kayſerliche Reſolution unterm 12. Febr. 1671. betreffend, dem Reichs-Gutachten inſeriret werden; hat man es doch Chur- und Fürſtlichen Theils vor unnöthig erachtet: Gleichwohlen aber, auf Erſuchen erſtbedeuteten Reichs-Stättiſchen Collegii, ad Protocollum zu nehmen beliebt, nemlich: Daß das Reichs-Stättiſche Collegium expreſſe reſervire, daß denen circa materiam §. Und gleichwie ꝛc. Receſſus 1654. hiernach 1670. und 1671. vorgegangenen Reichs-Handlungen nicht derogiret, noch præjudiciret werden ſolle; und wurde hierauf verlaßen, beede

beede Concluſa, das Commune und Reichs-Stättiſche, Nachmittags um 2. Uhr (ſo auch erfolget,) per Dictaturam communiciren zu laßen: worauf man von einander gegangen.„

„Freytags, den 27. Sept. (7. Oct.) 1689.

Proponirte aufm Re- und Correlations-Saale das Salzburgiſche Directorium in Circulo, wie daß Demſelben das Chur-Maynziſche Directorium gleich jezo das Reichs-Gutachten mit dem Bedeuten behändiget hätte, daß man ex parte Collegii Electoralis, weilen es denen Concluſis gemäß befunden worden, kein Bedencken dabey hätte; dahero man ſolches ebenfalls verleſen wollte. Legebat, und gabe darauf das Salzburgiſche Directorium zu bedencken: Ob nicht in fine ſothanen Aufſazes, an ſtatt des Worts: Verwilliget, möchte geſezet werden: Gebilliget, welches dann ſo wohl Fürſtlich- als auch nachgehends Chur-Fürſtlichen und Reichs-Stättiſchen Theils man beliebet, mithin das Chur-Maynziſche Directorium ſich erbotten hat, das Reichs-Gutachten Nachmittags um 2 Uhr, (maßen alſo erfolget,) ad Dictaturam publicam kommen zu laßen; womit man von einander geſchieden.„

Das Reichs-Gutachten lautete alſo: „Der Römiſchen Kayſerlichen Maj. zu gegenwärtigem Reichs-Tag bevollmächtigtem höchſt-anſehentlichen Principal-Commiſſario,

dem

dem Durchleuchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Hermann, Marckgrafen zu Baaden und Hochberg, ꝛc. ꝛc. haben der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen diß Orts anweſende Räthe, Bottſchafften und Geſandte, hiemit geziemend unverhalten ſollen, welcher geſtalt Dieſelbe nicht ermangelt, das am 28. Jun. lezthin per Dictaturam publicam communicirte und abſchrifftlich hiebey gehende Fürſtlich-Würzburgiſche Memorial in gebührende Deliberation zu ſtellen; da dann in allen dreyen Reichs-Collegiis dahin geſchloßen worden: Daß die zu Fortificir-Beſez- und Erhaltung deren im Biſthum Würzburg gelegenen Veſtungen erforderende Anlagen, indem dieſelbe ſo wohl zu des allgemeinen Reichs und Crayßes, als Landes-Rett- und Beſchüzung gereichen, für ſolche Steuren zu halten, welche von Ihrer Kayſerlichen Maj. auch Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs, vermög des leztern Reichs-Abſchieds de An. 1654 gebilliget worden, und alſo gänzlich nach Ausweis deßelben zu entrichten ſeyen. Womit ꝛc. Regensburg, den 7. Oct. 1689.„

Darauf erfolgte den 3. Nov. 1689 dieſes Ratifications-Commißions-Decret: „Der Röm. Kayſerlichen Maj. Unſerm allergnädigſten Herrn, hat Dero zu fürwährendem Reichs-Tag zu Regensburg gevollmächtigter höchſt-anſehnlicher Principal Comiſſarius, - - - nicht ermangelt, dasjenige Reichs-

Gutachten allerunterthänigſt abzuſchicken, was Ihro Chur-Fürſten, Fürſten und Stände diß Orts anweſende vortreffliche Räthe, Bottſchafften und Geſandte, über das den 25. Jun. nächſthin per Dictaturam publicam communicirte Fürſtlich-Würzburgiſche Memorial unterm 7. nächſt verwichenen Monats Octobris allergehorſamſt erſtattet haben, welches auch Allerhöchſtgedachte Ihr. Kayſerl. Maj. dergeſtalt allergnädigſt approbiret, daß die zu Fortificir- Beſez- und Erhaltung der im Biſthum Würzburg gelegenen Veſtungen erforderende Anlagen, indeme gedachte Veſtungen ſo wohl zu des allgemeinen Reichs- und Crayſes- als Landes- Rett- und Beſchüzung nöthig ſeynd, vor ſolche Steuren zu halten, welche von Ihr. Kayſerl. Majeſt. auch Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs, vermög leztern Reichs-Abſchieds de Anno 1654. gebilliget worden, und alſo nach Ausweiß deßen dem Herrn Biſchoffen zu Würzburg deßen Land-Stände, Landſaßen, Unterthanen und Bürger, darmit gehorſamſt an Hand zu gehen ſchuldig ſeyn.

§. 80.

Wahl-Tags-Acta 1689. ſq.

Bey dem Wahl-Tag des Röm. Königs Joſephs vermeinete

Chur-Pfalz: Es wäre auch zu annectiren: „Wie ſich auch der Landes-Fürſt und Landſaßen und Unterthanen gemeldten

ten Beytrags halber mit einander verglichen und von Kayſerlicher Majeſtät allergnädigſt confirmirt worden. „

Chur-Trier: Man könne das Chur-Pfälziſche Monitum auf Gutbefinden der Nachſtimmenden einrucken laßen, wiewol ſelbiges ſonſt nur particular und auf gewiße Landſchafften eingerichtet zu ſeyn ſchiene.

Chur-Cölln: Daß es aus denen von Chur-Trier angeführten Urſachen wohl beym Text verbleiben könne.

Chur-Bayern: Vermeine, daß Falls der Landes-Fürſt mit denen Land-Ständen und Unterthanen der Collecten halber einig, faſt præjudicirlich zu ſeyn ſcheine, darüber Confirmation zu ſuchen.

Chur-Sachſen: Es ſcheine, daß dieſes Chur-Pfälziſche Monitum beßer außengelaſſen werden könne, weilen es leicht, wann der Vergleich zwiſchen denen Herrſchafften und Unterthanen nicht continuiret ſeyn ſolle, neue Beſchwerlichkeiten nach ſich ziehen möchte, und mithin das Jus collectandi ſchwer fallen könnte.

Chur-Pfalz meldete darauf weiter: Man vermuthe, daß die leztere Wort: „Und von Ihro Kayſerl. Maj. confirmiret worden, „ etwelchen Scrupel erwecken und zu einer künfftigen Irrung ausſchlagen möchte, dahero Ihre Chur-Fürſtlichen Durchl. gar wohl könnten geſchehen laßen, daß dieſe leztere Worte ausblieben und allein das übrige beygefüget würde.

Chur-Maynz: Weil beſorget würde, daß daher nur Mißverſtändniß zwiſchen den Land-Ständen und Territorial Herrn entſtehen möchte, nebſt deme auch die Jura Statuum mediatorum nicht aller Orten gleichförmig ſeyen; ſo vermeinten Ihre Chur-Fürſtl. Gnaden, beßer zu ſeyn, daß man, zu Erhaltung mehrerer Ruhe und Einigkeit unter immediaten Reichs- und Land-Ständen, davon abſtehe.

In des Röm. Königs Josephs I. Wahl-Capitulation verbliebe es alſo art. 3. bey dem Innhalt der Leopoldiniſchen.

In einigen Abdrücken dieſer Capitulation iſt zwar, an ſtatt: „Zugehöriger nöthiger Veſtungen,„ nur geſezet: „Zugehöriger Veſtungen:„ Es iſt aber irrig.

§. 81.

Reichs-Tags-Acta 1690.

An. 1690. 26. Sept. (6. Oct.) kame ein Schreiben des Biſchofflich-Würzburgiſchen Comitial-Geſandtens bey dem Reichs-Convent zur Dictatur, (1) darinn erzählet wird, was die Biſchöffe zu Würzburg ſeit A. 1673. zu des Reichs-Sicherheit für Mannſchafft gehalten, und in was für Allianz-Tractaten ſie ſich mit dem Kayſer eingelaßen; beſonders habe bey dem lezteren Franzöſiſchen Einfall (A. 1689.) der jezige Biſchoff ſich epfe-

(1) LONDORPII Acta publ. Tom. 17. pag. 511. ſqq.

eyferigſt angegriffen, und mit dem Kayſer zu Unterhaltung einer anſehnlichen Mannſchafft eine Allianz geſchloßen, ſolche Mannſchafft auch würcklich unterhalten: Da nun dieſe Verfaßung nicht ſo wohl zu des Stiffts Würzburg particular-Defenſion, als bey jezt und vormaligen dem ganzen heil. Röm. Reich hart comminirten Conjuncturen, zu des gemeinen Weſens Mit-Rettung und Securität angeſehen; ſeye ſelbige in denen alt- und neuen Reichs-Abſchieden, Executions-Ordnungen und pragmatiſchen Sanctionen beſtens fundirt, und ſeyen beſonders in dem neueſten Reichs-Abſchied die der Gefahr am nächſten gelegene Crayße und Stände deutlich angewieſen worden, ſich auch über ihr Contingent anzugreiffen. Durch die leztere harte Ueberfälle ſeyen nicht allein verſchiedene Fürſten und Stände, ſondern auch ganze Crayße zu einiger Beytrags-Leiſtung völlig entkräfftet, mithin die der Gefahr nächſtangelegene Crayße und Stände gedrungen worden, ſich über ihren alten matricular-Fuß und Quotam in möglichſte Verfaßung zu ſezen. Der Biſchoff hoffe alſo, daß die zu dieſem Zweck, etwan auch über das ſonſt gewöhnliche Reichs- und Crayß-Contingent, mit dem Kayſer, als Reichs-Ober Haupt, wider ein- oder andern allgemeinen, zumalen declarirten, Reichs-Feind, zu des Reichs höchſtnöthigen Rettung und Mit-Defenſion geſchloßene Allianz und patriotiſche höchſt-bedürfftige Verfaßung,

wie auch die zu deren Beſtreitung erforderende Anlagen, für Reichs- und ſolche Steuren zu achten, welche, nach Anleitung der Reichs-Conſtitutionen, von Kayſerlicher Maj. und geſammten Reichs-Ständen bewilliget worden, und folglich paratam Executionem nach ſich ziehen.

Das Chur-Fürſtliche Collegium faßte darauf gleich den 12. Oct. 1690. den Schluß ab: „Daß die zu jeziger mit der Röm. Kayſerlichen Maj. von Ihrer Fürſtl. Gn. zu Würzburg wider die Cron Franckreich, als declarirten Reichs-Feind, aufgerichteter Allianz erforderende Anlagen für Reichs-Steuren zu halten.„

Den 13. Oct. ſchloße das Fürſtliche Collegium: „Daß erſterwehnte (dem gemeinen Reichs-Weſen zum beſten geſchloßene Allianz-) Anlagen in effectu für Reichs- und ſolche Steuren zu halten ſeyen, zu deren Abſtattung des Hoch-Stiffts Würzburg Land-Stände und Unterthanen Ihrer Landes-Fürſtlichen Obrigkeit, vermög der bekannten Reichs-Conſtitutionen beyhülff- und gehorſamlich an die Hand zu gehen ſchuldig ſeyn, auch auf den Verweigerungs-Fall durch die in derſelben verordnete Executions-Mittel angehalten werden können.„

Das Reichs-Stättiſche Collegium ſchloße den 14. Oct. „Daß dasjenige Contingent, ſo die Würzburgiſche Land-Stände ſonſten zu denen gemeinen Reichs-Steuren und Anlagen

lagen beyzutragen, der Zeit und ſo lange gegenwärtiger Franzöſiſcher Krieg noch währen möchte, Höchſtgedacht Ihrer Hoch-Fürſtl. Gn. in Anſehung der zu des gemeinen Weſens Securität und Wohlfahrt obhabenden Allianz und ſtracken Verfaßung præſtiret und zugewendet werden könnte.„

Endlich aber wurde doch das Reichs-Gutachten dahin erſtattet: „Welchergeſtalt . . . in denen dreyen Reichs-Collegiis geſchloßen worden: Daß die zu jeziger mit der Röm. Kayſerlichen Maj. von Ihrer Fürſtl. Gn. zu Würzburg wider die Cron Franckreich, als declarirten Reichs-Feind, aufgerichteten Allianz erforderende Anlagen in effectu für Reichs-Steuren zu halten, und zu Folge der Reichs-Conſtitutionen zu entrichten ſeyen.„

Der Kayſer hielte es auch den 7. Febr. 1691. genehm; nur wurde eine Neben-Streitigkeit zum Ausgang des Proceßes verwieſen (1).

§. 82.

Wahl-Tags-Acta 1711.

In der Wahl-Capitulation Kayſer Carls VI. An. 1711. gienge man theils dem Project der perpetuirlichen Wahl-Capitulation, theils der Joſephiniſchen Wahl-Capitulation nach, und ſezte

(1) v. von Pachners Samml. der Schlüße des jezig. Reichs-Convents, Tom. 2. p. 723.

Art. 15. „Wir wollen - - auch nicht gut heißen, noch zugeben, daß die Land-Stände die Diſpoſition über die Land-Steuren, deren Empfang, Ausgab und Rechnungs-Receßirung, mit Ausſchließung des Landes-Herrn, privative vor und an ſich ziehen, oder in dergleichen und andern Sachen ohne der Landes-Fürſten Vorwißen und Bewilligung Convente anſtellen, oder, wider des jüngſten Reichs-Abſchieds ausdrückliche Verordnung, ſich des Beytrags, womit jedes Chur-Fürſten, Fürſten und Standes Landſaßen und Unterthanen zu Beſez- und Erhaltung derer einem und andern Reichs-Stand zugehöriger nöthiger Veſtungen, Pläze und Guarniſonen, - - an Hand zu gehen ſchuldig ſeyn, zur Ungebühr entſchlagen. Auf den Fall auch Jemand von den Land-Ständen oder Unterthanen, wider dieſes, oder andere obgerührte Sachen, bey Uns, oder Unſerm Reichs-Hof-Rath, oder erſtbemeldtem Cammer-Gericht, etwas anzubringen, oder zu ſuchen ſich gelüſten laßen würden, wollen Wir daran ſeyn, und darauf halten daß ein ſolcher nicht leichtlich gehöret, ſondern à limine Judicii ab- und zu ſchuldiger Parition an ſeinen Landes-Fürſten und Herrn gewieſen werde: Geſtalten Wir auch alle und jede dargegen, und ſonſten contra Jus Tertii, und ehe derſelbige darüber vernommen, hiebevor ſub- & obreptitie erhaltene Privilegia und Exemtiones, ſamt allen derſelben Clauſuln, Declara-

clarationen und Beſtättigungen, wie auch alle darauf, und denen Reichs-Sazungen zuwider, an Unſerm Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath, oder Cammer-Gericht, wider die Landes-Fürſten und Obrigkeiten, ohne Deroſelben vorhero ſchrifftlich begehrten und vernommenen Bericht, ertheilte Proceſſus, Mandata & Decreta, prævia ſummaria cauſæ cognitione, für null und nichtig erklären, und dieſelbe caßiren und aufheben ſollen und wollen.„

Und *art.* 19. wurde theils aus dem Projecto perpetuæ, theils aus der Leopoldin- und Joſephiniſchen Capitulation, theils von neuem verordnet: „Wenn auch Land-Stände und Unterthanen wider ihre Obrigkeit Klage führen; ſo ſollen und wollen Wir, inſonderheit, wenn es die Landesherrliche Obrigkeit und Regalien, als in ſpecie die Jura Collectarum, Armaturæ, Sequelæ, Landes-Defenſion, Beſezung der Veſtungen und Unterhaltung der Garniſonen, nach Innhalt des Reichs-Abſchieds *de An.* 1654. §. Und gleichwie ꝛc. u. d. betrifft, ad nudam Inſtantiam Subditorum, keine Mandata noch Protectoria ertheilen; ſondern, nach Innhalt jeztgedachten Reichs-Abſchieds §. Benebſt ſollen Cammer-Richter ꝛc. und §. Was dann Chur-Fürſten, Fürſten und Stände ꝛc. zuförderſt die Austräge in Acht nehmen: Wo aber die Jurisdiction fundiret, dannoch, ehe und bevor die Mandata ergehen, die be-

klagte Obrigkeit mit ihrem Bericht und Gegen-Nothdurfft zuförderſt vernehmen; geſtalten bey deßen Hinterbleibung ihnen verſtattet und zugelaßen ſeyn ſoll, ſolchen Mandatis keine Parition zu leiſten: Und wenn alsdenn ſich befinden würde, daß die Unterthanen billige Urſach zu klagen haben, dem Proceß ſchleunig, jedoch mit Beobachtung der Subſtantialium, abheiffen; immittelſt gleichwohl ſie zu ſchuldigem Gehorſam gegen ihre Obrigkeit anweiſen.„

Herr STRUVE ſolle zwar gelehret haben (1): In der Wahl-Capitulation Kayſer Carls VI. ſeyen die Formalien wegen des Beytrags zu denen Veſtungen ꝛc. weit mehr extendiret worden, als ſie zuvor geweſen:

Es hat aber bereits Herr Hof-Rath JARGOW dabey wohl angemerckt: „Bey Gegeneinanderhaltung der Capitulationen Kayſers Leopoldi und Joſephi Art. 4. gegen der neueſten, findet ſich nicht die geringſte Extenſion.„

§. 83.

1741.

Auf dem Wahl-Tag An. 1741. ſq. verlangte Chur-Maynz, *art.* 15. §. 2. der von Exemtion der Unterthanen, beſonders in Steuer-Sachen, handelt, hinzuzuſezen: „Jedoch vorbehaltlich eines jeden Landes herkommlicher Verfaßung, und derer zwiſchen denen Landes-Herren und Land-Ständen obhandenen Verträge ꝛc.„

Chur-

(1) v. Diſcurs von Land-Stånd. p. m. 271.

Chur-Trier: Kan in dieſen bedenckli-chen Zuſaz keineswegs willigen. Dann ſollte er zum Vortheil derer Landes-Herren ange-ſehen ſeyn; ſo ſeye denen, ſo ein mehreres rechtmäßig hergebracht, allbereits durch die bekannte Kayſerliche Reſolution de An. 1670. pcto. Extenſionis §. 180. des lezteren Reichs-Abſchieds proſpiciret: Wäre aber dieſer Zu-ſaz denen Land-Ständen und Unterthanen zu gut gemeint; ſo müßte man zugleich dafür halten, daß durch gedachten Reichs-Abſchied allen älteren Landes-Verfaßungen und Ver-trägen ſalutis publicæ cauſa derogiret worden ſeye: Und da aus den an den höchſten Reichs-Gerichten nicht nur, ſondern auch zum Theil in Comitiis ſelbſten, poſt Annum 1654. über dieſen Punct zwiſchen dem Biſchoffen zu Würzburg, Herzogen zu Mecklenburg, Würtemberg, und andern, ſo dann ihren reſp. Land-Ständen und Unterthanen ven-tilirten Streitigkeiten bekannt iſt, wie große Mühe es gekoſtet habe, in Anſehung dieſer Puncten es zu einer durchgängigen Gleich-heit im Reich (der ſich bemeldte Land-Stände eben ex Capite der widrigen Landes-Verfaſ-ſung und Privilegien nicht haben fügen wol-len,) zu bringen; ingleichem die Landes-ver-derbliche vieljährige Strittigkeit zwiſchen dem Fürſten von Oſt-Frießland und ſeinen Unter-thanen wegen der Obſicht der Landes-Caßä ꝛc. in friſchem Andencken ſchweben; ſo könn-te ein ſolcher Zuſaz die alte Unruhen an vielen

Or-

Orten wieder rege und zu neuen einen Muth machen. Wäre es aber um Pacta Singularia zwiſchen Landes-Herrn und Unterthanen zu thun, ſo poſt Annum 1654. errichtet; ſo wäre gerathener, ſelbige, dem Herkommen gemäß, höherer Orten confirmiren zu laßen.

Chur-Cölln: Conformiret ſich mit dem fürtrefflichen vorſtimmenden Voto, und daß es beym Text zu belaßen.

Chur-Bayern: Ad Majora.

Chur-Sachſen: Pro Textu.

Chur-Brandenburg: Similiter pro Textu.

Chur-Pfalz: Ebenfalls.

Chur-Braunſchweig: Wie die Vorſtimmende.

Chur-Maynz: Es ſeye intentio Moniti keineswegs geweſen, deme zu derogiren, was der jüngere Reichs-Abſchied und der darauf gegründete Textus Capitulationis loco allegato enthält; indeme man nicht gemeinet ſeyn können, ſothanen Innhalt contradictoriſch zu machen: Sondern es verſtehe ſich ſolches ſonſten und außer deme; und hätte man dißeits gegen die eigene Convenienz moniret, wann es darauf ankommen ſollte, indeme man auch Land-Stände habe: Geſtalten nun gleichwol Majora den Ausſchlag geben; ſo laße man es billig dabey beruhen.

Conclusum: Bewendet beym Text.

2. Wurde in Vorſchlag gebracht, auch beliebt und Kayſer Carls VII. Capitulation

art.

art. 15. §. 3. einverleibt, daß nach den Worten: „Wider des jüngſten Reichs-Abſchied„ eingeruckt worden: „Und anderer darüber zeithero errichteter Reichs-Schlüße.„

Wohin der Sinn dieſes neuen Zuſazes eigentlich gehe, iſt aus einem Chur-Pfälziſchen Aufſaz, welcher Gelegenheit darzu gegeben hat, erſichtlich; Darinn es heißt: „Poſt verb. Wider des jüngſten Reichs-Abſchieds, addatur: „Und anderer ſeithero darüber errichtete Reichs-Schlüße.„ Ratio: Weilen in Puncto Collectationis Subditorum, ſonderbar zu Unterhaltung der Geſandtſchafften auf Reichs-Deputations-Collegial- und Crayß-Conventen, fort ſonſten, bey ſeitherigem Reichs-Tag verſchiedene nähere Reichs-Schlüße, (wie ſolche in der durch den Druck herausgegebenen Sammlung anzutreffen,) zu der Reichs-Ständen mehrerer Befugnüß errichtet worden, und dahero auch darauf mit zu beharren iſt.„

3. Die Worte: „Zur Ungebühr„ wollten zwar in einem Voto ſo angeſehen werden, daß ſie nur cauſam litigandi geben: Ob auch die Reſtriction zur Ungebühr ſeye, oder nicht? Die Majora waren aber anderer Meinung.

4. Wurde von Chur-Brandenburg verlangt: Nach: *Privilegia,* zu ſezen: *Protectoria.* Die Vota darüber fielen alſo aus:

Chur-Trier: Beym Text zu belaßen, weilen *art.* 19. §. 6. allſchon Vorſehung geſchehen: Sollten aber Protectoria derer

Mit-

Mit-Stände allhier gemeinet ſeyn, findete man die Beyrückung allerdings bedencklich.

Chur-Cölln: Kan die Beyfügung des Worts: *Protectoria* geſchehen laßen.

Chur-Bayern: Similiter.

Chur-Sachſen: Läßet ſich die Beobachtung des Moniti gefallen.

Chur-Brandenburg: *Inhæret Monito.*

Chur-Pfalz: Accediret denen Vorſtimmenden.

Chur-Braunſchweig: Kan zwar die Beyrückung des Moniti geſchehen laßen, jedoch, daß demſelbigen ſo dann dasjenige hinzugeſezet werde, was in dem dißeitigen Monito ad §. 2. hujus art. erinnert worden.

Chur-Maynz: Kan die Inſerirung geſchehen laßen.

Concluſum: wäre zu inſeriren.

5. *Art.* 19. §. 6. verlangte Chur-Sachſen, nach: *Protectoria*, beyzufügen: „Oder Conſervatoria „

Chur-Trier: Wann dieſes Monitum von denen unſtrittigen Unterthanen gemeynet ſeyn ſollte, findete man in ſo weit dabey kein Bedencken: Andern Falls dörffte es eine Mißdeutung nach ſich ziehen.

Chur-Cölln: Kan die Inſertion geſchehen laßen.

Chur-Bayern: Ad Majora.

Chur-Sachſen: Inhæriret dem Monito; zumalen denen Protectoriis zum öfftern die Conſervatoria angehänget zu werden pflegen.

Chur-Brandenburg: Iſt mit der Inſertion verſtanden.

Chur-Pfalz: Similiter.

Chur-Braunſchweig: Finde bey der Inſertion des Moniti kein Bedencken.

Chur-Maynz: Accedit Majoribus pro inſertione.

Concluſum: Wäre zu inſeriren.

Sonſten wurde auch in gewißen Gutachten an die Hand gegeben:

Art. 15. poſt: „Vernommenen Bericht;„ addatur: „Deßen gefährliche Aufſchiebung Wir aber keineswegs geſtatten wollen.„

Und *art.* 19. poſt verba: „Mit ihrem Bericht und Gegen-Nothdurfft,„ addatur: „(Welche aber nicht über die Gebühr aufzuſchieben oder zu verzögern iſt.)„

Sodann poſt: „Gegen ihre Obrigkeit,„ addatur: „So weit Rechtens.„ Dann es möchte, wie Exempel vorhanden ſeynd, ein Landes-Herr unerträgliche und Land und Leute ruinirende Dinge anfangen, und verlangen, die Unterthanen zum Gehorſam anzuhalten, biß der Proceß zu Ende gehe; welches aber ſo lang anſtehen könnte, daß hernach alle Rechts-Hülffe zu ſpat wäre.„

§. 84.

1745.

An. 1745. Verbliebe es in Kayſer Franzens Wahl-Capitulation in allem bey der leztvorigen.

§. 85.

§. 85.

Angebliche Reichs-Tags-Acta 1748.

An unten (1) angezeigtem Ort wird vorgegeben: Als hätten im Jahr 1748. die geſammte Reichs-Stände bey Gelegenheit der Recurs-Sache: Heßen-Hanau contra das Dom-Capitul zu Maynz, die Beſteurung eines Hofes zu Nieder-Eſchbach betreffend, die An. 1670. und hernach wieder in motu geweſene, aber auch aufs neue ins Vergeßen gerathene Collectations-Materie, und ſonderlich das Punctum Extenſionis §. 180. Rec. Imp. nov. wieder ausmachen wollen: Ich wüßte aber dieſes Angeben nicht erweislich zu machen.

§. 86.

Wahl-Tags-Acta 1764.

Bey der Wahl des Röm. Königs Josephs II. endlich im Jahr 1764. ließe man es abermalen ſchlechterdings bey dem Innhalt der Capitulationen von 1742. und 1745. bewenden.

(1) Neue Europ. Fama. Part. 160. p. 254.

II.

Von der Concipienten Amt, Pflichten, Rechten, Fehlern, Verbrechen und Beſtrafung.

§. 1.
Vorerinnerung.

Dieſe (meines Wißens noch von Niemand ausgearbeitete,) Materie kommt in Staas- und privat-Sachen bey Congreßen, Conferentien, Reichs- Crays- Collegial- Land- und anderen Conventen, in allen Arten von Collegiis und Corporibus, an denen Höfen und unter privat-Perſonen, u. ſ. w. bey unzählichen Gelegenheiten ſo offt vor, und iſt dahero von einem ſo weiten Umfang, daß ſie die Gränzen einer kurzen Abhandlung überſchreiten würde und müßte, wann alles, was davon zu ſagen iſt, angeführet werden wollte; ich begnüge mich dahero, nur einige brauchbare Anmerkungen darüber zu machen.

§. 2.
Concipient, wer?

Das Wort: Concipient, oder: Conciſt, wird in gedoppeltem Verſtand genommen:

1. Bedeutet es überhaupt einen jeden Autorem, Verfaßer oder Schrifftſteller, eines gedruckten oder geſchriebenen Aufſazes. So votirte z. E.

Magdeburg bey dem Reichsconvent: „Weilen etliche Notæ ſuper hæc Monita, ſuppreſſo nomine, *concipi*ret, übergeben, und hernach per Dictaturam communiciret worden; bäte er, dergleichen Schrifften, wodurch die Stände in ihren Conſiliis perſtringiret werden wollten, nicht weiter anzunehmen, und über den Concipiſten zu inquiriren.„

In beſonderem Verſtand, und meiſtens, aber verſtehet man darunter diejenige Perſon, a) welche dasjenige zu Papier bringt, was befohlen, reſolvirt oder verglichen worden iſt, oder worüber man erſt berathſchlagen und vergleichen will, u.ſ.w. ſo auch b) die Verfaßere derer gericht- und außergerichtlichen Suppliquen, Memorialien, Schreiben, Contracte, und anderer Aufſäze von allerley Arten und Gattungen.

§. 3.

Wem das concipiren zuſtehe?

Das Concipiren kan betrachtet werden:

1. Als ein Vorrecht, und
2. als eine Schuldigkeit.

Ueberhaupt muß ich forderiſt hiebey erinneren, daß es allerdings ein Vorrecht und ungemei-

gemeiner Vortheil iſt, wann man den erſten Aufſaz machen darff: Dann wann gleich in der Hauptſache ein Theil ſo viel darzu zu ſagen hat, als der andere, und ohne beederſeitige Einwilligung nichts in den Aufſaz gebracht werden, oder doch darinn ſtehen bleiben darff; ſo kan doch der Sache ſelbſt in dem Aufſaz gar ſehr offt eine ſolche Wendung gegeben, und nur durch ein einiges Wort, oder anderen Ausdruck, dem einen Theil ein ſolcher Vortheil verſchafft, oder ein ſolcher (zuweilen mit aller menſchlichen Klugheit und Vorſicht nicht voraus abzuſehender,) Nachtheil zugefüget werden, daß alle von dem anderen Theil machende Erinnerungen bey dem Entwurff dagegen nicht hinreichen.

§. 4.

Von dem concipiren, als einem Vorrecht.

Wird nun das Concipiren als ein Vorrecht betrachtet; ſo haben es 1. entweder zwey oder mehrere Parthien mit einander zu thun, deren eine etwas vor der oder denen anderen zum Voraus hat; oder 2. die Parthien ſeynd in ſo fern einander gleich.

Einen Vorzug haben ſolcher geſtalten

1. die Regenten, wann ſie es mit ihren Reichs- oder Landſtänden, oder anderen Unterthanen, zu thun haben;

2. die Directoria eines Collegii oder Corporis, in denen Collegial-Angelegenheiten.

Wann nun 1. zwiſchen einem Regenten und ſeinen Reichs- oder Landſtänden gemeinſchafftliche Auffäze zu verfertigen ſeynd, z. E. Reichs- oder Land-Tagsabſchiede, Vergleiche, u. ſ. w. ſo iſt wiederum ein Unterſchied zu machen zwiſchen ruhigen und unruhigen Zeiten.

In ruhigen Zeiten iſt die Regel: Wer die Vorhand hat, oder dem andern vorgehet, der hat auch das Recht, den Auffaz zu verfertigen; mithin in dem Fall, davon ich rede, der Landesherr.

Doch leidet dieſe Regel bey Wahlreichen insgemein ihre Abfälle; daß nemlich der Regent dergleichen nicht bey ſeiner privat-Canzley auffezen laßen darff, ſondern es durch die nach der Regierungsform ſolchen Staats beſtimmte Canzley geſchehen muß.

So werden alle von dem Röm. Kayſer in dieſer Eigenſchafft ausgehende Auffäze von Geſezen, Reichsabſchieden, Privilegien, u. ſ. w. in der Chur-Maynziſchen Reichs-Canzley abgefaßt.

In unruhigen oder innerlichen Kriegszeiten hingegen machen allemal der Kayſer und einige Reichsſtände einer- die übrige Reichsſtände anderer Seits hingegen zwey Parthien gegen einander; dahero auch in ſolchem Fall des Kayſers Vorrecht gewißermaßen ſuſpendiret iſt, und beede Theile mit einander handlen, wie wir hernach von denen, die einander gewißer maßen gleich ſeynd, hören werden.

Und

Und auf eben dieſe Weiſe wird es auch zwiſchen Reichsſtänden und ihren Landſtänden, oder anderen Unterthanen, gehalten.

In ruhigen Zeiten läßet der Herr durch die Seinige bey Landtagsabſchieden, Landesverträgen, u. ſ. w. ordentlicher Weiſe die Feder allein führen, und die Aufſäze alleine verfertigen.

Doch gibt es auch hiebey Abfälle: Z. E. als ein Catholiſcher Herzog zu Würtemberg zur Regierung ſeines Evangeliſchen Landes kame und Religions-Reverſalien ausſtellen ſollte und wollte, machte die Landſchafft den Entwurff davon, und übergabe ihn der Herrſchafft.

Als ferner An. 1753. des Herrn Herzogs Durchl. eine gewiße ſtarcke, nicht ſchuldige, Summ Geldes an die Landſchafft verlangte, begehrte dieſe, gegen deren Bewilligung die Abſtellung gewißer Landesbeſchwerden mittelſt eines formlichen Receßes, welchen ſie ſelber concipirte, worüber man ſich endlich auch vergliche.

Noch vielmehr aber greiffet entweder eben dieſes Plaz oder wenigſtens behandeln beede Theile darinn einander dißfalls als gewißer maßen Gleiche, wann, nach innerlichen Unruhen, oder geführten Proceßen an einem Reichsgericht, es zu Vergleichstractaten kommt.

Dann ob man gleich in ſo fern der Landesherrſchafft allemal den Vorzug geſtatten

 muß,

muß, daß der Hauptaufſaz durch die Ihrige concipiret wird; ſo hindert doch dieſes gar nicht, daß nicht die Landſtände, gleich Anfangs, oder währender Tractaten, ebenfalls einen Entwurff eines Vergleichs über die geſammte Streitigkeiten, oder über gewiße Gattungen derſelben, oder auch über einzelne Beſchwerden, übergeben könnten.

Nachdeme nun ein Theil des andern mehr oder weniger nöthig hat, mehr oder weniger im Vortheil über den andern ſtehet, u. ſ. w. nachdeme wird auch entweder ein ſolcher Entwurff ganz oder zum Theil zum Grund gelegt, oder nicht.

So machte ich ſelbſt, in denen lezteren Würtembergiſchen Landesirrungen, auf Verlangen der Landſchafft einen Entwurff zu einem Vergleich, die Landſchafft änderte darinn allerley, übergabe ihn ſodann der Herrſchafft, man handelte darüber, und in dem An. 1770. geſchloßenen Erbvergleich verbliebe es in vielem dabey.

2. In manchen Collegiis machen zwar deren Directoria, oder andere vorſizende Perſonen, ſie mögen nun einen Namen haben, wie ſie wollen, nach denen ausfallenden mehreren Stimmen den Schluß; überlaßen aber ſodann deßen Aufſaz, wann er zu Papier gebracht werden ſolle, denen, deren Amt ſolches iſt: Davon aber hernach wird geredet werden.

In

In vielen anderen Collegiis hingegen wird dieſes als einer derer wichtigſten Directorial-Vorzüge angeſehen, daß das Directorium den Collegial-Schluß concipiren darff.

Doch leydet in der Praxi auch dieſe Regel zuweilen allerley Abfälle. Z. E.

So bringt zuweilen eine bey dem Aufſaz intereßirte Parthie, oder auch ein Dritter, öffentlich einen Entwurff eines Aufſazes zum Vorſchein, anheimſtellende, oder mit dem Erſuchen, ob es gefällig ſeyn möchte, ſelbigen zu genehmigen: Bewandten Umſtänden nach nun läßt es das Directorium gerne geſchehen, oder bezeugt ſich doch dabey gleichgültig, oder aber es wird empfindlich darüber, oder ſieht es als einen Eingriff in ſein Directorialamt an, und will es nicht leiden.

Unanſtößiger iſt, gehet dahero leichter, und geſchiehet noch öffter, daß eine Parthie, welcher daran gelegen iſt, wie der Aufſaz ausfalle, dem Directorio nur unter der Hand einen Entwurff deßelbigen zuſtellet.

Ferner geſchiehet es zuweilen, daß, wann ein Aufſaz weitläufftig und wichtig iſt, ein Mitglied des Collegii aber in der Sache eine vorzügliche Wißenſchafft beſizet, demſelbigen, auf Verlangen, oder doch mit Einwilligung des Directorii, aufgetragen wird, den Aufſaz zu verfertigen:

Oder es wird ſolchen Falles auch wohl die Arbeit zwiſchen ihrer Mehreren getheilt, wie alſo z. E. an dem Vorſtellungsſchreiben

des Corporis Evangelicorum vom 16. Nov. 1720. vier Evangeliche Herrn Comitialgeſandte, einer dieſes, der andere ein anderes, Stück ausgearbeitet haben ſollen.

Es kan dabey auch wohl die Abſicht haben, damit nicht, wann die Sache ſelbſt unangenehm iſt, der Haß auf einen Concipienten allein fallen möge.

Viel mehreres davon, wie auch von denen darüber entſtandenen Streitigkeiten, und von denen vielen und großen Klagen über die von denen Directoriis ſich dabey zu Schulden kommen laßende Mißbräuche auf Reichsdeputations- Cameralviſitations- Kayſerwahl- Crays- und Collegial-Tägen, wie auch bey Friedenscongreßen, u. d. iſt in denen von dieſen Materien handlenden Theilen meines alt- und neuen Teutſchen Staatsrechts anzutreffen.

§. 5.

Von dem Concipiren unter Gleichen.

Seynd aber die Parthien, welche einen gemeinſchafftlichen Aufſaz zu Stande bringen wollen, einander, wenigſtens dermalen, und in ſo weit, gleich, daß ſie nicht als Regenten und Reichs- oder Landſtände ꝛc. oder als Directoria und Glieder eines Collegii, ſondern als zweyerley Parthien, anzuſehen ſeynd; ſo hat es ſeinen Einfluß in die Aufſäze auch in ſo fern, daß kein Theil es als ein Vorrecht behaupten kan, es komme ihme zu, den Aufſaz zu verfertigen.

Zwar

Zwar kan es ſich gar wohl dennoch zutragen, daß dem an Stand vornehmeren, oder ſonſt Oberen, überlaßen wird, den vorhabenden Auffſaz zu concipiren; aber es muß mit freywilliger Genehmigung des anderen Theiles geſchehen.

Wo aber dieſes nicht ſtatt findet; ſo übergeben entweder beede Theile Entwürffe des ganzen Auffſazes, wie ſo z. E. bey denen Weſtphäliſchen und anderen Friedenscongreſſen, die Kayſerliche, die Franzoſen, die Schweden, 2c. Entwürffe eines Friedensſchlußes übergeben haben; da man dann bald ſich vergleicht, das eine oder das andere zum Grund der Tractaten zu legen, bald beede darzu beſtimmt, und aus dem einen dieſes, aus dem anderen etwas anderes, nimmt.

Oder es übergeben auch einige, oder einzelne, Intereßenten Entwürffe nur von einigen oder nur von denen ſie betreffenden, Articuln; wie ſo z. E. bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten die Evangeliſche überhaupt, die Lutheraner, die Reformirte, die Catholiſche, die bey dieſem oder jenem Reſtitutions- oder Satisfactions-Punct Intereßirte 2c. Projecte von ſich haben kommen laßen; bald mit mehrerer, bald mit wenigerer Würckung.

§. 6.

Von dem Concipiren, als einer Schuldigkeit.

Es iſt aber auch das Concipiren gar ſehr offt, nicht ſo wohl ein Vorrecht, als vielmehr

eine Schuldigkeit, des Concipientens: Und auch in ſolchem Fall gibt es allerley Anmerckungen und Betrachtungen bey dieſer Materie, ſo wohl in Anſehung der Perſonen, als der Sachen.

In Anſehung der Perſonen iſt das Concipiren bald eine Obliegenheit des Chefs, oder doch ſonſt eines Miniſters, Geſandtens, ꝛc. bald eines Raths, Conſulentens, Syndici, ꝛc. bald eines Subalternens und Officiantens eines Collegii oder Corporis.

Ueberhaupt habe ich in meiner Einleitung zu Canzley-Geſchäfften (1) folgende Säze davon, welche ich in meiner Hanauiſchen Staats- und Canzley-Academie mündlich mit mehrerem erläuterte:

„§. 2. Gutachten, Conferenz- und Commißionsberichte, u. d. werden billig von einem Rath, und zwar von dem Referenten, ſelbſt verfertiget, nicht aber bloß dem Secretario überlaßen.

§. 3. So auch Schreiben an Auswärtige, und andere reſolvirte Aufſäze von Wichtigkeit, darinn leicht verſtoßen werden könnte.

§. 4. Ja Staats-Miniſtri ſelbſten, welche die Fähigkeit darzu haben, übernehmen nicht ſelten dergleichen.

§. 5. So gar findet man auch zuweilen gecrönte Häupter, oder andere regierende Herrn, welche ſich nicht ſchämen, die Feder in geheimen

(1) 5. Buch, 1. Cap. S. 242.

men oder auch anderen wichtigen Angelegenheiten ſelbſt anzuſezen.

§. 6. Wann ſie aber der Sache nicht gewachſen ſeynd, thäten ſie zuweilen beßer, ſie überließen dieſe Arbeit Anderen, die Profeßion davon machen.

§. 7. Indeßen müßen doch die Secretarien auch obbeſagte Arbeiten mehrmalen übernehmen, wann die Räthe nicht können oder wollen.

§. 8. Und wann ein Rath verſichert iſt, der Secretarius, ſo dergleichen in das Protocoll bekommen hat, ſeye der Sache, wo nicht beßer, doch eben ſo gut, als er ſelbſt, gewachſen; entſtehet wenigſtens für die Herrſchafft kein Schade daraus.

§. 9. Currente Aufſäze aber gehören allerdings denen Secretarien zu.

§. 10. In deren Ermanglung bedienet man ſich zuweilen auch derer Regiſtratoren und Cancelliſten darzu; zumalen in gar gemeinen Sachen.

§. 11. Ja (Staats- und andere) Secretarien, welche in großem Anſehen ſtehen, bedienen ſich auch wohl ſelbſten wieder anderer Subalternen; zumalen in currenten Sachen.

§. 12. Und gewißenhaffte, fleißige und ehrliche Räthe, welchen bekannt iſt, daß ein Secretarius, ſo etwas in das Protocoll bekommen hat, nicht viel taugt, oder faul iſt, ſezen offt lieber die Feder ſelbſt in ſolchen Sachen

chen an, welche der Secretarius ausfertigen ſollte.„

Ich füge nur noch dieſes wenige bey.

In der Königl. Schwediſchen Vor-Pommeriſchen Regimentsform von 1663. heißt es Tit. 8.: Was in wichtigen Sachen, oder ſonſten vorkommt, ſolle der Canzler ſchrifftlich verfaßen, Tit. 10. aber: Die Regierungsräthe ſollen ſo wohl bey gemeinen als particular- und abſonderlichen Regierungsſachen mit-concipiren helffen.

§. 7.

Worzu ein Concipient genöthiget werden könne?

Ein Concipient kan genöthiget werden, ſein Concept ſo abzufaßen, wie es reſp. die mehrere Stimmen des Collegii mit ſich bringen, oder es ihme von ſeinem Landesherrn, oder andern Obern, deme er zu gehorchen ſchuldig iſt, befohlen wird: Nicht aber, wie er ſelber denckt, oder es haben möchte, oder ſonſt zum Vortheil oder Nachtheil gewißer Parthien, oder anderer Dritten.

An. 1654. beſchwerten ſich die Evangeliſche Reichsſtände (1): Daß der Reichsabſchied nicht allen denen abgefaßten Reichsſchlüſſen gemäß concipiret worden ſeye.

Da ich, als ein junger 25jähriger Mann Würtembergiſcher Regierungsrath wurde, nahme ſich ein alter geſchickter Regierungs-

Se-

(1) von Meiern Regensb. R. Tagshandl. 1. Band, S. 1137. u. f.

Secretarius heraus, die von mir referirte Sachen zuweilen anderſt zu concipiren, als es meinem von dem Collegio geuehmigten Voto gemäß ware: Ich machte ihme aber das Compliment: Ich erkennete, daß er meiner Stelle eben ſo wohl, ja würdiger wäre, als ich ſelbſt; ich wollte auch nicht widerſprechen, daß die Sache wohl ſo hätte reſolviret werden können, wie er den Aufſaz gefaßet habe: Nachdeme ich aber einmal Rath und er Secretarius, auch mein Antrag von dem Collegio gebilliget, und dadurch des ganzen Collegii Sache worden, ſeye; müße er es auch unverändert ſo concipiren, wie mein zum Protocoll gegebenes Votum es mit ſich brächte.

§. 8.

Worzu ein Concipient nicht genöthiget werden könne?

Hingegen kan, nach meinem Ermeßen, ein Concipiſt mit Recht nicht genöthiget werden, etwas zu concipiren,

1. das wißender Dingen und offenbar wider ſeine abgelegte Pflichten laufft: Z. E. wann er auf die Landesverträge geſchworen hat, und es will ihme zugemuthet werden, zum Vortheil oder Nachtheil des Regentens, oder der Unterthanen, einen Aufſaz zu machen.

Noch weniger gehet es an, wann ihme bloß das weſentliche anbefohlen wird, und er ſolches erſt ausarbeiten, Scheingründe zu deßen Behauptung ausfindig machen, der

Sache eine verkehrte Geſtalt geben, die Landesgrundgeſeze verdrehen, oder ſonſten chicaniren ſolle.

Iſt aber etwas nicht offenbar des Concipientens Pflichten zuwider, doch aber, ſeines Ermeßens, ſonſt, und zwar zuverläßig, der Landesverfaßung zuwider, und es wird ihme vorgeſchrieben, wie der Aufſaz lauten ſolle; ſo iſt er ſchuldig, denſelben alſo zu concipiren: wird es ihme aber nicht vorgeſchrieben, ſondern der Aufſaz überlaßen, und er verbittet es ſich; ſo muß man ihn nicht gegen ſein Gewißen dringen, ſondern mit dem Aufſaz verſchonen.

2. Kan Niemand genöthiget werden, ein Concept ſo zu faßen, wodurch er offenbar, oder doch wahrſcheinlich, in Gefahr geſezet würde, von einem Reichsgericht, oder dem Landesherrn ꝛc. mit Recht ſträflich angeſehen zu werden.

3. Man kan einen gewißenhafften Mann nicht nöthigen, Aufſäze auf Schrauben zu ſtellen, oder ſie eines Dritten unſtreitigen Gerechtſamen zum Nachtheil einzurichten.

Ich ſollte einmal einen Vergleich zwiſchen einem großen Herrn und einem geringeren aufſezen: Man muthete mir zu, ihn ſo zweydeutig zu machen, als es möglich ſey, um künfftig davon profitiren und durch die Uebermacht der dißeitigen Erklärung das Uebergewicht geben zu können: Ich antwortete aber: Daß ich nicht nur dieſes nicht thun, ſondern im

im Gegentheil vielmehr das Concept des Vergleichs ſo umſtändlich und deutlich faßen würde, daß, wo möglich, biß an das Ende der Welt hierinn kein neuer Streit entſtehen möge. Seye dieſes nicht anſtändig; ſo möchte man mich von dieſer Arbeit diſpenſiren, und ſie einem anderen übertragen: wobey ich auch verbliebe.

Endlich und 4. iſt unrecht, wann man einen Concipienten nöthigen will, auch nur einen Saz aus denen gemeinen Rechten, den der Concipient für ungegründet hält, als gegründet auszuführen und zu behaupten.

So wurde mir abermalen einſtens zugemuthet, in einer am Reichs-Hofrath anhängigen Sache eine gewiße grundloße Lehre aus dem Teutſchen Staatsrecht zu vertheidigen. Ich verbate es mir. Darauf hieße es: Ich müßte; ich ſeye des Regentens Rath und Advocat; ſeye alſo ſchuldig, ſeine Sache zu defendiren. Ich verſezte: Ein rechtſchaffener Advocat ſeye ſeines Clientens Sache nicht weiter zu verfechten ſchuldig, als er glaube, daß derſelbe recht habe: wann ich ſo geſchickt wäre, die Sache ſo künſtlich zu machen, daß der Richter dadurch geblendet und zu einer ungerechten Urthel verleitet würde, ſo läge die Schuld auf mir: Und wann der Teufel den Advocaten hohlte, wo dann der Rath bliebe? Ich thate es auch ſchlechterdings nicht.

Aber freylich muß ein Concipient, der ein ſo enges und zartes Gewißen hat, an vielen

len Orten auch gewärtig ſeyn, daß er darüber in Verdruß, Schaden und Gefahr gerathen, oder doch ſein zeitliches Glück darüber verſcherzen könne.

§. 9.
Pflichten und Rechte eines Concipientens in Anſehung der Sache ſelbſt.

In Anſehung der Sache ſelbſt ſolle ein Concipient 1. nicht weniger in das Concept bringen, als reſp. ihme befohlen oder verglichen worden iſt, oder die Natur der Sache oder die Umſtände es ſonſten erfordern.

Wir haben aber auch ſchon bey Reichsconventen und Reichsgerichten Fälle gehabt, da, aller Wahrſcheinlichkeit nach, etwas nicht ſo concipiret worden iſt, wie es an die Hand gegeben worden ware: Weil aber entweder Beſchwerde darüber geführet wurde, daß etwas, ſo hinein hätte gebracht werden ſollen, außengeblieben ſeye, oder man auch ſelbſten gerne noch einiges hinzugeſezet hätte; ſo wurde es nachgetragen, und auf die Rechnung des Concipientens, oder auch des Copiſtens, geſezt, daß es zuvor herausgeblieben ſeye. Z. E.

So wurde An. 1751. vorgegeben, daß der Schluß des Kayſerlichen Commißionsdecrets wegen Garantierung des Dreßdiſchen Friedens zwiſchen Oeſterreich und Preußen durch einen Canzleyfehler hinweggeblieben ſeye, und nachgetragen (1).

Ferner

(1) ſ. mein Tr. von R. Tägen, 1. Theil, S. 363.

Ferner wurde am Cammergericht An. 1769. in der Gelnhauſer Exemtionsſache die Execution allein auf Chur-Maynz erkannt: Einige Tage hernach aber noch die Worte beygeruckt: „Cum extenſione auf des Fränckiſchen Crayſes ausſchreibende Fürſten;„ welche gleichfalls aus einem Canzleyfehler hinweggeblieben ſeyen.

2. Es ſolle aber auch nicht mehr in das Concept gebracht werden, als reſp. befohlen oder verglichen worden iſt, oder, denen Umſtänden der Sache nach, ſonſten hätte geſchehen ſollen. Z. E.

Der Reichs-Hofrath (1) hatte An. 1754. einen Scharfrichter ad honores legitimirt: Der Concipient, oder auch der Cancelliſt, aber ſezten eigenmächtig bey, daß er auch Erlaubniß haben ſollte, praxin medicam zu treiben: als es aber bekannt wurde, befahl der Reichs-Hofrath, die original-Urkund wieder einzuſchicken, ſie zu caßieren, und von neuem, vorgeſchriebener maßen, um- und auszufertigen.

Und in Sachen: Baden-Baden contra Schwarzach, wurde in einer Cammergerichts-Urthel gemeldet: Daß in dem Præcepto des erkannten Mandats, wider des Kayſ. Cammergerichts Erkenntniß und Verordnung, in der Expedition eine gewiße, mit den Anfangs- und Schlußworten angezeigte Stelle eingefloßen ſeye. Doch

(1) ſ. mein Tr. vom Röm. Kayſer, S. 520.

Doch verſtehet ſich dieſes billig nur davon, was das Weſen der Sache angehet, und wann dem Concipienten alles, was (wenigſtens diſpoſitive,) in das Concept gebracht werden ſolle, vorgeſchrieben worden iſt:

Es kan aber auch ein Concipient darinn zuweilen zu viel, und ſelbſt zum Schaden derer Intereſſenten, eingeſchräncket werden wollen: z. E. Wann in einem Landſchafftlichen Collegio, welches meiſtentheils aus Perſonen beſtehet, die keine Rechtsgelehrte ſeynd, wegen einer Landesbeſchwerde ein Schluß gefaßet und die Ausarbeitung deßelbigen dem Conſulenten aufgetragen wird; ſollte er allerdings die Freyheit haben, auszuführen, daß die geklagte Beſchwerde ſo wohl der Landes- als auch der allgemeinen Reichs-Verfaßung zuwider ſeye: Es ſeynd mir aber Beyſpiele bekannt, daß man es nicht hat geſtatten wollen; weil der, deßen Stimme zum Grund geleget wurde, ſeiner Einſicht ſo viel zutrauete, daß es ſchlechterdings bey ſeiner Aeußerung verbleiben ſollte, ob gleich ſelbige ſehr unhinreichend ware.

4. Solle ein Concipient ſich aller in Rechten unerlaubter Grundſäze enthalten, und man kan ihme mit Billigkeit das Gegentheil nicht einmahl anbefehlen; wie ſchon oben angemercket worden iſt.

Dabey iſt jedoch auch nicht zu übergehen, daß am Reichs-Hofrath dem Concipienten mehrmalen etwas zur Laſt gelegt werden will, wann

wann er gleich nichts anderes gethan oder vertheidiget hat, als worinn entweder die Evangeliſche geſammte Reichsſtände, oder doch die Mächtigere von beeden Religionen, eines ſeynd, der Kayſerliche Hof aber darinn anderer Meinung iſt. Z. E.

An. 1765. 5. Sept. wurde vom Reichs-Hofrath in Sachen: Von Boſe, Veniæ ætatis, dem Concipienten des eingereichten Exhibiti die beſchehene Aeußerung einiger ganz irrigen und auf Schmälerung der Kayſerlichen Jurisdiction in cauſis matrimonialibus abzielender Principiorum alles Ernſtes verwieſen, und dergleichen pro futuro, bey Vermeidung ſchärfferer Ahndung, unterſagt.

§. 10.

Pflichten und Rechte eines Concipientens in Anſehung der Schreibart.

In Anſehung der Schreibart ſolle freylich ein Concipient allemal ſich einer ſolchen bedienen, daß ihme höherer oder dritter Orten kein Vorwurff deßwegen gemacht werden könne, und man ſich an ihne, als Concipiſten, halten möge, es ſeye ihme nun befohlen worden oder nicht; weil man höherer Orten dergleichen Befehle nicht zur Entſchuldigung gelten läßet, ſondern beede beſtrafet, ſo wohl den, der es befohlen, als auch den, der dem Befehl Gehorſam geleiſtet hat.

Abſonderlich aber findet dieſes in allen Fällen ſtatt, wo es Unterthanen mit ihrer

Landesherrſchafft, oder andere Untergebene mit ihrer Obrigkeit, oder anderen Vorgeſez-ten, zu thun haben; da es allezeit beßer iſt, in denen Ausdrücken und der ganzen Faßung, der Hauptſache unbeſchadet, eher zu wenig, als zu viel, zu thun.

In einem bey dem Reichsconvent An. 1744. 24. Jul. dictirten Memorial der Solms-Laubachiſchen Gemeinde zu Freyen-ſee lieſet man: „Der Reſpect, welchen die ar-me Gemeinde vornemlich Euer Excellentien und Gnaden, wie auch ſo fort ihrem Landes-herrn, ſchuldig iſt, hat ihrem Concipienten verboten, das Anbringen derer Hochgräflich-Solms-Laubachiſchen Herrn Bedienten mit ſolchen lebendigen Farben abzuſchildern, als ein ganz falſcher Bericht an das ſämtliche hochanſehnliche Comitial-Collegium ſolches verdienet hätte ꝛc.„

Indeßen aber bleibet, wann es zur Sprache und zu Beſchwerden darüber kommt, dennoch allemal ein ſehr großer Unterſchied: Ob der Concipient in Abfaßung des Concepts, davon die Frage iſt, freye Hände gehabt habe, oder nicht? Im erſten Fall hat der Concipi-ent den gröſten Theil der Verantwortung auf ſich; im andern hingegen der, welcher es dem Concipienten befohlen oder doch an die Hand gegeben hat.

§. 11.

Andere von einem Concipienten zu beobachtende Stücke.

Von anderen Nebenumſtänden, welche ein Concipient zu beobachten hat, habe ich anderwärts (1) folgende Anmerckungen gemacht:

„§. 13. An manchen Orten iſt es eingeführet, daß die Secretarien die reſolvirte Sachen ſo lange liegen laßen dörffen, biß die dabey intereßirte Parthien ſich um die Expedition melden:

§. 14. Es wäre dann, daß anbefohlen würde, ein- oder anderes ex officio auszufertigen.

§. 15. Anderwärts hingegen, oder auch nach Beſchaffenheit derer Collegiorum, muß ein Secretarius alles, was er in das Protocoll bekommen hat, auch unerinnert ausfertigen.

§. 16. Ja die reſolvirte Sachen ſollen, ſo bald möglich, und indeme das Verhandelte denen Räthen noch in friſchem Angedencken iſt, concipiret werden.

§. 17. An einigen Orten muß es gleich ſelbigen, oder doch des nächſtfolgenden, Tages geſchehen.

§. 18. Doch iſt dieſes bey weitläufftigen Aufſäzen nicht allemal practicabel.

(1) Einleit. zu den Canzl. Geſchäfft. l. c. S. 244.

§. 19. Auch machet man billig bey denen Sachen, welche Geſangene, oder Aufwärter, betreffen, oder wobey ſonſten periculum in mora iſt, ingleichem die den Landesherrn ſelbſt angehen, den Anfang.

§. 20. Ein Secretarius, (oder anderer Concipiſt,) ſolle die zu einer vorhabenden Expedition gehörige Acta, ſo weit es nöthig iſt, ſelbſt und fleiſig leſen.

§. 21. Wann er Acta mit ſich nach Haus nimmt, hat er ſelbige vorſichtig zu verwahren; zumalen wann ſie von Wichtigkeit ſind.

§. 22. Wann er auch die ihme zugeſtellte Acta nicht mehr von nöthen hat, ſolle er ſelbige gleichbalden wieder an ihr gehöriges Ort geben.„

Ich füge nur noch bey, was ich zu Anfang dieſes Capitels gemeldet habe, nemlich: „Ein Präſident ꝛc. hat darauf zu halten, daß die Secretarien, oder Andere, denen es zukommt, das einmahl reſolvirte ſo bald, als es ſeyn ſolle und kan, wie auch mit behörigem Fleiß, concipiren.„

Ich habe zwar an dem angezeigten Ort auch noch von folgenden Umſtänden gehandelt:

2. Cap. Von der Sprache, darinn die Cabinets- und Canzley-Expeditionen geſchehen; in 25. §§.

3. Cap. Was bey denen Concepten derer Canzley-Expeditionen in Anſehung des Aeuſſerlichen zu beobachten ſeye; in 48. §§.

4. Cap.

4. Cap. In weßen Namen die Canzley-Expeditionen ausgehen; in 22. §§.

5. Cap. Von der Schreibart in denen Canzley-Expeditionen an und für ſich ſelbſt; in 30. §§.

6. Cap. Von Reviſion derer Concepte von Canzley-Expeditionen; in 44. §§.

Ich will ſelbige aber, Weitläufftigkeit zu verhüten, nicht auch hieher ſezen.

§. 12.

Von Abänderung des Concepts.

Ein Concept, ſo von denen, welchen es zuſtehet, einmahl genehmiget worden iſt, darff, ohne neuen Befehl, von dem Concipienten nicht eigenmächtig wiederum abgeändert werden:

Wohl aber ſtehet des Concipientens Oberen und Vorgeſezten, auf deren Befehl oder nach deren Stimmen, oder ſonſtigen Schluß, ein Concept verfertiget worden iſt, zu und frey, ſelbiges in einigem, vielem, oder ganz, mit oder ohne einen hinlänglichen Grund, nach freyem Belieben abzuändern, einiges hinzuzuſezen, oder durchzuſtreichen, 2c. ohne daß der Concipient dagegen ordentlicher Weiſe etwas zu ſagen oder einzuwenden hätte.

Eben dieſe Freyheit ſtehet auch denen Corporibus und Collegiis zu, welche in ihren Angelegenheiten ſich ſolcher Perſonen Feder und Hülffe bedienen, welche nicht eigentlich

ihre Untergebene ſeynd, z. E. denen Landſtänden, welche etwas durch ihre Conſulenten oder Syndicos concipiren laßen.

§. 13.

Wer für das Concept zu ſtehen habe?

Aus dem bißherigen nun ergeben ſich in Anſehung der Frage: Wer für ein Concept zu ſtehen und es zu verantworten habe? die Reguln von ſelbſten:

1. In ſo fern ein Concipient in Anſehung a) der Sache ſelbſt, oder b) der Schreibart, freye Hände gehabt hat; in ſo fern muß er auch für das Concept, in dem einen, oder andern, oder beyden, ſtehen:

2. Hingegen, in ſo ferne er in Anſehung a) der Sache ſelbſt, oder b) der Schreibart, nicht freye Hände gehabt hat, ſondern ein bloßes Werckzeug geweſen iſt, Anderer Gedancken und Ausdrücke zu Papier zu bringen; in ſo fern hat er auch nicht, entweder in dem einen, oder anderen, oder beyden, für das Concept zu ſtehen.

Doch leidet dieſes leztere, ſchon oben erinnerter maßen, ſeinen Abfall in denen Sachen, welche wider die Göttliche Rechte, Reichs- oder Landes-Verfaßung, oder auch ſonſten wider des Concipientens Pflichten, anſtoßen; als in welcherley Fällen er ſich von Niemanden, er ſeye wer er wolle, ſolle nöthigen laßen, wider Recht und Gewißen zu handlen: Thut er es aber dennoch; ſo ſeynd

beyde

beyde ſtrafbar, der, ſo es befohlen, und der, ſo den Befehl vollſtrecket hat.

§. 14.

Derer Concipienten Fehler.

Wann bey einem Concept etwas auszuſezen iſt, muß ein groſſer Unterſchied gemacht werden: Ob es ein bloſſer Fehler, oder aber ein Verbrechen, ſeye?

Ein bloſſer Fehler iſt, wann etwas weder aus Vorſaz geſchiehet, ſo nicht geſchehen ſollte, noch auch einen würcklichen Schaden anrichtet, oder doch anrichten könnte und würde, wann man ihme nicht zuvorkäme.

Die bloſſe Fehler derer Concipienten gehören mit unter die weitläufftige Materie von Canzleyfehlern; davon mein l. älteſter Sohn eine eigene Abhandlung (1) geſchrieben hat; mit welcher auch ſein Tr. „von Ahndung fehlerhaffter und unanſtändiger Schreiben, nach dem Gebrauch der Höfe und Canzleyen;„ Franckfurt, 1750. 8. zu verbinden iſt.

Auch gehöret aus der in dieſem Werck (2) befindlichen Abhandlung: von Schreib- und Druckfehlern, einiges hieher.

Dieſe Fehler können allerley Urſachen zum Grunde haben, als:

1. Menſchliche Unvollkommenheit; da zuweilen ein Concipient, auch bey allem angewandten Fleiß und Vorſichtigkeit, nicht

(1) in ſeiner klein. Schrifft. 5. Band, S. 229. u. f.
(2) 1. Stück, S. 169.

voraus hat ſehen und vermuthen können, daß ſein Aufſaz ſo oder ſo verſtanden, verdrehet und mißdeutet werden, oder dieſer und jener Ausdruck zweydeutig oder anſtößig ſeyn könne und werde.

2. Oder es iſt eine, (bald mehr, bald weniger, verantwortliche,) Unwißenheit in deme, was den Aufſaz oder die Schreibart betrifft, Schuld daran.

3. Oder es iſt eine Uebereilung Schuld an dem Fehler; da der Concipient die benöthigte Zeit entweder nicht gehabt, oder ſich doch nicht darzu genommen hat, ſein Concept mit behöriger Bedächtlichkeit abzufaßen. Z. E.

Auf dem Reichstag An. 1654. wurde geklagt: Es habe bey der Reviſion des Reichsabſchieds keine geringe Verzögerung gemacht, daß der Chur-Maynziſche Canzler den Reichsabſchied nicht vorhero unter der Hand abgefaßet, ſondern ſelbigen erſt jezo bey der Verleſung aus denen hiebevor exhibirten Reichsgutachten in die Form eines Receßes gebracht habe; wodurch er alſo zwar von ſeiner Geſchicklich- und Fertigkeit eine öffentliche Probe, zu aller Bewunderung, abgelegt; doch würde auch vielleicht manchem dunckelem Zweifel vorgebauet worden ſeyn, wann mehrere Zeit angewendet worden wäre.

Dergleichen übereilte Concipirung zu verhüten, hat man auf dem jezigen Reichstag, als um das Jahr 1669. auf deßen Endigung

digung gedrungen wurde, geſucht und erhalten, daß nicht nur mit Concipirung des Reichsabſchieds der Anfang gemacht, ſondern auch derſelbe denen Ständen durch die Reichsdictatur mitgetheilet worden iſt.

So will auch behauptet werden, daß es auf Wahltägen zuweilen mit Abfaßung einiger Stellen der Wahlcapitulation etwas übereilt zugegangen seye (1).

In der neueſten Wahlcapit. Art. 17. §. 14. heißt es: „Mit der im Reichs-Hofrath, an ſtatt der Reviſion, gebräuchlichen Supplication wollen Wir nach Innhalt des Inſtr. Pacis art. 5. §. *quoad Proceſſum judiciarium.* und nach der Reichs-Hofraths-Ordnung allerdings verfahren:„

Der Ingolſtattiſche Herr Profeßor Schmidt aber ſchreibt (2): Ex verbis: „Nach der Reichs-Hofraths-Ordnung allerdings verfahren,„ patet, Concipientem Moguntinum contra Pacem Weſtphalicam erraſſe:

Ich kan aber nicht faßen, was er damit will, oder wie er es erweiſen könne.

Gehen nun dergleichen Fehler vor; ſo werden ſie entweder gegen den Principalen ſelbſten, oder aber gegen den Concipienten, oder gegen beede, geahndet:

Erſteren Falles entſchuldiget der Principal es damit, daß er es nicht befohlen, noch

ſonſt

(1) ſ. die cit. Abhandl. S. 147. u. f.

(2) in Princip. Jur. publ. Germ. p. m. 481.

ſonſt veranlaßt habe, ſondern es ein Fehler des Concipientens ſeye. Z. E.

Als die Mecklenburg-Güſtrauiſche Landſtände An. 1683. klagten: Daß in einem gedruckten Fürſtlichen Befehl die von der Ritterſchafft ſo gar denen Richtern und Räthen in den Stätten nachgeſezet worden ſeyen; ergienge die Fürſtliche Reſolution darauf: „Iſt per errorem des Concipienten geſchehen, und tragen Ihro Fürſtliche Durchlaucht daran keinen Gefallen:„

In dem zweyten und dritten Fall aber bekommt meiſtens der Concipient einen Verweiß, oder er wird auch wohl, zumalen wann eine große, oder ſonſt ſchon gerügte, Nachläßigkeit hervorleuchtet, oder ein Dritter ſich dadurch beleidiget erachtet und eine Genugthuung verlangt, würcklich, (nach Beſchaffenheit der Umſtände, härter oder gelinder,) beſtraft.

§. 15.

Derer Concipienten Verbrechen.

Als Verbrechen eines Concipientens hingegen werden angeſehen:

1. Wann er wißender und vorſezlicher Dingen etwas in ſeinem Concept begehet oder unterläßt, was ſtrafmäßig iſt.

2. Wann zwar kein böſer Vorſaz vermuthlich, oder doch erweislich, iſt; der Concipient es aber hätte wißen können und ſollen, daß dasjenige, was er begangen oder unterlaſſen hat, ſträflich ſeye.

§. 16.

§. 16.
Beſchwerden über den Concipienten.

Wird, (wenigſtens angeblicher maßen,) von einem Concipienten ein Fehler begangen, und das Concept wird von einem Anderen revidirt; ſo iſt es des Reviſoris Schuldigkeit, ſelbigen entweder ſelbſt zu verbeßeren, oder aber es behöriger Orten anzuzeigen.

Ja ſelbſt der, ſo ein fehlerhafftes Concept mundiren und ausfertigen ſolle, darff und ſolle, wann der Fehler offenbar oder doch wahrſcheinlich iſt, dem Concipiſten, oder dem Präſidio, oder ſonſt höherer Orten, die Anzeige davon thun, und ſich Beſcheides erhohlen, wie er ſich dißfalls zu verhalten habe.

Iſt aber ein Concept entweder ohne weitere Reviſion ausgefertiget, oder doch in der Reviſion nichts dabey erinneret worden, es findet ſich aber doch hernach etwas darinn, ſo einem Anderen nicht anſtehet, oder man möchte wenigſtens gern mit des Concipientens Principalen anbinden, es aber nicht gerade zu thun; ſo pflegt man ſich gerne über den Concipiſten zu beſchweren.

Zuweilen thun dieſes ſelbſt die Höhere gegen denen Niedrigen, ja ſo gar Landesherrſchafften gegen ihre Landſtände, oder andere Unterthanen; z. E.

An. 1626. 28. Sept. floße in eine Herzoglich-Mecklenburgiſche Reſolution an die Ritterſchafft ein: „Als hätten J. Jhre F. Fürſtl.

Fürſtl. G. Gnaden zu Ihrer getreuen Ritterſchafft Sich nicht verſehen, daß ſie ſich bey dieſem paſſu anmaßentlich unterfangen ſollen, Ziel und Maaß zu ſezen, was geſtalten ſie hinfüro ihre ſchuldige Servitia leiſten, oder auch gar dirigiren wollten: - - - Es hielten aber J. J. F. F. G. G. dafür, daß ſolche unbedachtſame Schreibart mehr dem Concipienten, als Dero getreuen Ritterſchafft, beyzumeßen ꝛc.„

Zuweilen aber führen Niedrigere gegen Höhere eben dergleichen Beſchwerden. Z. E.

In des *Corporis Evangelicorum* Vorſtellungsſchreiben vom 16. Nov. 1720. gegen das Kayſerliche Commißionsdecret vom 12. Apr. beſagten Jahres lieſet man: „Es iſt alſo allein die Hefftigkeit dererjenigen, welche die Hand bey der Ausfertigung der an die höchſtanſehnliche Kayſerliche Commißion in der Religionsſache ergangenen allergnädigſten Inſtruction, (daraus das Commißionsdecret gezogen,) gehabt, daran Schuld; deren Gehäßigkeit wider der Evangeliſchen Churfürſten und Stände gerechteſte Sache aus allen Stücken nur gar zu deutlich hervorleuchtet, daß man, wie es ſcheinet, herber und harter Worte nicht genug finden können, der Evangeliſchen abgenöthigte Verfügungen wider einige in Dero Landen habende Römiſch-Catholiſche Kirchen, Clöſter und Unterthanen, Euer Kayſerlichen Maj. als eine ungerechte, der Kayſerlichen allerhöchſten Autorität verfäng-

fängliche und nie zu juſtificirende Sache vorzuſtellen, und mit der gröſten Bitterkeit faſt auf allen Blättern des Commißionsdecrets zu wiederhohlen, um das Kayſerliche allergnädigſte Reichsväterliche Gemüth von aller Liebe und Zuneigung für die Evangeliſche treue Reichsſtände und Angehörige abzulencken ꝛc. „

Und hernach: „Wohl verſichert, daß Dieſelbe (Jhro Kayſerliche Maj.) nach Dero eigenen allergerechteſten Gemüthsneigung in allermildeſte Erwägung ziehen werden, daß unſerer gnädigſten Herrn Principalen, Oberen und Committenten, hohe Befügniße nicht wenig würden gekräncket werden, wann übelwollenden Concipienten ſollte erlaubt ſeyn, Euer Kayſerlichen Maj. allerhöchſten Namen zur Verunglimpfung der Evangeliſchen Comitialgeſandten zu mißbrauchen ꝛc. „

Oder es beſchweren ſich auch Dritte über einen Concipienten; z. E.

An. 1728. 20. Mart. ſezten die Evangeliſche Comitialgeſandte in eine an ihre Höfe ꝛc. erſtattete gemeinſchafftliche Relation: „Es erhellet jedoch aus denen anliegenden Extracten, - - - wie ſo gar hefftig und empfindlich, ohne die geringſte erweisliche Schuld und Urſache, man an Seiten des Chur-Pfälziſchen Hofes ſämtlich, hieſig Evangeliſche Geſandtſchafften, keinen einzigen ausgenommen, theils bey ihren gnädigſten Herren ſelbſten, theils ſonſten durchs ganze Reich, auch

auch etliche derſelben namentlich und in ſpecie, zu verunglimpfen ſuche, ja Corpus Evangelicorum überhaupt mit denen härteſten Expreßionen, ſo man faſt nur zu erſinnen vermochte, angreiffe: - - - Wie man dann von Ihro Churfürſtlichen Durchl. zu Pfalz, - - daß Sie - - an der gebrauchten widrigen Schreibart, zumalen gegen fremde Miniſtros, keinen Gefallen tragen, weniger dergleichen denen Concipienten befohlen haben könnten, ſattſam perſuadirt wäre.„

§. 17.

Vertheidigung des Concipientens.

Nach Beſchaffenheit der Umſtände nun wird öffters der Concipiſt wider die gegen ihne angebrachte Beſchwerde vertheidiget:

Dieſes geſchiehet bald von dem Concipiſten ſelbſten. Z. E.

In einer Declaration und Reſervation des Fürſtlichen Collegii gegen zwey Reichs-Erbmarſchalliſche Druckſchrifften wegen der Jurisdiction über die Geſandtſchafftliche Suite, welche den 6. May. 1729. zum Protocoll gegeben worden, wurde über den vermeßenen Verfaßer der erſten Beſchwerde geführt, und daß man zwar wohl befugt wäre, gegen einen ſo ungeſtümmen Anonymum der Gebühr nach inquiriren, und denſelben hiernächſt die wohlverdiente Strafe empfinden zu laßen; wo man nicht mit dergleichen Leuten, oder vielmehr ihren Schwachheiten, ein Mitleiden

leiden trüge, und bey ſich das: Spreta vileſcunt, vordringen ließe: Und ſo wurden auch dem Verfaßer der zweyten Schrifft irrige Meinungen zur Laſt gelegt.

In der Reichs-Erbmarſchalliſchen Reproteſtation vom 28. Maj. 1729. aber wurde darauf verſezt: Daß obiges Impreßum, wie gegenwärtige Reproteſtation und Gegen-Reſervation, des Reichs-Erbmarſchallamts Sache und Werck ſeye; und dahero der Verfaßer keine Cauſam dabey habe.

Bald nehmen ſich des Concipientens Principalen oder Mandatarii ſeiner an: z. E.

An. 1774. 16. Apr. meldeten die Deputirte der Gräflich-Reuß-Geraiſchen Ritterſchafft in einem Inſerat an die Regierung zu Gera: „Als auch alle ſeit 1772. eingereichte Landſchafftliche Vorſtellungen gröſten Theils bloße Inhæſiva vorerwehnter („per unanimia approbirter„) Schreiben ſind, und der Landſchafftliche Conſulent bey deren Abfaßung weder die Sache, noch die Ausdrücke, zu verändern ermächtigt geweſen; ſo müßen wir dieſen unſern Conſulenten von aller Verſchuldung freyſprechen, wider alles ihme nachtheilige Verfahren feyerlichſt proteſtiren, und die interponirte allerunterthänigſte Appellation (an das Cammergericht) auch auf ihn mit-extendiren.„

§. 18.

Nahmhafftmachung des Concipientens.

In vielen Landen ſeynd eigene Geſeze deswegen vorhanden, daß allen reſp. gericht- oder außergerichtlich übergebenen Schrifften der Name des Concipiſtens muß beygeſezet werden.

Etwas ſeltenes iſt hiebey, daß ſchon Landesbeſchwerden über dergleichen Verordnungen entſtanden ſeynd. Z. E.

Die Oſtfrieſiſche mißvergnügte Landſtände brachten An. 1729. bey dem Reichs-Hofrath als eine Beſchwerde an: Daß der Fürſt, (ohne denen Ständen das geringſte Wort zu ſagen, und wider das alte Herkommen,) unter dem 22. Sept. 1727. aus Macht Fürſtlicher Landesobrigkeit, und Krafft habender Regalien und Hoheit, verordnet habe: Daß alle diejenige, ſo entweder in ihren eigenen oder anderer Perſonen Sachen, es ſeye gerichtlich oder außergerichtlich, etwas an Ihne, oder ſeine Gerichte, aufſezen oder übergeben wollen, unten auf der lezten Seite ihren Namen als Concipiſten ſezen ſollen; welche Verordnung auch von der (Kayſerlichen) ſubdelegirten Commißion, ohne die Stände darüber im geringſten zu hören, beſtättiget worden ſeye; da doch die Landesherrſchafft - - - keine Befugſamkeit haben könne, ohne Concurrenz der Landſtände, einige Verordnung ergehen zu laßen.

Uebri-

Uebrigens wird auch bey dem Kayſ. und Reichs-Cammergericht darüber gehalten, daß der Concipient einer übergebenen Schrifft benahmſet werde:

Bey dem Reichs-Hofrath hingegen geſchiehet es nicht.

Bey dem Freyherrn von Cramer (1) findet ſich ein Decret des Kayſ. und Reichs-Cammergerichts von 1757. 6. Maj. wodurch ein Supplicant, weil er den Concipienten nicht benennet, in die Strafe der Ordnung verurtheilt worden iſt.

Der Freyherr von Cramer macht (2) ferner die Anmerckung: Non ſufficit, Subſcriptioni Supplicarum adjicere: *Concipiens non eſt notus*, - - ſed Procurator talia committens puniendus eſt; füget auch ein Decret des Cammergerichts bey, durch welches ein Procurator in die Straf nach Ermäßigung fällig erkläret worden iſt, weil des Supplicantens Namen beygefügt worden: *Concipiens non eſt notus*; da er doch ſolchen leicht hätte erforſchen, allenfalls aber ohne beſchehene Nahmhafftmachung die Exhibita nicht annehmen ſollen.

Auch alsdann, wann ordentlicher Weiſe nicht verlangt wird, den Conciſpiſten zu benennen, geſchiehet es doch außerordentlicher Weiſe, wann ein Oberer glaubt, von einem Un-

(1) Obſ. 282. Tom. 1. p. 633.
(2) Obſ. 294. Tom. 1. p. 649.

Unterthanen, oder anderen Untergebenen, durch einen Aufſaz beleidiget zu ſeyn.

Beweiſe von dem Reichs-Hofrath werden wir bald bekommen.

So ſeynd mir auch Beyſpiele bekannt, daß Landesherrn von ihren Landſtänden dergleichen begehret haben.

Hinwiederum erachten die Landſtände ſich hierzu um ſo weniger verbunden, wo und wann ſie die Concepte ſelber revidiren, nach Gefallen abändern, auch wohl die anſtößige Ausdrücke oder Stellen dem Concipienten an die Hand gegeben, oder ſie gar ſelber beygeſezet haben.

Das, was mir ſelbſten, als vermutheten Concipiſten einiger Landſchafftlicher Schrifften, widerfahren iſt, gabe Gelegenheit, daß in dem Würtembergiſchen Erbvergleich von 1770. Claſs. 1. Grav. 4. §. 8. beſchloßen wurde: „Es wird keinem Landſchafftlichen Collegio jemalen zugemuthet werden, den Concipiſten einer Landſchafftlichen unterthänigſten Vorſtellung nahmhafft zu machen, noch Jemand, auf den man dißfalls eine Vermuthung hätte, ſelbſt, oder die Seinige, deßwegen mit Worten oder Wercken ungnädig behandelt werden; maßen alle dergleichen Schrifften nicht nach des Concipiſten Willkühr, ſondern nach denen Schlüßen der Landſchafftlichen Collegien, ſo wohl was die Sache ſelbſt als auch die Schreibart betrifft, abgefaßt, und von dieſen Collegien

nach

nach Gefallen abgeändert, auch in ihrem, und nicht des Concipiſten, Namen unterthänigſt übergeben werden.„

Es hat ſich auch ſchon der Fall ereignet, daß Jemand als ein Concipient nahmhafft gemacht, ſolches aber nachhero, als ein Irrthum, wiederruffen worden iſt. Z. E.

An. 1773. 1. Apr. gabe der Senior der Gräflich-Reuß-Geraiſchen Ritterſchafft ein gewißes Mitglied derſelben als Conciſpiſten der An. 1773. übergebenen Gravaminum und Vorſtellungen der geſammten Ritter- und Landſchafft an:

Die übrige Deputirte aber erklärten es in einem Schreiben an die Regierung zu Gera vom 16. Apr. 1774. für einen errorem in facto.

§. 19.

Deſavouirung des Concipientens.

Bey großen Herrn, die nicht alles, was unter Ihrem Namen ausgehet, Selber leſen, oder unterſchreiben, kan es geſchehen, wann in eine in Ihrem Namen, oder doch auf Ihren Befehl, ausgegangene Schrifft etwas einfließet, ſo eine billig ſcheinende Beſchwerde erreget, daß der Principal erkläret: Der Concipient habe zu deme, worüber geklagt wird, keinen Befehl gehabt; oder der Principal mißbilliget es auch wohl ſelbſt. Z. E.

In einer Fürſtl. Brandenburgiſchen Schrifft von 1753. wurde gemeldet: In der

Bambergiſchen ſo benahmsten Geſchichtsmäßigen Verhältniß ꝛc. vermeine man zwar eine Rechtfertigung erfunden zu haben, wann man vorgebe, der jüngſt-abgelebte Herr Biſchoff hätte die mehrbemeldte verwerffliche Schrifften emendiren laßen: Wie und welcher geſtalten aber ſolches geſchehen, und ob es in hinlänglicher Maaße erfolget? ſeye der Zeit noch zweifelhafft; doch möge es einſtweilen genug ſeyn, daß man eingeſtehe, es habe der Herr Biſchoff, (auf Deßen Namen die anzügliche Schrifften geſtellt worden,) die läſterhaffte Schreibart ſeiner Concipiſten ſelbſt mißgebilliget und verworffen, für Sich aber ganz erleucht erkannt, wie gar ſehr die Schrancken der Fürſtlichen Dignität und Würde von ihnen überſchritten und violiret worden ſeyen.

§. 20.

Beſtrafung des Concipientens.

Um zu verhüten, daß keine ſtrafmäßige Schrifften abgefaßet und übergeben werden, drohet man zuweilen in öffentlichen Landesgeſezen zum Voraus denenjenigen Concipienten, ſo ſich dergleichen unterfangen würden. Z. E.

In der Mähriſchen erneuerten Landesordnung von 1628. iſt unter anderem enthalten (1): Wann auf gemeinen Landtägen Einige heimlich oder öffentlich ſich zuſammenrot-

(1) Lünig von der Landſäß. Ritterſch. 1. Theil, S. 69.

rottiren, und etwas ſchrifftlich übergeben, ſolle der, ſo die übergebene Schrifft geſtellt, oder ſolche dem Concipiſten angegeben ꝛc. mit allen Ungnaden ernſtlich, ja, nach Beſchaffenheit des Verbrechens, auch als Rebellen und Beleidigere der höchſten Majeſtät, an Leib, Ehre und Gut geſtraft, und hierinnen Niemand, was Würden, Standes oder Weſens der auch ſeyn möge, verſchonet werden.

Noch öffter aber geſchiehet es, daß, wann ſich der Fall würcklich ereignet, da ein Concipient aus grobem Ueberſehen, oder auch aus Vorſaz, ſeine Feder ungebührlich führet, derſelbige auf ein oder andere Art beſtrafet wird.

1. Kommen bey denen höchſten Reichsgerichten häuffige Fälle vor, da ſie ſich Selbſten durch eine unanſtändige Faßung derer gerichtlich übergebenen, oder ſonſt bekannt gemachten, Schrifften für beleidiget anſehen, und ſich deswegen mit an den Concipienten halten.

Aber die höchſte Reichsgerichte beſtrafen 2. auch die Concipienten, ſo ſich an einer derer vor ihnen ſtreitenden Parthien ungebührlich vergreiffen; zumalen, wann es gegen die eigene Landesobrigkeit gehet.

3. Werden die Concipienten ſchmähſüchtiger Schrifften gegen eine Kayſerliche Commißion beſtraft.

4. Wird es an denen Concipienten geahndet, wann zwar an der Schreibart nichts

auszuſezen iſt, wohl aber in der Sache ſelbſt unverantwortlich zu Werck gegangen und dadurch wohl gar gerichtliche Erkenntniße ſub- & obrepiret worden ſeynd, die hernach am Ende nicht beſtehen können.

In des Freyherrn von Cramer *Obſervatione* 39. (1) de ſummis Imperii Tribunalibus injurias ſibi illatas vindicantibus, finden ſich allerley Beyſpiele von Concipienten, welche wegen ihrer gegen eines oder das andere derer beyden höchſten Reichsgerichte gebrauchten unanſtändigen Schreibart auf allerley Arten geſtrafet worden ſeynd.

Unter einer großen Menge von anderen dergleichen Beyſpielen beziehe ich mich nur auf das, was dißfalls ferner bey dem Freyherrn von Cramer (2) anzutreffen, auch von mir ſelbſten anderswo (3) bemercket worden iſt; deme ich aus denen neueren Zeiten noch folgende Beyſpiele hinzufügen will.

In Sachen: Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche Succeßion betreffend, wurde An. 1735. 24. Maj. dem Herzogen zu Sachſen-Meiningen unter anderem reſcribirt: „Nebſt deme hätten auch Jhro Kayſerl. Maj. ſehr

(1) Tom. 1. p. 155.
(2) Obſ. 662. Tom. 2. Part. 2. p. 223. und in ſeiner Nebenſt. 16. Theil, S. 83.
(3) Von der teutſch. Juſtizverfaß. 2. Band, S. 592. u. f. wie auch in der Einleit. zum Reichshofr. Proceß, 4. Theil, S. 469. u. f. 523. u. f.

ſehr ungern vernommen, daß in dem in dieſer Sache gerichtlich exhibirten, und auch ſonſten diſtribuirten, Impreſſo unterſchiedliches anſtößiges mit eingefloßen; dahero dann Allerhöchſtdieſelbe ihn, Herrn Herzogen, alles Ernſtes erinnert haben wollten, gegen den Concipienten die beſondere Ahndung, und auch vors künfftige die nachdrückliche Weiſung zu verfügen, damit die Judicial- und andere Aufſäze mit behöriger wohlanſtändiger Beſcheidenheit verfertiget, und, Kayſerliche Maj. deshalben weiters zu behelligen, kein Anlaß gegeben werden möge.„

An. 1744. 24. Dec. wurde vom Cammergericht dem Magiſtrat zu Lübeck, bey Straf 10. Marck löthigen Goldes, anbefohlen, inner zwey Monathen den Concipienten einer gedruckten „vorläuffigen Repräſentation„ anzuzeigen.

In Sachen: Solms-Hohenſolmiſches Debitweſen betreffend, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1745. 10. Dec.

„4. Wird dem Schrifftſteller hiemit ungnädigſt verwieſen, daß derſelbe, in obgedachtem Exhibito ſub præſ. 8. Oct. nup. gar ſpöttiſche, ungebührliche und ganz unbedachtſame Schreibart gegen den Kayſerlichen Concommißarium einfließen zu laßen, ſich unterfangen; mit dem ernſtlichen Anhang, daß derſelbe ſich hinkünfftig dergleichen Ungebühr, bey Vermeidung willkührlich- und nach-

drücklicher Strafe, gänzlich zu enthalten, ein- vor allemal hiemit angewieſen ſeyn ſolle.

In Sachen: Erffa contra Erffa, reſolvirte der Reichs-Hofrath An. 1746. 20. Jan. „Wird nunmehro

1. das erkannte Mandatum S. C. hiemit wieder aufgehoben;
2. Parti Impetranti die ſo ſträfliche Hinterführung dieſes höchſten Reichsgerichts nicht nur auf das ſchärffeſte verwieſen, ſondern auch gegen den Schrifftenſteller die gemeßene Ahndung hiemit vorbehalten.„

In Sachen: Giengen contra Giengen, beſchloße der Reichs-Hofrath An. 1746. 10. Maj. „Gleichwie in der unter dem Namen des Magiſtrats zu Giengen unterm 31. Mart. nup. exhibirten Schrifft verſchiedenes enthalten, wodurch dem Kayſerlichen allerhöchſten Reſpect etwas zu nahe getretten werde; als hätten Commißarii

6. ein ſolches denen daran Theil habenden Magiſtrats-Perſonen nicht allein in Ungnaden ernſtlich zu verweiſen, ſondern auch ſelbige zu forderſamer Benennung des eigentlichen Concipienten nachdruckſamſt anzuhalten ꝛc.„

In Sachen: Bönnigheim ꝛc. contra Chur-Maynz ꝛc. beliebte der Reichs-Hofrath An. 1746. 22. Jun. unter anderem:

„2. Wird dem Schriffteſteller obberührter Exhibitorum ſeine darinn gebrauchte anzügliche Schreibart in Kayſerlichen Ungnaden hiemit verwieſen; mit der an ihn gleichfalls ergehenden ſcharffen Verwarnung, ſich künfftig einer beſcheideneren Feder zu befleißen, als ſonſten wider ihn mit der wohlverdienten Strafe unausbleiblich fürgeſchritten werden ſolle.„

In ein An. 1747. 12. Jan. in Sachen: Rave ꝛc. contra Heerde, an den Herrn Churfürſten zu Cölln, als Biſchoffen zu Münſter, erlaßenes Kayſerliches Reſcript floße ein: „Daß übrigens der Herr Churfürſt in ſeinem Schreiben den Kayſerl. Reichs-Hofrath mit ſo unglimpflichen Beſchuldigungen angehe; ſolches müßten Jhro Kayſerliche Maj. des Concipientens habender widrigen und ungegründeten Meinung beymeßen; und werde der Herr Churfürſt von ſelbſten beſagten Concipienten ernſtlich dahin anweiſen, daß ſelbiger künfftighin mit mehrerem Reſpect gegen dieſes höchſte Reichsgericht ſeinen Stylum einrichte ꝛc.„

An. 1748. 12. Jun. floße, in Sachen: Hohenlohe-Neuenſtein contra Hohenlohe-Waldenburg, in ein Reichs-Hofraths-Concluſum ein: „Wird Parti impetratæ aufgegeben, ſeine Räthe dahin anzuhalten daß ſie künfftighin mit größerer Beſcheidenheit und Reichs-Conſtitutionsmäßiger Schreibart ihre Schrifften verfaßen; damit Kayſerliche

Maj.

Maj. nicht bewogen werden möchten, Impetratiſchem Theil die Nahmhafftmachung des Schrifftenſtellers aufzulegen, und gegen denſelben mit fiſcaliſcher Ahndung verfahren zu laßen.„

In einer Kayſerlichen Reſolution von 1768. 11. Jul. auf ein Reichs-Hofraths-Gutachten heißt es: „Reſcribatur der geſammten Reichsritterſchafft Cantons Ottenwald: Ihro Kayſerliche Maj. hätten aus dem à Majoribus des Cantons auf die an geſammte Reichsritterſchafft Cantons Ottenwald unterm 28. Jul. 1766. erlaßene allerhöchſte Verordnung erſtatteten Bericht mit äußerſtem Befremden und allergerechteſtem Mißfallen diejenige, das Kayſerliche obriſtrichterliche Amt und Autorität ſo ſehr verlezende, Principia erſehen müßen, welche die Majora auf höchſtungeziemende und unverantwortliche Art in der Abſicht aufzuſtellen kienen Scheu getragen, um dadurch vermeintlich die Kayſerliche Cognition in dieſer Allerhöchſtdero eigenes Intereße concernirenden Angelegenheit abzulehnen, und ſich der von Kayſerlichen obriſtrichterlichen Amts halber erforderten ſtandhafften, und mit behörigen Documenten und nöthigen Beylagen verſehenen, Berichtserſtattung zu entziehen: Ohnerachtet nun Ihro Kayſerliche Maj. gerechteſte Urſache hätten, nicht nur ſothanen Bericht, cum ſumma indignatione Cæſarea ab Actis zu removiren, ſondern auch deßen Innhalt noch beſon-

beſonders empfindlich zu ahnden; ſo wollten gleichwohl Allerhöchſtdieſelbe vor dieſesmahl es, aus vorwaltender Kayſerlicher Milde, bey dem Verweis bewenden laßen, der den Majoribus hiedurch alles Ernſtes und mit der Verwarnung ertheilet werde, daß Ihro Kayſerliche Maj. bey weiterem dergleichen Vergehen die ſchon vor jezo wohlverdiente Ahndung, ſo wohl den Concipienten des Berichts, als allen denjenigen, ſo daran auf einige Weiſe Theil genommen, in doppelter Maaße würden empfinden laßen."

An. 1770. 18. Jun. wurde dem Herrn Herzog zu Sachſen-Hildburghauſen befohlen, den Verfaßer einer Druckſchrifft anzuzeigen; damit im widrigen nicht nöthig ſeye, deßhalb eine Unterſuchungs-Commißion anzuordnen: Als aber deme nicht nachgelebet wurde, erhielte der Herr Herzog zu Sachſen-Coburg An. 1771. 25. Jun. den Auftrag: Auf den Verfaßer ſolcher ärgerlichen, injurioſen und ſeditioſen Schrifft genau und ſcharff zu inquiriren, die bey der Unterſuchung verdächtig befundene ſo fort zu gefänglicher Hafft bringen, das Impreſſum ſelbſt aber öffentlich zerreißen zu laßen, und, wie dieſes alles geſchehen, an Kayſerliche Maj. berichtliche Anzeige zu thun.

In Sachen: Reichsritterſchafft in Francken, Orts an der Baunach, ꝛc. contra den Mitcanton-Ottenwald ꝛc. ſchloße der Reichs-Hofrath An. 1774. 17. Aug.

"2.

„2. Sind die Canton Ottenwaldiſche Exhibita de præſ. 27. und 30. Apr. a. pr. der darinnen enthaltenen ſchmähſüchtigen und unanſtändigen Schreibart halber, mit Verweis und mit dem Beyfügen wieder hinaus zu geben, ſich derſelben in Zukunfft ſo gewiß zu enthalten, als ſonſten gegen den Schrifftſteller mit ſchärfferer Ahndung verfahren werden ſolle.„

Es erhellet hieraus, daß es in dergleichen Fällen, nach Beſchaffenheit der Umſtände und der Staatsrückſichten, gar verſchiedentlich gehalten werde.

Entweder nemlich wird nur ein Mißvergnügen über die Sache und den Concipienten bezeuget, und es dabey gelaßen:

Oder es wird ein (gelinderer oder ſchärfferer) Verweis an den Concipiſten, mit oder ohne Anhängung einer Drohung fürs zukünfftige, beygefügt:

Oder die verwürckte Strafe wird zwar vorbehalten; worauf aber ſo dann nichts weiteres zu erfolgen pflegt:

Oder der Fiſcal wird ſeines Amts erinnert, und alsdann, nach geendigtem Proceß, bewandten Umſtänden ꝛc. nach, eine Urthel gefället:

Oder es wird brevi manu eine würckliche Strafe angeſezt.

Dieſe nun beſtehet bald in einer Summe Geldes, bald aber noch über dieſes zugleich in anderen Strafen, z. E. die Schrifft wird öffent-

öffentlich zerrißen; oder der Concipient muß öffentliche Abbitte thun; oder beedes wird zuſammengenommen; oder er wird einige Zeit bey Waßer und Brodt ins Gefängniß geſezt, auch wohl hernach des Wohnſizes des beleidigten Reichsgerichtes verwieſen, u. ſ. w.

Was endlich die von Landesherrn gegen Concipienten Landſtändiſcher Schrifften vornehmende Beſtrafungen betrifft; ſo beziehe ich mich hier auf das bereits hievon in der Abhandlung (1): Von der Landſchafftlichen Perſonen Sicherheit und ihnen Schuld gegebenen Amtsverbrechen, geſagte, und mercke hier nur ſo viel an.

Wann eine Landesherrſchafft vermeinet, Urſach zu haben, ſich über einen Concipienten zu beſchweren, darff ſie nicht via facti gegen ihne verfahren, ſondern muß ihme forderiſt rechtliches Gehör verſtatten und unpartheyiſche Juſtiz adminiſtriren laßen:

Thut aber ein Regent dieſes; ſo kan ihme auch hierinn nichts weiteres zugemuthet werden.

Der Senior der Gräflich-Reuß-Geraiſchen Ritterſchafft ließe in eine Vorſtellung einfließen: „Daß die Membra des Regierungs-Collegii ſich gar leichtlich durch einſeitige Cabinetsordren ex tramite juris & proceſſus herausſezen laßen dörfften.„ Als er darauf wegen des Concipiſtens dieſer Vorſtellung

(1) 2. Band, S. 5. u. f.

lung befragt worden, und den Landſchafft-Conſulenten angegeben, wurde der Fiſcal gegen den Seniorem und den Concipiſten excitirt:

Die Ritterſchafft appellirte davon an das Cammergericht:

Die Herrſchafft hingegen excipirte: Es werde im ordentlichen Weg Rechtens gegen ſie verfahren, und ſolle von unpartheyiſchen Auswärtigen in der Sache geſprochen werden; alſo ſeye die Appellation frivol:

Und ich dencke eben ſo.

III.

Erwieſene Freyheit derer Reichsſtändiſchen Geſandten von der Reichshofräthlichen Jurisdictions-Sperr.

Erſtes Capitel.

Beyträge zur Geſchichte dieſes Streits.

§. 1.

Allerley Fälle, biß auf 1714.

An unten (1) angezeigtem Orte iſt zu leſen:

„Spe-

(1) in der Samml. der R. Hofr. Gutacht. 6. Theil, S. 172. u. f.

„Specificatio unterſchiedlicher allhier in Wien verſtorbener Abgeſandten, Reſidenten, Räthen und abgeordneten Perſonen aus dem Reich, deren Teſtamente, Verlaßenſchaffts-Sperren, Inventuren und Abhandlungen, (Abtheilungen) bey einem hochlöbl. Reichshofrath publiciret, vorgenommen und erörtert worden, wie folget:

1. vor allem iſt aus der anliegenden Beylage zu erſehen, was bey Abſterben des Chur-Brandenburgiſchen Reſidentens Schmettau ſich wegen der von einem hochlöbl. Reichshofrath angethanen Sperr zugetragen. 1686.

2. Als der Fürſtl. Mecklenburg-Güſtrauiſche Abgeſandte, Beckmann von Streithorſt, allhier in Wien im Wirthshaus beym goldenen Ochſen geſtorben, iſt von einem hochlöbl. Reichshofrath aus die Sperr anbefohlen, und durch Herrn Franz Martin von Menßhengen, Kayſerl. Reichshofraths-Secretarium ſeel. in Beyſeyn des Mecklenburgiſchen Agentens am Kayſerlichen Hof, Herrn Perſii von Lohnſtorff, ein Inventarium aufgerichtet worden.

3. 1674. den 16. Jun. iſt über des verſtorbenen Andreä Neumanns, geweſenen Churfürſtl. Brandenburgiſchen Raths, Reſidentens und Reichshofraths-Agentens, Verlaſſenſchafft im Sterbhaus durch Herrn Reichshofrath Portner und Herrn Secretarium von Menßhengen ſeel. in præſentia der

 Wittib,

Wittib, Maria Salome Neumannin, ein Inventarium aufgerichtet worden.

4. 1677. den 29. April iſt allhier der Statt Bremen Abgeordneter, Johann Backe, geſtorben und vom Reichshofrath aus die Sperr vorgenommen, und dann per Commiſſarium, Herrn Reichshofrath Franz Matthias von May, und Herrn Secretarium von Menßhengen, inventirt worden.

5. 1682. den 3. Jan. iſt weyl. Johann Gerhard Otto Grafens, geweſenen Hochfürſtl. Schwarzburgiſchen (Schwarzbergiſchen,) Hofmeiſters Teſtament vom 29. Dec. 1681. im Reichshofrath publiciret worden.

6. 1684. iſt Johannes Schrimpfens, geweſenen Chur-Sächſiſchen Raths und Reſidentens, auch zugleich Reichshofraths-Agentens Teſtament publicirt und vom Reichshofrath aus vorhero geſperret worden.

7. Als 1693. der geweſene Churfürſtlich-Maynziſche Geheime Rath und Canzler, Freyherr Conſtantin von Bertram, allhier in der Leopoldſtatt geſtorben, iſt vom löbl. Reichshofrath aus die Sperre gethan, dann bald wiederum eröffnet, und, was vorhanden geweſen, der Frau Wittib extradiret worden.

8. 1702. den 20. Febr. iſt des Churfürſtens zu Pfalz Raths und Reſidentens, auch Reichshofraths-Agentens, Perſii von Lonſtorff, Teſtament vom 19. Febr. ej. an. im

Reichshofrath, eingereichet und im Junio dar-
auf publiciret worden.

9. Iſt allhier Herr Jacob Johann von der Tienen, Dechant zu St. Mauriz vor Münſter, geſtorben, und vom Reichshofrath aus die Sperr über ſeine Effecten angelegt, auch den 25. May darauf, auf derer Intereſſenten unterthänigſte Bitte, die Sperr eröffnet und die Verlaßenſchafft extradirt worden.

Deſignatio unterſchiedlicher allhier in Wien verſtorbener Bottſchafften, Abgeſandten, Räthen und abgeordneter Perſonen, deren Teſtamente, auch Verlaßenſchaffts-Sperren, Inventuren, und Abhandlungen, uraltem Herkommen nach, bey dem Kayſerl. obriſt-Hofmarſchallen-Amt, als jederzeit unwiderſprechlich geweſenen ordentlichen Inſtanz, publicirt und reſp. vorgenommen worden, wie folgt.

Teſtamente.

1655. Neumair, Chur-Brandenburgiſchen Raths und Reſidentens Ehefrau, Helena.

1692. Von Steibern, Joh. Ferdinand, Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Bayern geheimden Raths und extraordinairen Envoyé am Kayſerlichen Hof.

1697. Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Sachſen Hofraths Willius Eheconſortin, Anna Agatha.

1714. Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Bayern und Cölln geweſenen Envoyé, Ferdinand von Steiberer, hinterlaßener Wittib, Maria Franciſca.

Inventaria.

1633. Pape, Fürſtl. Neuburgiſcher Reſident am Kayſerlichen Hof.

1648. Crain, Chur-Cöllniſcher Reſident am Kayſerlichen Hof.

1695. Carl Emanuel Marquis de Bourgomaniero, aus dem Fürſtl. Haus Eſté, Ihro Königl. Maj. in Spanien Geheimer Rath und geweſener Bottſchaffter allhier am Kayſerlichen Hof.

1709. Greanini, Modeneſiſchen Abgeſandtens Eheconſortin.

1710. von Schiendorff, Königl. Poln. Maj. und Churfürſtlich-Sächſiſchen Raths und Conſulentens, Eheconſortin, Ludomilla Thereſia.

1710. Domini Valentini, Lothringiſchen Abgeordneten am Kayſerl. Hof Eheconſortin, Eva Roſina, Reverſales wegen Eröffnung der Todesfall-Sperr.

1714. Johann Jacob von Uffenbach, verſchiedener Fürſten und Ständen des Reichs geweſenen Raths.„

§. 2.

Project der beſtändigen Kayſerl. Wahlcapitulation.

In dem An. 1711. gewißer maßen verglichenen Project einer beſtändigen Kayſerlichen Wahlcapitulation lautete es Art. 25.

von

von dem Reichs-Hofraths-Präſidenten, Reichs-Vicecanzlern, Reichs-Hofraths-Vicepräſidenten, und Reichs-Hofräthen: „Und ſie ſo wohl, als auch der Stände Reſidenten und Agenten, von ſeiner Landes-Regierung und anderer Gerichte und Beamten Jurisdiction, auch ſo viel die Obſignation, Sperrung, Inventur, Editiones der Teſtamenten, Verſorgung ihrer Kinder und deren Tutelen, und dergleichen, betrifft, weniger nicht von allen perſonal-Oneribus, allerdings befreyet ſeyn.„

§. 3.

W. Capitulation K. Carls VI.

Die nach dieſem Project der beſtändigen eingerichtete Wahlcapitulation Kayſer Carls VI. iſt demſelbigen hierinn völlig gleich.

§. 4.

Kayſerliches normal-Decret.

Unter dem 1. Febr. 1712. ergienge (ſ. §. 5.) ein Kayſerliches normal-Decret an das Kayſerliche obriſte Hofmarſchallenamt: Daß künfftighin alle wider die Geſandte, wie auch in dero Brodt und Sold ſtehende Familien, bey andern Gerichtſtellen fürkommende Klagen zum obriſt-Hofmarſchalliſchen Gericht remittirt, und alldort mit beſonderem Glimpf erörteret werden ſollen.

§. 5.

Marſchalliſche Klage gegen den Chur-Braunſchweigiſchen Reſidenten.

Im Jahr 1714. ereignete ſich der Fall, daß des Chur-Braunſchweigiſchen (Reſidentens, nachmaligen) Geſandtens, von Huldenberg Gemahlin in ſeiner Abweſenheit ſtarb; da dann von dem Reichs Hofrath obſigniret wurde:

Den weiteren Erfolg davon belehret dieſe von dem Kayſerlichen obriſt-Hofmarſchallen, Fürſten von Schwarzenberg, dem Kayſer gethane Vorſtellung (1):

Allerdurchlauchtigſter ꝛc.

Gleichwie das mir der Zeit allergnädigſt anvertraute Kayſerliche obriſt-Hofmarſchallamt das Recht, die Verlaßenſchafft derer bey dem Kayſerlichen Hoflager abſterbenden Chur- und Fürſtlichen Geſandten und Reſidenten zu ſperren, zu inventiren und abzuhandlen, von undencklichen Jahren wohl hergebracht hat; alſo habe, mit Euer Kayſerlicher Maj. allergnädigſtem Vorwißen ich jüngſthin, über erhaltene Nachricht, daß des dermaligen hier ſtehenden Churfürſtlich-Hannöveriſchen Reſidentens von Huldenberg Eheconſortin dieſes Zeitliche geſegnet habe, zu Vornehmung der Sperr, Anfangs den unterhabenden Regiſtratorem, hernach aber, um der Sache mehreren Nachdruck zu geben, den Amts-Secretarium

(1) cit. Samml. von R. Hofraths-Gutacht. 6. Theil, S. 163.

tarium und erſten Aßeßorem, Bauer, ſelbſt zu Anlegung der gewöhnlichen Sperr den 10. lauffenden Monaths Julii, zwar in Abweſenheit ermeldten Reſidentens, (als welcher über Land verreiſet ware,) abgeſchickt; jedoch aber in Beyſeyn deßen Hofmeiſters, welcher gleich bey ſeiner, des Amtsſecretarii, Ankunfft demſelben die verſperrt gefundene Hauptzimmer öffnen laßen, mit aller gebührenden Beſcheidenheit, ohne daß es eines Gewalts oder Bedrohung nöthig geweſen, weniger daß ſolche geſchehen wäre, durch ein mit ſich genommenen Amtstrabanten würcklich vollzogen hat.

Es hat aber ermeldter Reſident, bald nach ſeiner Zurückkunfft wider dieſen Actum nicht allein eine ſchrifftliche Proteſtation ut A. eingeleget, ſondern auch, mittelſt der beygefügten Deduction NB. durch ungleich verſtandene Lehr des ehemaligen Hanöveriſchen Raths Wicquefort, dann des Kulpis und Hugonis Grotii, ganz irrig zu behaupten vermeinet, daß ich mit der angethanen Hofrichterlichen Sperr nicht allein das denen Churfürſten, vermög neulicher Wahlcapitulation, zuſtehende Jus Legationis, ſondern zugleich auch das ihren Legatis zu gutem kommende allgemeine Völckerrecht, unterbrochen hätte.

Nun aber, allergnädigſter Herr! iſt mir, als einem unmittelbaren Reichsſtand, nie eingefallen, denen Chur- und Fürſten ihr altherkommenes Jus Legationis und Ambaſcadoris,

doris, (worzu ſich jedoch der von Huldenberg noch niemals legitimiret hat,) den ihnen nicht nur durch die neuliche Capitulation zugeſtandenen, ſondern längſt vorhin per Capitulationem Ferdinandi III. Art. 4. und Ferdinandi Art. 4. Denenſelben accordirten hohen Rang, Würde und Präeminenz in Controvers zu ziehen, ſondern, gleichwie zwiſchen dem Rang und Dignität eines Geſandtens, und wohin derſelbe mit der Jurisdiction gehöre, ein groſſer Unterſcheid zu machen; alſo iſt, ſo viel die in aurea Bulla Caroli IV. gegründete Erzmarſchalliſche Jurisdiction, und die derſelben extra locum & tempus Comitiorum ſurrogirte Obriſthofmarſchalliſche anbetrifft, weder durch die leztere, noch vorherige, Capitulationen jemalen was geändert, ſondern vielmehr erſt jüngſthin in Euer Kayſerlichen Maj. Wahlcapitulation von neuem ausdrücklich vorgeſehen worden, daß dem Obriſt-Hofmarſchallamt in denen von dem Erzmarſchallamt dependirenden Verrichtungen, auch Recht und Gerechtigkeit, von keiner Landesregierung, noch ſonſten, einige Hinderniß gemacht werden ſolle; dahero dann, ob ich ſchon dem von Huldenberg zulaßen kan, was der objicirte Kulpis *Cap.* 21. *n.* 2. *&* 3. wider andere Autores behauptet: Quod Legati Statuum apud Exteros JurisGentium privilegia æque, ac à ſupremis Regibus miſſi, habeantque Jurisdictionem in Familiam ſuam, æque ac alii; ſo wird jedoch der von Huldenberg,

ohne

ohne Verabredung des Gehorſams, welchen ſein Churfürſtlicher Principal, gleich andern Chur- und Fürſten, Euer Kayſerlichen Majeſtät geſchworen hat, weder durch ſeinen Kulpis, noch ſonſten mit rechtlichem Fug, behaupten können, daß er, von Huldenberg, als Chur-Hanöveriſcher Reſident am Kayſerlichen Hof, eben dieſer Exemtion wider Unſer allerſeits gnädigſtes Oberhaupt, nemlich Euer Kayſerliche Maj. und Dero nachgeſezten Hofrichter, als wie er etwan zu Paris gegen den König in Franckreich thun mögte, ſich zu prävaliren habe: Sondern gleichwie Ihro Churfürſtliche Durchl. Selbſt hier in Wien Ihren allerhöchſten Richter finden würden; alſo wird auch diß Orts offtermeldter hieſige Reſident von Huldenberg durch die von ihm ſelbſt angezogene Autores in denen objicirten Tractaten, und zwar per GROTIUM *Lib.* 2. *Cap.* 18. §. 2. WICQUEFORT *Lib.* 1. *Sect.* 27. *p. m.* 404. KULPIS *Cap.* 21. *n.* 4. & 5. klar überwieſen. In Imperio, (ſunt verba KULPISII,) aliter dicendum eſſe; in Comitiis enim, ex inſtituto veteri, nomine Archimareſchalli, hæreditarium Mareſchallum in eos, ſcilicet Legatos, eorumque Familiam Jurisdictionem habere; & *in no.* 5. In Aula Cæſarea eandem Jurisdictionem habere ſupremum Aulæ Mareſchallum &c.

Alſo bezeuget auch die dem Reſidenten von Huldenberg zu ſeiner Belehrung von der

Amtscanzley communicirte Deſignation, oben Lit. B. daß dieſe Jurisdiction je und allezeit ohne Widerrede exercirt, ja ſo gar von Denenjenigen, welche ſonſten ad Jus Gentium hätten provociren können, in Todtfällen gutwillig agnoſciret worden ſey.

Daß aber auch außer Todtfällen die Kayſerliche Obriſthofmarſchalliſche Jurisdiction generaliter fundirt, und wie der Autor *Deſcriptionis Status particularis Regiminis Ferdinandi II. Cap. 8. fol. 76. ſqq.* in terminis anführet, ſich nicht allein in omnes Aulicos & Miniſtros, aliosque ad Aulam Cæſaream ſpectantes, ſed etiam in Exteros, uti Agentes, Prolegatos, Deputatos &c. von Alters her extendiret worden ſeye, erhellet zuforderiſt aus dem, daß der Chur-Brandenburgiſche Abgeſandte, Lorenz Georg von Crackau, mit dem Anbringen C. vom 11. Febr. 1677. und der Königlich-Schwediſche Envoyé von Horn mit der Bittſchrifft D. den 3. Febr. 1691. ihre eigene Hausgenoßen bey den damaligen Obriſt-Hofmarſchallen angeklagt und von ihnen Recht genommen haben: Und ob zwar der Chur-Bayeriſche Reſident von Mörmann An. 1690. die Obriſt-Hofrichterliche Jurisdiction decliniren wollen; ſo hat er jedoch über die den 10. Nov. 1694. ergangene Kayſerliche Reſolution E. ſich ſubmittiren müßen. Alſo iſt auch noch An. 1670. die wider den damaligen Spaniſchen Bottſchaffter von deßen

ßen Creditoren bey Hof eingereichte Klage dem Kayſerlichen Obriſt-Hofmarſchallamt pro adminiſtratione Juſtitiæ, ut F. allergnädigſt zudecretirt. Desgleichen An. 1685. den 19. Maj. meinem Herrn Vater ſeel als damaligen Kayſerlichen Obriſt-Hofmarſchallen, die Ausmachung der wider den geweſenen Venetianiſchen Bottſchaffter, Contarini, anhängigen Actionen, Innhalt des Hofdecrets G. allergnädigſt nicht weniger zuerkannt worden, als da auch dieſer Bottſchaffter, vermög ſeines Anbringens H. dieſe Jurisdiction ultro agnoſciret hat. So hat auch erſt unlängſt ein allhieſiger Herzoglich-Würtembergiſcher Legations-Secretarius, als er bey der Nieder-Oeſterreichiſchen Regierung belanget werden wollen, beſag I. zu dem mir anvertrauten Amt abſonderlichen Inſtanz provocirt, und alida Protection erlanget. Ja es haben Euer Kayſerliche Majeſtät Selbſt noch unterm 1. Febr. 1712. ut K. mit Gelegenheit eines den allhier geweſenen Czaariſchen Miniſter von Urbig betreffenden, und zu der Nieder-Oeſterreichiſchen Regierung gezogenen, Roßhandels allergnädigſt reſolviret: Daß nicht allein dieſe Sache, ſondern auch alle andere künfftighin wider die Geſandte, wie auch in Dero Brodt und Sold ſtehende Familien, bey andern Gerichtsſtellen vorkommende Klagen zum Obriſt-Hofmarſchalliſchen Gericht remittiret, und alldort mit beſonderem Glimpf erörtert werden ſollen.

So

So viel aber die Sperr und Abhandlung deren Verlaßenſchafften anbelanget, da will zwar verlauten, daß, als des Reſidentens von Huldenberg erſtere Frau ohne Kinder vor etwa zwanzig Jahren geſtorben, die Obriſt-Hofmarſchalliſche Canzleybediente ſich von ihm, von Huldenberg, mit deme, daß dieſe ohne Leibeserben verſtorbene von Huldenbergin hier nichts gehabt, ſonſt auch keine Pupillen oder Leibeserben verlaßen hätte, ſich abweiſen laßen; wovon aber Niemand von denen jezigen Aßeßoren und anderen Untergebenen einige verläßige Antwort mir geben kan; ſo würde jedoch allenfalls durch ſolche ohne allergnädigſte - - etwa unterlaßene Obſignation, (zumalen ohnedem, wo keine Pupillen vorhanden, noch ſonſt ein Nachtheil zu befahren iſt, die Vornehmung der Sperr nicht nöthig iſt,) das mir der Zeit allermildeſt concredirte Kayſerliche Obriſt-Hofmarſchallenamt ſeiner alter hergebrachter Jurisdiction über die allhier bey Hof ſtehende Chur- und Fürſtliche Räthe und Miniſtros nicht beraubt worden ſeyn; zumalen unterdeßen reſpectu gegen andere Geſandten und Reſidenten ſolche Gerechtigkeit in Erbſchafftsfällen, wo Mittel vorhanden geweſen, und ſonſt generaliter, nach wie vor exerciret worden iſt; mich diß Orts auf die in der Deſignation B. enthaltene ſo wohl alte als neue Exempel beziehend, und nur allein, ſo viel des daſelbſt mitbegriffenen Granini, geweßten Modeneſiſchen Geſandten, Verlaßen-

ſchafft

ſchafft betreffend, noch dieſes allerunterthä-
nigſt hinzuſezend, daß reſpectu derſelben die
obriſthofrichterliche Befugniß ſo gar per ex-
preſſam Reſolutionem Cæſaream, hiebey L de
dato 9. Oct. 1709. wie auch durch die erſtbeſag-
tem Abgeſandten abgeforderte, auch ohne alle
Weigerung hergegebene Declaration M. be-
ſtättiget worden ſeyn; ohne daß der von Hul-
denberg mit Grund der Wahrheit behaupten
könne, daß dieſer Gianini, als ein dem Re-
ſidenten von Huldenberg in Vernunft und
Gelehrtigkeit nichts nachgebender Herzoglicher
Abgeſandter, ſeinem Character das geringſte
vergeben, oder auch man ex parte des Obriſt-
Hofmarſchallamts wider ihn contra Jus Gen-
tium ſich verlohren habe; welchem löblichen
Beyſpiel des Herzoglich-Modeneſiſchen Abge-
ſandtens der Reſident von Huldenberg um ſo
mehr folgen ſollte, alldieweilen ermeldter Giani-
ni ſel. hier im Lande gar nicht, ſondern nur in
Schleſien, begütert wäre, die verſtorbene
Huldenbergin aber, gleichwie ſie in Wien,
als ein hieſiges Landeskind, den Reſidenten
von Huldenberg, cum pacto, daß ihre De-
ſcendenten weiblichen Geſchlechts catholiſch er-
zogen werden ſollten, geheurathet, alſo auch
hier im Land nicht nur Mobilien, ſondern auch
Immobilien, anbey unerzogene zwey Töchter-
lein verlaßen hat: Daß alſo, gleichwie allzu-
nachdencklich ſeyn würde, daß mit ſolchen in
Wien, oder in Oeſterreich, gelegenen (Theils
unbeweglichen,) Gütern die Handveriſche

Ge-

Gerichtsſtellen ihres Gefallens diſponiren, die hieſige Verlaßenſchafft, entweder ſelbſt, oder durch Abgeordnete inventiren und abhandlen ſollte; alſo auch vor Gott und Euer Kayſerlichen Maj. ich es nicht zu verantworten wüßte, wann man ſothanen Hanöveriſchen Tribunalien über ermeldte Pupillen curam Religionis & executionem dicti Pacti hic Viennæ celebrati, ſamt Sperr, Inventur, und Abhandlung ihrer hier zu Land befindlichen mütterlichen Verlaßenſchafft lediglich überlaßen wollte.

Nichts deſto weniger, weilen das Werck ins Publicum laufft: als habe Euer Kayſerlichen Majeſtät dieſe Vorfallenheit, nebſt Beylegung Eingangs erwehnter, wiewol, meines unvorgreifflichen Erachtens, ganz unerheblicher, Proteſtation, hiemit allergehorſamſt vorſtellen, und, was ich hierinnfalls weiters zu thun oder zu laßen habe? allerunterthänigſt anfragen, mithin zu allergnädigſt bald beliebigen Reſolution, anbey allerhöchſten Hulden und Gnaden, mich in tiefſter Submißion empfehlen ſollen.

Das weitere werden wir bald hernach vernehmen.

§. 6.

Des Würtembergiſchen Geſandtens Proteſtation.

In eben dieſem Jahr 1714. (1) ſtarb auch des Herzoglich-Würtembergiſchen Geſandtens am

(1) Lünigs ſelect. Script. illuſtr. p. 1065. 1067.

am Kayſerlichen Hof, von Schüz, Gemahlin: Den 5. Dec. fande ſich darauf eine von dem Kayſerl. Ober-Hofmarſchallamt deputirte Commißion bey dem Geſandten ein, um eine Sperr vorzunehmen. Der Geſandte antwortete: So wenig er gemeint ſeyn könnte, dem Ober-Hofmarſchallenamt in ſeinen wohlhergebrachten Befügnißen etwas zu derogiren; ſo wenig ſeye bey dieſer anmaßlichen Obſignatur die Jurisdiction über die Geſandtſchafften fundirt, auch kein Objectum Obſignationis bey der verſtorbenen Verlaßenſchafft vorhanden; da er, der Geſandte, zu Wien weder ordinarie domicilirt, noch mit andern, als mit denen täglich brauchbaren Nothwendigkeiten, begütert oder poßeßionirt ſeye: Die prätendirte Jurisdiction aber weder in alt- noch neuen Conſtitutionibus Imperii, oder in einer continuirlichen und ohninterrumpirten Poſſeſſione vel quaſi, viel weniger in Judicio contradictorio, jemalen begründet geweſen, und noch ſeye; auf welche gerechteſte Fundamenten er, der Geſandte, ſich beſtändig, forderiſt aber auch dahin beziehe, daß er, als von dem regierenden Herrn Herzog zu Würtemberg characteriſirt- und bey Kayſerlicher Maj. accreditirter extraordinairer Geſandter, hierunter keinen Eingriff in die Jura Legationis und deren Immunitäten könnte geſchehen laßen; dahero er die ihme zuſtehende Competentien reſervire und die auch jenſeits agnoſcirte Proteſtation auf alle Eventus rechtsbeſtändig interponi-

ponire; mit dem Anhang, daß er zwar gegen Gewalt nichts violenter opponiren wollte oder könnte, jedoch, ſeiner Convenienz wahrzunehmen, in nichts entſtehen würde.

Die Marſchallamtliche Commißion bezoge ſich auf einige Exempel und Præjudicia; der Geſandte aber widerſprache ſolche, als ungewiß, ſingular und ohnapplicirlich. Die Commißarii thaten den Vorſchlag: Daß, weilen es eine bloße Formalität ſeye, ihnen nur ein alter Kaſten zur Sperr gegeben, und einige alte Fezen darein gelegt werden möchten; dann es hätte weiter nichts zu bedeuten; die Sperr wäre nur pro forma: Der Geſandte aber bezoge ſich auf ſeine beſchehene Remonſtration, Proteſtation und Reſervation, und ließe ſie alſo von ſich. Die Deputirte verſiegelten darauf beede Thüren des Tafelzimmers: So bald aber der Geſandte Nachricht davon erhielte, ließe er die Siegel wieder abnehmen, und es denen Deputirten noch vor ihrem Austritt aus ſeinem Hauſe wißend machen.

Der Geſandte ließe auch noch ferner durch einen Notarien einige Zeugen darüber abhören, ſo fort ein Inſtrument deßwegen verfertigen, und es dem Kayſerl. Obriſt-Hofmarſchallenamt inſinuiren.

§. 7.

R. Hofraths-Gutachten.

Kayſer Carls VI. Majeſtät verlangten über dieſe beede erſtbemeldte Vorfälle von dem Reichs-Hofrath ein Gutachten, welches der

Frey-

Freyherr von Kirchner abfaßete und das an verſchiedenen Orten (1) im Druck zu leſen iſt, auch unten als eine Beylage um ſo mehr ganz mitgetheilet zu werden verdienet, als, (wie Cap. 2. zu erſehen ſeyn wird,) auf daßelbige bey Entſcheidung der vorliegenden Frage über- aus vieles ankommt.

§. 8.

Ausgang des Streits mit dem Chur-Braunſchweigi- ſchen Geſandten.

Laut eines den 16. Oct. 1715. an den Kayſerlichen Herrn Obriſt-Hofmarſchallen ergangenen Kayſerlichen Decrets (2), hat darauf der Chur-Hanöveriſche Abgeſandte, Freyherr von Huldenberg, in einem Memo- rial gebeten, das, was mit dem Kayſerlichen Obriſt-Hofmarſchallenamt, nach Abſterben ſeiner Eheconſortin, der Sperr halber in Reden und Schrifften vorgegangen, in Vergeß zu ſtel- len; indeme ihme niemalen zu Sinn gekom- men ſeye, Ihro Kayſerlichen Maj. zu miß- fallen, viel weniger wider der allerhöchſten Kayſerlichen Majeſtät Präeminenz und Hoheit etwas zu gedencken, geſchweige zu ſchreiben; mit Bitte, die derentwegen gegen ihne gefaßte Kayſerliche Ungnade fahren zu laßen:

Es

(1) in von Neumanns Formular-Buch des R. Proceß. S. 81. und in der Samml. von R. Hofraths-Gutacht. 1. Theil, n. 15. S. 171.

(2) Samml. von R. Hofraths-Gutacht. 6. Theil, S. 177.

Es ergienge auch ſo dann erſagtes Kayſerliches Decret an das Kayſerliche Obriſt-Hofmarſchallenamt: Ihro Kayſerliche Majeſtät hätten, aus dieſen und andern Urſachen, inſonderheit auch, weilen er ſich erkläret, daß, die von dem Kayſerlichen obriſt-Hofmarſchallamt angelegte Sperr abnehmen zu laßen, er nicht könnte noch würde verhindern, Sich entſchloßen, ihn zu Gnaden aufzunehmen, und zu Ihro den Zutritt wiederum zu geſtatten; der Herr Obriſt-Hofmarſchall werde alſo die Sperr abzuthun wißen.

§. 9.

Streit zwiſchen dem R. Hofrath und Hofmarſchallenamt.

An. 1727 oder 28. (1) ſtarb der Sachſen-Eiſenachiſche titular-Hofrath Schneider, welcher bey dem Reichs-Hofrath ad Acta legitimiret ware: Darauf wurde deßen Verlaſſenſchafft ſo wohl von dem Reichs-Hofrath, als Hofmarſchallenamt obſignirt: Der Reichs-Hofrath erſtattete ein Gutachten an den Kayſer; Deßen Reſolution darauf den 26. Febr. dahin publiciret wurde: Ihro Kayſerliche Mai. wurden, bey angezeigter Bewandtniß, dem Hofmarſchallen das nöthige befehlen. Dieſer Befehl beſunde, dem Vernehmen nach, darinn: Daß das Hofmarſchallenamt ſich der Obſignation bey Perſonen, die bey dem Reichs-Hofrath ad Acta legitimiret ſeyen, enthalten ſolle.

§. 10.

(1) ſ. meine Reichs-Famam, 3. Theil, S. 373.

§. 10.

Mehreres davon.

Dieſer Vorfall, und andere um dieſe Zeit ſich ereignete Jurisdictions-Streitigkeiten zwiſchen dem Kayſerlichen Reichs-Hofrath und dem Kayſerlichen obriſt-Hofmarſchallen-Amt gaben mir Gelegenheit, an dem unten (1) angezeigten Ort die Rechtsgründe beeder Theile umſtändlicher zu unterſuchen; welche ich auch anderwärts (2) wiederhohlet habe:

Was ins beſondere die Sperr 2c. bey denen Geſandten der Reichsſtände betrifft, gienge meine Meinung damalen, in Anſehung des Hofmarſchallenamts, im Hauptwerck dahin (3): „Das punctum juris in dieſer Sache iſt bißhero durch die Reichsgrundgeſeze nirgends ausgemacht geweſen, und vermuthlich wird auch kein ſicheres Reichsherkommen vorhanden ſeyn; indeme - - beede Theile ſich auf den Beſiz beruffen, der alſo wohl beederſeits interrumpirt und widerſprochen ſeyn mag. - - Hielte man nun dieſe beede Gründe (beeder Parthien Gründe in Petitorio) gegen einander; ſo dünckten mich die leztere (für die Reichsſtände,) etwas ſtärcker zu ſeyn: Doch wäre, (wie ich glaubte,) freylich gut, wann der Sache durch eine authentiſche Erläuterung ihre abhelffliche Maaße gegeben würde.„

Oo 2 Hin-

(1) in meiner Reichs-Fama 3. Theil, S. 278. u. f.

(2) in meinem Teutſch. Staatsrecht, 6. Theil, S. 171. u. f.

(3) cit. Staatsrecht, S. 182. u. f.

Hingegen glaubte ich: Der Reichs-Hofrath werde ſelbſten ſchwerlich ſich einer Jurisdiction über die anmaßen, ſo ſich anderer (nicht durch den Reichs-Hofrath lauffender,) Sachen wegen an dem Kayſerlichen Hofe aufhalten, oder doch nicht bey dem Reichs-Hofrath ad Acta legitimiret ſeyen.

§. 11.
Wahltags-Acta An. 1741. 42.

Vor der Wahl Kayſer Carls VII. wurde in einem Chur-Pfälziſchen Aufſaz darauf angetragen (1):

1. Poſt. verb. als auch der Stände, addatur: „Geſandte.„

2. Poſt. verb. Reſidenten und Agenten, addatur: „Von Unſerem Hof-Marſchallenamt, Landesregierung.„ 3. Poſt. verb. allerdings befreyet ſeyn, addatur: „Und unter ihrer Principalen ohnmittelbarer Jurisdiction lediglich verbleiben.„ Ratio: Weilen bekanntlich der Kayſerliche Hof, oder das Kayſerliche Hof-Marſchallenamt bey der Ständen Geſandtſchafften zu Wien erfolgten Sterbfällen der Obſignation, Inventur, und dergleichen Actuum Jurisdictionis, ſich anzumaßen geſucht.„

Indeßen brachte doch Chur-Pfalz auf dem Wahltag nichts dergleichen würcklich vor.

Chur-

(1) ſ. meine Anmerck. zur Wahlcapit. K. Carls VII. 3. Theil, S. 294.

Chur-Trier hingegen machte die Monita eben ſo, wie jene beede erſte lauteten; ſie wurden auch genehmiget.

§. 12.
Neueſte Kayſerl. Wahlcapitulationen.

Solchemnach lieſet man in denen Wahlcapitulationen derer Kayſere Carls VII. Franzens und Joſephs II. Art. 25. §. 7. „Und ſie (die Reichs-Hofräthe ꝛc.) ſo wohl, als auch der Stände Geſandten, Reſidenten und Agenten, von Unſerem Hof-Marſchallamt, Landesregierung, und anderer Gerichten und Beamten Jurisdiction, auch, ſo viel die Obſignation, Sperrung, Inventur, Editiones der Teſtamenten, Verſorgung ihrer Kinder, und deren Tutelen, und dergleichen, betrifft, weniger nicht von allen perſonal-Oneribus, allerdings befreyt ſeyn.„

§. 13.
Erfolg in Anſehung des Hofmarſchallenamts

Seit dieſer Zeit hat auch, meines Wiſſens, das Kayſerliche obriſt-Hofmarſchallenamt ſich keiner weiteren Jurisdiction, namentlich keiner Sperr, oder Obſignation, weder in Anſehung derer unſtreitig unter dem Reichs-Hofrath ſtehenden Gerichtsperſonen, noch auch derer Reichsſtändiſchen Geſandten, angemaßet.

§. 14.
und des Reichs-Hofraths.

Was aber den Reichs-Hofrath betrifft; ſo

ſo habe ich anderwärts (1) verſchiedene Bey-ſpiele angeführt, daß, wann ein Reichsſtand einen particular-Agenten bey dem Reichs-Hofrath hatte, und ſich ein Sterbfall ereignet hat, der Reichs-Hofrath die Obſignation, Inventur, und übriges Erbſchaffts geſchäfft, beſorget hat, ohne daß die Höfe ſich dagegen geſezet hätten, wann die Verſtorbene gleich von ihnen den Character als Rath, Legationsrath, u. ſ. w. hatten.

So viel aber die Reichsſtändiſche Geſandte betrifft; ſo ſolle, dem Vernehmen nach

1. Bey Abſterben des Chur-Braunſchweigiſchen Geſandtens von Steinberg von dem Reichs-Hofrath keine Sperr, u. ſ. w. verlangt, ſondern all ſolches durch den in Wien anweſenden Chur-Braunſchweigiſchen Legationsrath von Mühlen beſorget worden seyn.

2. Ein gleiches ſolle ſich nach Abſterben des Sachſen-Weimar und Eiſenach, auch Gothaiſchen Geheimen Raths und Geſandtens von Rheboom zugetragen haben.

Weil mir aber dennoch nicht alle Umſtände hievon hinlänglich und zuverläßig bekannt ſeynd; ſo muß ich dieſe Nachrichten an ihren Ort geſtellet ſeyn laßen.

§. 15.

(1) in meinem Tr. von der Teutſch. Juſtizverfaß. 1. Theil, S. 139. u. f. und in meinem c ichs-Staatshandbuch auf 1773. S. 66.

§. 15.
Neueſte Fälle.

Die neueſte Fälle endlich, darinn es zu einem Streit in dieſer Materie gekommen iſt, beſtehen darinn.

Es ſtarben zu gleicher Zeit ſo wohl des beſagten Herzoglich⸗Sachſen⸗Weimar⸗ und Eiſenachiſch⸗ auch Gothaiſchen Geſandtens von Rheboom hinterlaßene Wittwe, als auch deßen Sohn, welcher Sachſen⸗Weimar⸗ und Gothaiſcher Legationsrath ware, aber in dem Wiener Schematiſmo und Franckfurtiſchen jährlichen Genealogiſchen Handbuch unter denen am Reichs⸗Hofrath zu Betreibung derer Proceße legitimirten Perſonen vorkommt.

So viel ich aus denen folgenden Reichs⸗Hofraths⸗Concluſis ſchließen kan, wurde bey des Legationsraths Verlaßenſchafft ſo gleich die Reichshofräthliche Sperr angelegt; wogegen aber der Sachſen⸗Weimar⸗ und Eiſenachiſche auch S. Gothaiſche Hof in ihren an Kayſerliche Maj. unter dem 14. und 21. Dec. 1770. erlaßenen Schreiben proteſtiret haben:

Wegen der Geſandtin aber ſcheinet der Reichs⸗Hofrath forderiſt durch ein Gutachten bey Kayſerlicher Maj. angefraget zu haben: Ob er die Sperr anlegen ſolle?

Richtig iſt, daß folgendes zum Reichs⸗Hofraths⸗Protocoll kame:

Lunæ 21. Jan. 1771.

Reichs-Hofraths Juriſdiction, in ſpecie die bey dem verſtorbenen Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Legationsrath von Rheboom angelegte Sperr betreffend.

Fiat Votum ad Imperatorem.

Von Rheboom, weyl. verwittibter Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Geheimen Räthin und Geſandtin Todesfall, Sperr und Verlaßenſchafft betreffend.

Fiat Votum ad Imperatorem.

17 Febr. 1772.

Reichs-Hofraths Juriſdiction, in ſpecie die bey dem verſtorbenen Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Legationsrath von Rheboom angelegte Sperr betreffend.

Publicatur Reſolutio Cæſarea: Jhro Kayſerliche Majeſtät haben gehorſamſten Reichs-Hofraths erſtattetes allerunterthänigſtes Gutachten allergnädigſt genehmiget: Deme zu Folge.

1. Ponantur Literæ hum. ad Imperatorem der Frau Herzogin von Sachſen-Weimar und Eiſenach und Herrn Herzogs zu Sachſen-Gotha d. d. 14. & 21. Dec. 1770. ad Acta, &

2. Hat es, deren von Seiten gedachter Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und Herrn Herzogs zu Sachſen-Gotha in dictis Literis angebrachten unſtatthafften Einwendungen ungehindert, bey der

der bereits angelegten Reichs-Hofräthlichen Sperr, und demjenigen, was annoch zu Abhandlung dieſer Verlaßenſchafft, auf Anruffen derer Erben beſagten Legationsraths, allenfalls vonnöthen, in ordine & tramite Juris bewerckſtelligen zu laßen, ſein Verbleiben; wo übrigens

3. Die allenfalls in dieſer Verlaßenſchafft befindliche Herzoglich-Weimar- und Gothaiſche Briefſchafften und Hausacten der Frau Herzogin und Herrn Herzogen an Derenſelben hierzu Bevollmächtigten, auf gebührendes Anſuchen, unaufhaltlich verabfolgen und behändigen zu laßen, kein Anſtand getragen werden würde.

Eodem.

Von Rheboom, weyl. verwittibten Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Geheimen Räthin und Geſandtin Todesfall, Sperr und Verlaßenſchafft betreffend.

Publicatur Reſolutio Cæſarea. In Gefolg deren

1. Wird dem Kayſerlichen Reichs-Hofraths-Secretario von Stock, bey der verwittibten von Rheboom Verlaßenſchafft die Sperr anzulegen, aufgegeben, und

2. Implorantinnen, das hinterlaßene Teſtament zum Kayſerlichen Reichs-Hof-

rath ad publicandum zu exhibiren, hiemit auferlegt.

Es iſt dabey in facto wohl zu bemercken: 1. Daß der Extract Reichs-Hofraths-Protocolls bey der Geſandtin nicht, wie bey dem Legationsrath, anfangt: Reichs-Hofraths-Jurisdiction. 2. Daß die Kayſerliche Reſolution von dem Reichs-Hofraths-Gutachten abgehet: Da nun die Kayſerliche Reſolution die Anlegung der Sperr befiehlt; ſo läßt ſich daraus ſchließen, daß der Reichs-Hofrath nicht darauf angetragen habe.

Den weiteren Erfolg belehret folgendes:

Den 29. Maji wurde in der Frau von Rheboom Sperr- und Verlaßenſchafftsſache ferner eine Kayſerliche beyfällige Reſolution auf ein Reichs-Hofraths-Gutachten dahin publicirt:

1. Der Kayſerliche Reichs-Hofraths-Secretarius von Stock ſolle, in præſentia ſämtlicher Erbsintereßenten, ein legales Inventarium der von Rheboomiſchen vorräthigen Verlaßenſchafft verfertigen, auch allenfalls in contumaciam der nicht-Erſcheinenden damit fortfahren, und ſolches demnächſt, mit ſeiner berichtlichen Anzeige ad Acta exhibiren; wo ſo nach auch wegen des übrigen Petiti ſothaner Verlaßenſchafft halber ferner ergehen ſolle, was Rechtens ſeye.

2. Nachdeme, von der Lithiſchem Angeben nach, ein Codicill von der Defuncta annoch vorhanden ſeyn ſolle; als ſolle ſolches inner

14. Tagen ad Acta gebracht, widrigen Falles aber, nach berichtigtem Inventario, mit Vertheilung der Erbſchafft, nach Vorſchrifft der bereits publicirten mütterlichen leztwilligen Verordnung, ohne weiteres fortgefahren werden.

Lunæ 27. Jul. 1772.

Reichs-Hofraths Jurisdiction, in ſpecie die bey dem verſtorbenen Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Legationsrath von Rheboom angelegte Sperr betreffend; ſive die verwittibte Frau Herzogin Amalie ſub dato 24. Apr. & præſ. 5. Jun. nov. übergiebt allerunterthänigſte Vorſtell- Verwahr- und Erklärung, ut pluribus intus.

In eadem, der Herr Herzog zu Sachſen-Gotha ſub dato 2. Maj. nup. & præſ. eod. übergiebt allerunterthänigſte Vorſtellung, mit angefügter allergehorſamſten Erklär- und Verwahrung, ſamt Bitte, de non præjudicando juribus Legatorum Statuum Imperii.

In eadem der Herr Marckgraf Alexander zu Brandenburg-Onolzbach ſub dato 20. Maj. & præſ. 15. Jun. nup. exhibet allerunterthänigſte Vorſtell- Verwahrung und adhärirende allerſubmißeſte Bitte pro clem. jura Legationis manutenendo & protegendo.

1. Ponantur Literæ hum. der Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und des Herrn Herzogen zu Sachſen-Gotha

d. d.

d. d. 24. Apr. & 2. Maj. una cum literis interceſſionalibus des Herrn Marckgrafen zu Brandenburg-Onolzbach d. d. 20. Maj. a. c. ad Acta: Es hat aber,

2\. mit nochmaliger Verwerffung deren bereits in Concluſ. d. d. 16. Febr. a. c. verworffenen unſtatthafften Grundſäzen, bey der von Kayſerlicher Majeſtät ertheilten Reſolution d. d. 17. Febr. a. c. hiemit ſein Bewenden; wobey jedoch

3\. im übrigen die in dieſer Verlaßenſchafft allenfalls annoch befindliche Herzoglich-Weimar- und Gothaiſche Brieffſchafften und Scripturen Reichs-Hofraths-Secretarius von Stock denen Herzoglich-allhieſigen Bevollmächtigten, auf das in Literis bey Kayſerlicher Majeſtät dermalig beſchehene Anſuchen, alſogleich zu extradiren und zu behändigen, angewieſen wird: Und ſollen künfftighin in ſolch- dergleichen Obſignationsfällen jedesmal alsbald vor der Obſignation dererſelben Principalen Hausſchrifften und Acta ſeparirt, und, gegen Recognition, ſo dann gleich in ipſo actu Obſignationis denen anweſenden Gevollmächtigten verabfolget werden.

Eodem.

Von Rheboom, verwittibter Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen geheimden Räthin und Geſandtin Todesfall, Sperr- und Verlaßenſchafft betreffend, ꝛc.

1\. Po-

1. Ponantur der Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und Herrn Herzogs zu Sachſen-Gotha Literæ hum. de 24. Apr. & 2. Maj. ad Acta: Es hat aber
2. mit Verwerffung der gemachten Einwendungen, und darauf geſtellten ganz unſtatthafften Petitorum, bey denen bißhero ertheilten Kayſerlichen Verordnungen lediglich ſein Bewenden. Sicque
3. Ponatur das verfertigt- und überreichte Inventarium ad Acta, und iſt ſamtlichen Erbsintereßenten Copia hievon, auf Anmelden, verabfolgen zu laßen.
4. Fiat Commiſſio Cæſarea auf den Kayſerlichen Reichs-Hofrath, Freyherrn von Gärtner, dahin: Mit Zuziehung des Kayſerlichen Reichs-Hofraths-Secretarii von Stock, nach Innhalt des Inventarii, und nach Vorſchrifft der bereits publicirten mütterlichen lezten Willens-Verordnung, die würckliche Theilung der Erbſchafftsſtücken und Portionen vorzunehmen, und zu Beendigung ſothaner Erbſchafftsſachen denen Rechten nach fürzugehen, zu dem Ende ſamtliche Erbsintereßenten, autoritate Commiſſionis Cæſareæ, vor ſich zu laden, und bey abermaliger nicht-Erſcheinung der Mitintereßirten von der Lith in contumaciam fürzugehen, und derſelben anfallenden Erbſchafftsantheil und Ratam ad Depoſitum judiciale zu bringen, auch,

wie

wie alles vollzogen worden, ſo dann ſeinen allergehorſamſten Bericht zu ſeiner Zeit zu erſtatten.

Lunæ 19. Jul. 1773.

Reichs-Hofraths Jurisdiction, in ſpecie die bey dem verſtorbenen Herzoglich-Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Legationsrath von Rheboom angelegte Sperr betreffend.

Ponatur derer beyden Fräulein von Rheboom eigenhändig gefertigte überreichte Renunciation der Erbſchafft de præſ. 7. Maji a. c. gebetener maßen, ad Acta.

Lunæ 6. Sept. 1773.

Reichs-Hofraths (wie zuvor.)

1. Mit Verwerffung der unſchicklich mitangehängten Verwahrung, ponatur de reliquo der anderweiten Defuncti von Rheboom Schweſter, von der Lith, eigenhändig überreichte Erbserklärung de 31. Aug. a. c. ad Acta; und kan nunmehro
2. die Sperr, gebetener maßen, wieder abgenommen werden.

Zweytes Capitel.

Rechtliche Unterſuchung dieſes Streits.

Erſter Abſchnitt.

Von formlichen und alleinigen Geſandten.

§. 1.

§. 1.
Vorerinnerungen.

Bey rechtlicher Unterſuchung dieſes Streits will ich allerforderiſt von dem Fall reden, wann ein Reichsſtändiſcher Geſandter am Kayſerlichen Hof mit Tode abgehet, der ein formlicher Geſandter vom erſten oder zweyten Rang, auch allein an den Kayſerlichen Hof accreditiret, hingegen mit keinem gerichtlichen Gewalt zu denen am Reichs-Hofrath vorfallenden Geſchäfften verſehen ware.

Es ſeynd alſo hierunter begriffen die Bottſchafftere, Ambaſſadeurs, Geſandte, Abgeſandte, Envoyés, bevollmächtigte Miniſters, accreditirte Miniſters, Miniſtres plenipotentiaires, wie auch die bloß zu Staatsſachen accreditirte Reſidenten oder die von der höheren Claße.

Und wie es in allen Rechtsfragen, auch in denen, welche in das Staatsrecht einſchlagen, theils auf den Beſiz, theils auf die Befügniß in der Hauptſache, oder auf das Poſſeſſorium und Petitorium, ankommt, auch allemal jenes vorangehet, und derjenige, ſo das Poſſeſſorium für ſich hat, ſo lang in ſeinem Beſiz gelaßen werden muß, biß der andere Theil ſeine beßere Befügniß in Petitorio ausgeführet hat; ſo will ich auch erſtlich von dem Poſſeſſorio reden, alsdann aber auch das Petitorium nachhohlen.

Da

Da endlich die Wahlcapitulation Kayſer Carls VII. in dieſer Sache einen neuen merckichen Zeitpunct abgiebt; ſo will ich auch die Zeiten vor und nach dieſer Capitulation, wie billig, von einander unterſcheiden, und von jedem dieſer beyden Zeitläufften ins beſondere reden.

§. 2.

Ob der R. Hofrath vor 1742. im Beſitz geweſen ſeye.

Erſtlich also fragt es ſich: Iſt der Reichs-Hofrath vor dem Jahr 1742. (als in welchem die Wahlcapitulation Kayſer Carls VII. errichtet worden iſt,) in dem Beſitz geweſen, wann ein Reichsſtändiſcher Abgeſandter an dem Kayſerlichen Hofe mit Tod abgegangen iſt, deßelben Verlaßenſchafft zu ſperren, oder zu obſigniren, zu inventiren, und das übrige Erbſchaffts-Geſchäfft vor ihme zu verhandlen?

Nun lautet es zwar in dem Cap. 1. §. 1. angeführten Auffaz: „Specificatio unterſchiedlicher allhier in Wien verſtorbener Abgeſandten, Reſidenten, Räthen und abgeordneten Perſonen aus dem Reich, deren Teſtamente, Verlaßenſchaffts-Sperren, Inventuren und Abhandlungen bey einem hochlöbl. Reichs-Hofrath publicirt, vorgenommen und erörtert worden:„ Wann man aber die benahmste neun Fälle betrachtet; ſo betreffen

a) der erſte einen Reſidenten; von welchen in dieſem Capitel keine Frage iſt:

b) Der

b) Der dritte, ſechſte und achte betreffen Reſidenten, die zugleich Reichs-Hofraths-Agenten geweſen ſeynd; alſo auch nicht hieher gehören:

c) Der Vierte betrifft einen Abgeordneten der Statt Bremen;

d) der fünfte einen Fürſtlich-Schwarzburgiſchen, (oder vermuthlich, weil es damals noch keine Fürſten von Schwarzburg gegeben hat,) Schwarzenbergiſchen Hofmeiſter;

e) der neunte aber einen Dechanten eines Collegiat-Stiffts vor Münſter: Die ſich alle nicht hieher qualificiren.

f) Der ſiebende Fall betrifft zwar einen Chur-Maynziſchen Geheimen Rath und Canzlar, von welchem aber nicht gemeldet wird, daß er Geſandter geweſen ſeye, (auf welche Eigenſchafft doch hier alles und allein ankommt,) der ſich alſo etwa wegen der Reichscanzley, oder anderer Urſachen halber, in Wien aufgehalten hat.

Mithin bleibt allein noch der zweyte Fall übrig, da, in einem unbenahmsten Jahr, nach Abſterben des Mecklenburg-Güſtrauiſchen Abgeſandtens, Beckmann von Streithorſt, vom Reichs-Hofrath die Sperr anbefohlen und durch den Reichs-Hofraths-Secretarium, in Gegenwart des Mecklenburgiſchen Agentens, ein Inventarium errichtet worden ſeye.

Hiebey nun kommt folgendes in Betracht:

1. Iſt dieſes ein Angeben des Kayſerlichen Hofes zu ſeinem ſelbſteigenen Vorſtand; dahero, ehe man daßelbige gegen die Stände paßiren laßen kan, forderiſt alle nöthige Umſtände ſolchen Falles unterſucht werden müßten, z. E. ob der Beckmann ein würcklicher und bloßer Abgeſandter, oder nicht vielmehr nur oder doch zugleich an den Reichs-Hofrath bevollmächtiget geweſen ſeye; (welches leztere daher wahrſcheinlich wird, weil ſonſt das Kayſerliche obriſt-Hofmarſchallenamt die Obſignation ꝛc. verrichtet haben würde.) Ferner zeiget dieſes allenfalls nur an, was geſchehen ſeye, nicht aber, wie der Mecklenburg-Güſtrauiſche Hof ſich dabey betragen habe? ob er es ohne Widerſpruch habe geſchehen laßen, oder ſeine Gerechtſame dagegen verwahret habe? u. ſ. w.

2. Geſezt aber auch, M. Güſtrau habe es geſchehen laßen, und nicht widerſprochen; hätte dann Daßelbige dadurch allen anderen Reichsſtänden ein Nachtheil zufügen können? Haben andere Chur- und Fürſten etwas von deme erfahren, was damals vorgegangen iſt, oder haben Sie und das Publicum es nicht vielmehr allererſt im Jahr 1769. aus der damals im Druck erſchienenen oben angezeigten privat-Schrifft zum erſtenmahl erſehen?

3. Da es noch über dieſes bloß ein einiger Actus wäre, wie könnte daraus ein mit denen rechtlichen Eigenſchafften verſehenes Herkom-

Herkommen entſtehen; da in dem Zeitlaufft, davon hier die Rede iſt, ſich noch viele andere Fälle ereignet haben, darinn der Reichs-Hofrath, wann Derſelbige darzu berechtiget geweſen wäre, und ſich in dem Beſiz befunden hätte, dieſen Beſiz hätte fortſezen und ſein Recht ausüben müßen, wie er doch nicht gethan hat. Dann

4. Das Kayſerliche Hofmarſchallenamt führt in der oben Cap. 1. §. 1. beygebrachten zweyten Specification an, daß es ſelbſt, (und nicht der Reichs-Hofrath,) uraltem Herkommen nach, in unwiderſprechlichem Beſiz geweſen ſeye, der verſtorbenen Bottſchaffter und Abgeſandten Teſtamente, Verlaßenſchaffts-Sperren, Inventuren, und Abhandlungen, vor ſich zu ziehen; wie namentlich geſchehen ſeye,

a) An. 1692. mit einem Chur-Bayeriſchen extraordinairen Envoyé am Kayſerlichen Hof, und

b) An. 1714. mit eines Chur-Cölln- und Bayeriſchen Envoyé Wittib.

Iſt nun das Kayſerliche obriſt-Hofmarſchallenamt im Beſiz geweſen; ſo hat ja der Reichs-Hofrath nicht darinn ſeyn können; indeme beede zwey ganz verſchiedene Collegia ſeynd, deren jedes ſeine eigene, von dem andern unabhängige, Gerichtbarkeit hat, und da ſich keine Spuhr davon findet, noch jemalen erweiſen laßen wird, daß beede Collegia darinn eine concurrirende Jurisdiction gehabt,

mithin die Prävention Plaz gegriffen, hätte; da vielmehr im Gegentheil der Reichs Hofrath biß zu Ende der Regierung Kayſer Carls VI. öfftere Klagen geführet hat, daß das Hofmarſchallenamt ſeine Gerichtbarkeit auch über die unter den Reichs-Hofrath gehörige Perſonen erſtrecken wolle.

5. Haben wir Cap. 1. §. 5. aus dem Munde des Kayſerlichen obriſt-Hofmarſchallen vernommen, daß Kayſer Carl VI. den 1. Febr. 1712. eine normal-Reſolution habe ergehen laßen: Es ſollten alle wider die Geſandte, wie auch in Dero Brodt und Sold ſtehende Familien, bey anderen Gerichtsſtellen vorkommende Klagen zum obriſt-Hofmarſchalliſchen Gericht remittirt, und allda mit beſonderem Glimpf erörtert werden: Alſo ſollte, nach dem Kayſerlichen eigenen deciſiv-Ausſpruch, auch der Reichs-Hofrath keine Klagen wider die Geſandte ꝛc. annehmen können: Wo aber der Geſandten ꝛc. Inſtanz in perſonal-Klagen iſt; da gehören auch unſtreitig derſelbigen Erbſchaffts-Sachen hin.

6. Eben dieſes beſtättiget noch ferner die Obſervanz nach ſolchem Jahr 1712. Dann als gleich darauf im Jahr 1714. die oben im 1. Capitel angeführte Inventur-Streitigkeiten mit denen Chur-Braunſchweig- und Würtembergiſchen Geſandtſchafften entſtunden und mit ſo großem Eclat zwiſchen Denenſelben und dem obriſt-Hofmarſchallenamt geführ-

führet wurden, ſaße der Reichs-Hofrath ganz ſtill darzu.

7. Noch mehr! Kayſer Carl VI. erforderte von dem Reichs-Hofrath über dieſe zwiſchen denen Reichsſtändiſchen Geſandtſchafften und dem Kayſerl. obriſt-Hofmarſchallenamt entſtandene Streitigkeiten ein Gutachten. Wäre nun der Reichs-Hofrath im Beſiz geweſen, dergleichen Erbſchafftsſachen vor ſich zu ziehen, oder Er hätte auch nur eine Anſprache an eine ſolche Befügniß, privative oder cumulative, machen wollen und können; ſo wäre hier die Zeit und der Ort geweſen, wo Er derſelbigen nicht nur hätte gedencken können, ſondern auch müßen: Und dieſes um ſo mehr, als Er Selbſt anführet: Der Würtembergiſche Geſandte von Schüz habe endlich ſo viel zu verſtehen gegeben: Daß überall in großer Ungewißheit beruhe, ob die Gerichtsbarkeit über Geſandten, wann ja eine ſtatt haben ſolle, dem Ober-Hofmarſchallamt, und nicht viel mehr (wie von dem Reichs-Hofrath ehedem jederzeit zu behaupten geſucht worden ſeye,) dem lezteren, nemlich dem Reichs-Hofrath, gebühre?

Hier iſt alſo die eigentliche Chorde berührt. Was thate aber der Kayſerliche Reichs-Hofrath? Er ließe es dabey bewenden, daß Er geſagt: NB. Ehedem habe der Reichs-Hofrath ſeine Gerichtbarkeit in dergleichen Fällen zu behaupten geſucht: Daß Er aber noch jezo dergleichen behaupte, da-

 von

von meldete Er (ohne Zweifel in Rückſicht auf die Kayſerliche normal-Reſolution von 1712.) kein Wort; ſondern begnügte Sich damit, des obriſt-Hofmarſchallenamts Rechtsgründe gegen die Reichsſtändiſche Geſandte zu unterſtüzen und weiter auszuführen, ſo dann an Hand zu geben, wie, nicht die Reichs-Hofräthliche, ſondern die Hofmarſchalliſche, Gerechtſame in gegenwärtigen Vorfallenheiten ſalviret werden könnten: Nur truge Er darauf an, die etwa beſchehende Provocationen und Recurſe von denen obriſt-Hofmarſchallenamtlichen Verfügungen nirgend anders wohin, als an den Reichs-Hofrath, nehmen zu laſſen, und daß die, welche ſich in Judicialia mengen, angewieſen würden, ſich bey dem Reichs-Hofrath zu legitimiren, und wenigſtens in ſo weit vor demſelben zu ſtehen und Weiſung anzunehmen.

Was will nun alles dieſes anders ſagen, als daß der Reichs-Hofrath Selber deutlich eingeſtanden habe, er ſeye dermalen weder in Poſſeſſorio noch Petitorio befugt, derer Reichsſtändiſchen Geſandten Erbſchaffts-Sachen vor Sich zu ziehen?

§. 3.

Ob nach dem Jahr 1742?

Nachdeme nun, Cap. I. berichteter maßen, durch Kayſer Carls VII. und derer folgenden Kayſere Wahlcapitulationen dem Kayſerlichen obriſt-Hofmarſchallenamt alle Gerichtbarkeit in Anſehung derer Reichsſtändiſchen

ſchen Geſandten Sperr, Inventur, u. ſ. w. namentlich und ausdrücklich abgeſprochen worden iſt; ſo hat damit dieſer ehemalige Streit ſeine Endſchafft erreicht, das Hofmarſchallenamt hat ſich dabey beruhiget, und muß ſich dabey beruhigen:

Gleichwie aber der Reichs-Hofrath Selbſt geſtanden hatte, daß Er zuvor in keinem Beſiz in dergleichen Fällen geweſen ſeye; alſo iſt mir auch nicht bekannt, daß Er ſeit 1742. in ſolcherley Sterbfällen jemalen verlangt habe, zu obſigniren, u. ſ. w.

Und ſollte ſich, auf eingezogene nähere Nachricht, ergeben, daß der Reichs-Hofrath bey denen oben angezogenen von Steinberg- und von Rheboomiſchen Sen. Todesfällen Sich der Sache nichts angenommen habe; ſo hätten die Reichsſtände, und deren Geſandte, auch den neueſten ruhigen und unwiderſprochenen Beſiz für ſich: Aus welchem Sie Sich gewißlich um ſo weniger entſezen laßen, und es zu thun Urſach haben würden, von je größeren Folgen die Sache iſt.

Was alſo nach des Sachſen-Weimar- und Gothaiſchen Geſandtens von Rheboom Sen. Wittwe Abſterben vorgegangen iſt, wäre eine Neuerung; und ſollte es noch über dieſes gar gegen des Kayſerlichen Reichs-Hofrath ſelbſteigene Erkenntniß, Gutachten und Antrag geſchehen ſeyn, ſo wäre die Sache um ſo viel bedencklicher.

§. 4.

§. 4.
Gründe in Petitorio.

Was nun auch das Petitorium anbelanget; ſo iſt bereits erinneret worden, daß der Reichs-Hofrath An. 1715. Selbſt, auch in Petitorio, bloß einer alten Anſprache Meldung gethan, von einem noch würcklich habenden Rechte aber ganz und gar abſtrahiret habe: Es iſt auch nicht abzuſehen, woher Derſelbe ſeithero ein neues oder mehreres Recht ſollte erhalten haben:

Indeßen will ich doch anführen, was man zu ſeinem Vorſtand, theils außer der Kayſerlichen Wahlcapitulation, theils aus dieſer Capitulation ſelbſten, vorbringen könnte.

§. 5.
Außer der Wahlcapitulation.

Außer der Wahlcapitulation könnte man für den Reichs-Hofrath 1. alles dasjenige urgiren, was An. 1714. und 15. in der oben im 1. Cap. §. 5. befindlichen obriſt-Hofmarſchalliſchen Vorſtellung an den Kayſer, und in dem unten im Anhang zu leſenden Reichs-Hofraths-Gutachten, ſehr ausführlich gemeldet worden iſt, und deme nichts erhebliches weiteres beygefüget werden kan.

2. Dieſes ſcheinet auch jezo um ſo mehr anzuſchlagen, als der Kayſerliche Reichs-Hofrath nunmehro an dem Kayſerlichen obriſt-Hofmarſchallenamt keinen Corrivalen mehr hat, mithin jene alte und (wie Er angiebt,) jeder-

jederzeit behauptete Sperr- ꝛc. Befügniße zu reviviſciren ſcheinen; zumalen, da

3. die Kayſerliche Normal-Reſolution von 1712. keineswegeſ zum Vortheil derer Reichsſtände, ſondern nur des obriſt-Hofmarſchallenamts, ergangen iſt, mithin denen Reichsſtänden, wann Sie Sich darauf beruffen wollten, die Exceptio de jure Tertii entgegen geſtellet werden könnte; auch

4. der Herzoglich-Würtembergiſche Abgeſandte von Schüz ſelbſt erkannt haben ſolle, daß zwar nicht die Hofmarſchalliſche, wohl aber die Reichs-Hofräthliche, Jurisdiction über die Reichsſtändiſche Geſandte Plaz greiffen könnte.

Hinwiederum aber läßet ſich auch hierauf alſo antworten:

ad 1. Da durch die neuere Kayſerliche Wahlcapitulationen die Reichsſtändiſche Geſandtſchafften von des Hofmarſchallamts Gerichtbarkeit exemt erkläret worden ſeynd; ſo ſeynd eben dadurch alle Gründe mit als unhinlänglich erkläret und verworffen, welche zu Begründung einer Gerichtbarkeit über die Reichsſtändiſche Geſandte nur immer erdacht und angeführet werden könnten: Dann daß es nicht bloß um die Hofmarſchalliſche, ſondern um die Kayſerliche, Jurisdiction, (ſie werde nun vom Hofmarſchallenamt oder Reichs-Hofrath ausgeübt,) hierinn zu thun geweſen ſeye, werden wir hernach mit mehrerem vernehmen.

ad 2. Es iſt a) jezo nicht mehr die Frage: Was der Reichs-Hofrath ehedem behauptet habe? ſondern daß Er, nach ſeinem ſelbſteigenen Geſtändniß in neueren Zeiten Selber von dieſer Anſprache abgeſtanden ſeye? b) Und eben ſo iſt auch keine Frage: Was der Reichs-Hofrath gegen die Stände vormals behauptet habe, ſondern was nunmehro zwiſchen dem Kayſer und Churfürſtlichen Collegio, für Sich und die geſammte Churfürſten, Fürſten und Stände des Reichs, verglichen worden ſeye? Der Kayſerliche Hof machet die nemliche Anſprache ſo gar in Anſehung derer unabhängigen Staaten Geſandten am Kayſerlichen Hof: Dieſe geſtehen es aber deßwegen eben ſo wenig ein, und drohen allenfalls mit der Retorſion.

ad 3. So gute Dienſte die Kayſerliche Reſolution von 1712. darinn thut, um dadurch zu beweiſen, daß der Reichs-Hofrath ſich nicht in dem Beſiz befinde, bey Reichsſtändiſchen Geſandten zu obſigniren; ſo wenig haben die Reichsſtände Urſach, wann es um das Petitorium zu thun iſt, ſich auf dieſelbige auch nur im geringſten zu beziehen; mithin iſt dieſer Einwurff überflüßig.

ad 4. Was der Würtembergiſche Geſandte geäußert haben ſolle, wird a) in dem Reichs-Hofraths-Gutachten ſelbſt nicht als etwas poſitives gemeldet, ſondern nur, daß er ſolches (nicht undeutlich) zu verſtehen gegeben haben ſolle: b) In der von Schüziſchen

Requi-

Requiſition an den Notarium, darinn der ganze Verlauff der Sache erzählet iſt, wird kein Wort davon gedacht; ſondern viel mehr: Er, von Schüz, habe beſtändig behauptet, er könne keinen Eingriff in die Jura Legatorum und deren Immunitäten geſchehen laßen: c) Es hätte auch unwiderſprechlich dieſer Geſandte weder ſeinem Herrn, noch vielweniger denen geſammten Chur- und Fürſten, durch ein auch noch ſo poſitives dergleichen Geſtändniß präjudiciren können.

Bey dieſen Umſtänden nun wäre nicht nur überflüßig, ſondern auch nachtheilig, wann man ſich Reichsſtändiſcher Seits auf die in der Kayſ. obriſt-Hofmarſchalliſchen Vorſtellung von 1714. und dem Reichs-Hofraths-Gutachten von 1715. enthaltene Gründe für die Kayſerliche Gerichtbarkeit einlaßen wollte: Nach dem Vergleich fragt man nicht mehr: Quid juris? ſondern: Quid transactum?

§. 6.

Aus der Wahlcapitulation.

Doch vielleicht will man auch dieſes nicht zugeben, daß es res transacta ſeye. Vielleicht ſpricht man: 1. Der ganze Art. 25. der Wahlcapitulation rede lediglich vom Reichs-Hofrath;

2. namentlich würden §. 5. und 6. (auf welche ſich der §. 7. beziehe,) lauter zum Reichs-Hofrath und unter deßen Gerichtbarkeit gehörige Perſonen benahmſet;

3. die

3. die Abſicht der Wahlcapitulation ſeye alſo nur dahin gegangen, die Geſandte von dem Hof-Marſchallenamt zu eximiren, nicht aber von dem Reichs-Hofrath:

4. Wenigſtens ſeye die Rechtsregul bekannt: Interpretationem faciendam eſſe contra eum, qui clarius loqui potuiſſet.

Alleine hiebey iſt forderiſt in facto voraus zu ſezen:

1. Daß der Kayſerliche obriſt-Hofmarſchall in ſeiner Vorſtellung von 1714. ſelbſt meldet: Der Chur-Braunſchweigiſche Geſandte habe ſich auf das denen Geſandten zu Gutem kommende allgemeine Völckerrecht beruffen: Das Völckerrecht aber befreyet die Geſandte nicht nur von der Gerichtbarkeit des Marſchallamts an dem Hof, daran der Geſandte ſtehet; ſondern eben ſo wohl auch von der Juriſdiction derer höchſten und ſubalternen anderen Gerichtsſtellen in ſolchem Staat.

2. Eben ſo bezeuget auch der Reichs-Hofrath in ſeinem Gutachten von 1715.: Ermeldter Geſandter habe die *omnimodam exceptionem* derer Abgeſandten von der Gerichtbarkeit Desjenigen, an Welchen ſie geſendet worden, durch die in dem Gutachten erzählte Gründe darthun wollen: Es ware alſo nicht um die Marſchalliſche, als eine beſondere Gattung der Kayſerlichen Juriſdiction, ſondern um die ganze Kayſerliche Gerichtbarkeit überhaupt, zu thun.

3. Glei-

3. Gleiche Abſicht hatte man auch auf dem Wahltag An. 1742. maßen in dem oben angeführten Chur-Pfälziſchen Auſſaz ausdrücklich darauf angetragen wurde, nach: „Allerdings befreyet ſeyn,„ zu ſezen: „Und unter ihrer Principalen unmittelbarer Jurisdiction lediglich verbleiben;„ mit dem Beyfügen: „Ratio: Weilen bekanntlich der Kayſerliche Hof, oder das Kayſerliche Hofmarſchallenamt, bey der Ständen Geſandtſchafft zu Wien erfolgten Sterbfällen der Obſignation, Inventur, u. d. actuum Jurisdictionis ſich anzumaßen geſucht.„ Und obgleich Chur-Pfalz dieſes Monitum in denen Wahlconferentien nicht würcklich vorgebracht haben mag; ſo iſt doch daraus kein Schluß zu machen, als habe es von ſelbigem abſtrahirt: Dann es hat auch die beede andere damit zuſammenhangende Monita nicht vorgebracht; hingegen aber, als Chur-Trier ſelbige vorgeſchlagen, demſelbigen beygepflichtet.

4. Wie kan man vernünfftiger Weiſe vermuthen, daß die Churfürſten, welche ſeit 1711. in denen Kayſerlichen Wahlcapitulationen ihren Geſandtſchafften das Königliche Ceremoniel, und den Vorzug vor derer unabhängigen Freyſtaaten Bottſchafftern und Geſandten ausbedungen haben, auf einmal, ohne Noth, und ohne alle Urſach, von ihren Grundſäzen abgegangen ſeyen, und ihre, auch anderer Reichsmitſtände, Geſandtſchafften zwar der Kayſerlich-Hofmarſchalliſchen

Jurisdiction hätten entziehen, hingegen ſelbige der Kayſerlich-Reichshofräthlichen Jurisdiction untergeben wollen?

Und nun wird die Antwort auf obige Einwürffe leicht ſeyn: Dann es iſt

ad 1. gar nichts neues, daß in der Wahlcapitulation ein Articul hauptſächlich von einer gewißen Materie, handle und doch gelegenheitlich einer ganz anderen eben ſo darinn gedacht werde, wie z. E. im Osnabrückiſchen Frieden Art. 5. der Reichspfandſchafften. Der 3. Art. der Wahlcapitulation handelt in 24. §§. von denen Churfürſtlichen Vorrechten, und mitten darinu §. 22. von dem Rang derer Reichsgrafen bey Reichsſolennitäten: Der Art. 6. iſt dem Bündnißrecht gewidmet, und bey dieſer Gelegenheit wird in einer Parentheſe die wichtige Materie entſchieden: wie in allen des Reichs Sicherheit und Statum publicum concernirenden Sachen verfahren werden ſolle? u. ſ. w.

ad 2. Art. 25. §. 7. wird durchaus nicht davon geredet: wer unter des Reichs-Hofraths Gerichtbarkeit ſtehe? ſondern nur, von welchen Stellen oder Gerichten dem Reichs-Hofrath kein Eintrag geſchehen ſolle: Da nun über das Hofmarſchallenamt von dem Reichs-Hofrath dißfalls zum öffteren Klage geführet worden ware: Eben dieſes Hofmarſchallenamt aber ſich auch die Gerichtbarkeit über der Reichsſtände Geſandte hatte

zueig-

zueignen wollen; ſo iſt bey dieſer Gelegenheit das nöthige deßwegen verordnet worden.

ad 3. Da oben unwiderleglich gezeiget worden iſt, daß, wenigſtens im jezigen Jahrhundert, der Reichs-Hofrath ſelbſt Sich keiner Juriſdiction über die Reichsſtändiſche Geſandtſchafften angemaßet habe, ja gar durch eine eigene Kayſerliche Reſolution davon ausgeſchloßen worden ſeye; ſo ware nicht nur nicht nöthig, des Reichs-Hofraths hiebey zu gedencken, ſondern es wäre auch lächerlich geweſen, da der Streit nur zwiſchen dem Hofmarſchallenamt und denen Reichsſtändiſchen Geſandtſchafften ware, und der Reichs-Hofrath darinn nur des Hofmarſchallenamts Secundanten abgabe; da es mithin nun heißt: Si vinco vincentem te, magis te vinco.

ad 4. kan alſo a) nach der geſunden Vernunfft dieſe Stelle auf keine Fälle erſtrecket werden, daran Niemand gedacht, oder zu gedencken Urſach gehabt hat, weil die Reichsſtände, und deren Geſandte, zu der Zeit, als dieſes in die Wahlcapitulation kame, von dem Reichs-Hofrath ſich hierinn nichts zu beſorgen hatten. Und ſo wird es

b) auch, ohne allen Zweifel den geringſten Anſtand nicht haben, daß diejenige Churfürſtliche Höfe, (unter welchen bekanntlich Böhmen nicht mit begriffen ware,) die im Jahr 1742. den Zuſaz wegen der Geſandten und des Erbmarſchallamts gemacht haben, collegialiter deutlich erklären, daß Ihre Abſicht

Abſicht nichts weniger, als dieſe, geweſen ſeye, das, was ſie mit der einen Hand erlanget haben, mit der anderen wieder hinweg zu geben.

Zweyter Abſchnitt.

Betrachtung einiger Neben-Umſtände.

§. 7.

Eines Geſandtens gedoppelte Perſon.

Es iſt ferner und bekannter maßen, möglich, träget ſich auch mehrmalen zu, daß ein Geſandter eine gedoppelte Perſon vorſtellet: Solchen Falles nun kommt es darauf an, in welcher Eigenſchafft er bey einer ſolchen Gelegenheit angeſehen werden könne und müße.

Z. E. Wann ein Reichsſtändiſcher Geſandter zugleich (wie ſich doch vielleicht der Fall nicht ereignen wird,) nicht nur titular- ſondern in der Wahrheit würcklicher Kayſerlicher Geheimer Rath wäre, würckliche dergleichen Dienſte thäte, und ſich deßwegen zu Wien aufhielte; ſo ließe es ſich hören, daß ſeine Verlaßenſchafft, zwar nicht von dem Reichs-Hofrath, wohl aber von dem obriſt-Hofmarſchallenamt, obſignirt, inventirt und behandelt würde: Dieſes geſchähe aber ſo dann dem Kayſerlichen Geheimen Rath, nicht aber dem Geſandten.

Hat hingegen ein ſolcher Geſandter zwar den Character eines, reſp. würcklichen, Kayſerlichen geheimen Hofraths, er hält ſich aber um ſeiner Geſandtſchafft willen am Kayſerli-

ſerlichen Hofe auf; ſo kan dieſer Character ihne eben ſo wenig der Kayſerlichen obriſt-Marſchalliſchen oder Reichs-Hofräthlichen Jurisdiction unterwürffig machen, als (wie wir bald hören werden,) der Character eines Reichsſtändiſchen Legationsraths, u. d. Jemanden der Gerichtbarkeit des Reichs-Hofraths entziehen kan.

§. 8.

Wie, wann er ſich in gerichtliche Sachen menget?

Wie aber, wann ein Geſandter ſich in gerichtliche, vor dem Reichs Hofrath anhängige, Sachen menget, darinnen etwas übergiebt, u. ſ. w. macht er nicht wenigſtens dadurch der Reichs-Hofräthlichen Jurisdiction ſich unterwürffig?

Forderiſt iſt wohl ein Unterſchied zu machen: Was ein ſolcher Geſandter übergebe? ob gerichtliche, in die Proceße einſchlagende, Hauptſchrifften, z. E. Klagen, Exceptionen, Repliquen, u. ſ. w. oder nur Nebenſchrifften? Z. E. ſo erſiehet man aus denen gedruckten *Deciſionibus Imperialibus in cauſis Mecklenburgicis*, daß der Chur-Braunſchweigiſche Geſandte öffters Commißions-Berichte, Rechnungen über die Executionskoſten, u. d. übergeben habe.

Zu der lezteren Gattung braucht er keine gerichtliche Vollmacht, nimmt auch durch Uebergebung ſolcher Schrifften keinen Antheil an der Hauptſache ſelbſt; kan alſo auch da-

durch ſich der Reichs-Hofräthlichen Gerichtbarkeit nicht unterwürffig machen.

Läßet er ſich aber in der Hauptſache gebrauchen; ſo hat der Reichs-Hofrath in ſeinem Gutachten von 1715. mit gutem Grund darauf angetragen: Daß eine ſolche Perſon anzuweiſen ſeye, ſich bey dem Reichs-Hofrath zu legitimiren; welches dann durch einen gerichtlichen, in der Reichs-Hofraths-Ordnung vorgeſchriebenen, Gewalt geſchehen muß: Widrigen Falles dem Reichs-Hofrath nicht verarget werden kan, wann Derſelbige von ihme nichts mehr in judicial-Sachen annehmen will.

Aber was iſt die Würckung davon, wann ein Geſandter ſich auf eine ſolche Weiſe legitimirt? Der Reichs-Hofrath ſezet ſie in dem offtbeſagten Gutachten von 1715. Selber nur darinn: Daß ein ſolcher Geſandter wenigſtens NB. in ſo weit vor dem Reichs-Hofrath ſtehen, und Weiſung annehmen ſolle; außer deme alſo nicht; alſo auch nicht in bloßen perſonal-Sachen; alſo auch nicht in Erbſchaffts-ſachen: Sondern die höhere Würde eines characteriſirt- und accreditirten Geſandtens abſorbiret die geringere Eigenſchafft eines an den Reichs-Hofrath Bevollmächtigten.

Endlich iſt ohne Zweifel auch ein Unterſchied zwiſchen Reichslehens- und anderen Sachen zu machen: In jenen wird zwar allerdings eine Vollmacht zu Empfangung der Lehen erfordert, und ſelbige bey dem Reichs-Hofrath über-

übergeben: So wenig aber eine ſolche Vollmacht nach dem in der Reichs-Hofraths-Ordnung vorgeſchriebenen Formular einer gerichtlichen Vollmacht ſtyliſiret iſt, und ſo wenig eine ſolche Vollmacht eine Parthieſache betrifft, eben ſo wenig kan dieſelbige die Folge haben, daß der Geſandte dadurch dem Reichs-Hofrath unterwürffig gemacht würde.

§. 9.
Von der Familie des Geſandten.

Was ſo dann die Familie des Geſandtens, ingleichem die privative in ſeinem Sold und Brodt ſtehende Perſonen, betrifft; ſo iſt ausgemachten Rechtens und außer Streit, daß dieſelbige ordentlicher Weiſe des Geſandtens Freyheiten, auch in Anſehung des Gerichtsſtandes, mitgenießen.

Indeßen leidet doch dieſe Regel ihre Abfälle, z. E. da des Chur-Braunſchweigiſchen Geſandtens An. 1714. verſtorbene Gemahlin nicht nur des Kayſers angebohrene Unterthanin, ſondern auch noch bey ihrem Abſterben mit unbeweglichen Gütern im Oeſterreichiſchen angeſeßen, ware; ſo hatte der Kayſerliche Hof Urſach, in ſo weit ſich der Erbſchafft anzunehmen; ja es hätte dieſes nicht ſo wohl durch das Hofmarſchallenamt, als vielmehr durch die Nieder-Oeſterreichiſche Regierung, geſchehen ſollen: Und dieſes wird auch wohl der Beweggrund geweſen ſeyn, warum, wie es ſcheinet, Chur-Braun-

ſchweig der Sache ihren Gang gelaßen hat, ohne ſich dawider zu bewegen.

Dritter Abſchnitt.
Von Legations- und anderen Räthen, Reſidenten und particular-Agenten.

§. 10.
R. Hofr. Ordnung.

Bekanntlich dörffen endlich die Reichsſtände, nach der Reichs-Hofraths-Ordnung Tit. 7. §. 9. zu gerichtlicher Ein- und Ausführung ihrer rechtlichen Proceße an dem Kayſerlichen Reichs-Hofrath, eigene Advocaten, Procuratoren, oder Agenten, haben und halten: Dieſe müßen aber ſo dann auch die bey dem Reichs-Hofrath übliche Vollmacht zu ihrer Legitimation beybringen (1).

§. 11.
Deren Charactere.

Es mögen nun dieſelbe übrigens den Character eines Geheimenlegations- Legations- Regierungs- Hof- oder anderen Raths, eines Reſidentens, Bevollmächtigten, Legationsſecretarii, u. ſ. w. haben, oder nicht; ſo machet dieſes alles in der Sache ſelbſt keinen Unterſchied.

§. 12.
und Gerichtsſtand.

Es iſt auch, aus denen oben Cap. 1. §. 14. remiſſive angeführten vielen Beyſpielen,

(1) ſ. meine Einleit. zum R. Hofr. Proceß, 4. Theil, S. 354.

len, erſichtlich, daß der Reichs-Hofrath von alten Zeiten her in ruhigem Beſitz ſeye, die Jurisdiction über dergleichen Perſonen, wie in anderen perſonal-Sachen, ſo auch in Anſehung ihrer und der Ihrigen Verlaßenſchafft Obſignation, Inventur und Behandlung, auszuüben.

§. 13.

Wie, wann ſie darneben accreditirt?

Wären aber dergleichen Perſonen auch nicht bloß mit Addreßſchreiben an das Kayſerliche Miniſterium, ſondern mit einem formlichen Creditiv an Kayſerliche Majeſtät, verſehen, und würden zugleich würcklich auch in außergerichtlichen und Staatsſachen gebraucht; ſo dörffte zwar, da ſie ſolchemnach mit als publique Perſonen anzuſehen ſeynd, der oben §. 8. gemachte Unterſchied Plaz greiffen:

Wann indeßen der Reichs-Hofrath dennoch dieſelbe unter ſeine Jurisdiction ziehen wollte, könnte wenigſtens daraus nicht ſo viel gemacht werden, als wann es einen formlichen und alleinigen Geſandten beträfe.

§. 14.

Oder allein accreditirt.

Sollte aber ein ſolcher Rath, Reſident, ꝛc. formlich accreditiret ſeyn, und allein in außergerichtlichen Sachen gebraucht werden; ſo könnte deßen Hof um ſo viel mehr darauf

 beſte-

beſtehen, daß ihme die geſandtſchafftliche Freyheiten nicht zu entziehen ſeyen:

Glaubte hinwiederum der Kayſerliche Hof: die Wahlcapitulation ſeye, als gewiſſer maßen ein Lex correctoria, ſtricte zu nehmen, und nicht über den Buchſtaben, der bloß von Geſandten redet, zu erſtrecken; ſo würden eben beyde Theile in contradictoriis verbleiben, vermuthlich aber der Kayſerliche Hof von denen Umſtänden profitiren, und es auf Proteſtationen dawider, und deren nachmalige Verwerffung durch ein Reichs-Hofraths-Concluſum ankommen laßen.

§. 15.
Noch einige Fälle.

Zum Beſchluß will ich noch einiger Fälle gedencken, welche hieher einſchlagen, davon mir aber nicht alle Umſtände hinlänglich bekannt ſeynd, um beurtheilen zu können, unter welche Gattung ſelbige zu bringen ſeyn möchten.

1. Nemlich gehöret hieher der Cap. 1. §. 15. berührte Fall mit dem Legationsrath von Rheboom: Wäre derſelbige allein an den Reichs-Hofrath bevollmächtiget geweſen; ſo wüßte ich an dem Reichshofräthlichen Verfahren nichts auszuſezen:

Wäre er aber ſo wohl an Kayſerliche Majeſtät accretidirt, als auch an den Reichs-Hofrath bevollmächtiget geweſen; ſo würde ich die Beurtheilung, wie der Fall anzuſehen ſeye, ſuſpendiren.

2. Da

2. Da es in einem Reichs-Hofraths-Concluſo vom 7. Jul. 1758. (1) heißt: Wann der zum Zeugen vorgeſchlagene Herzoglich-Mecklenburgiſche Hofrath Hildebrand von dem von Neukirchen zur Commiſſion ſiſtiret werden ſollte, ſollte dieſelbige ihne verhören; ſo erſiehet man ſo viel daraus, daß der Reichs-Hofrath in der Sache behutſam zu Werck gegangen ſeye: Dann, wann er nur hätte durchgreiffen und in dieſer perſonal-Sache ſeine Gerichtbarkeit über beſagten Hofrath ausüben wollen; ſo hätte Er ihme durch ein Kayſerliches Decret befohlen, ſich vor der Commißion zu ſtellen; nicht aber es der Parthie aufs ungewiße überlaßen, ob ſie ihn zur Commißion ſiſtiren werde oder nicht:

Was es aber übrigens mit dieſem Hofrath für eine eigentliche Beſchaffenheit gehabt habe? kan ich nicht berichten.

Beylage.

Auszug eines Reichs-Hofraths-Gutachtens vom Jahr 1714.

Allerdurchlauchtigſter ꝛc.

An Euer Kayſerliche Maj. iſt durch Dero Geheimden Rath und obriſt-Hofmarſchall, den Herrn Fürſten von Schwarzenberg gebührend hinterbracht worden, wie daß von dem Ihm gnädigſt anvertrauten Kayſerlichen

 Hof-

(1) In meinem Tr. von der Teutſch. Juſtizverfaß. 1. Theil, S. 1146.

Hofmarſchallamt das Recht, die Verlaßenſchafft derer bey dem Kayſerlichen Hof abſterbenden Chur- und Fürſtlichen Abgeſandten und Reſidenten zu ſperren, zu inventiren und abzuhandlen, von unvordencklichen Jahren wohl hergebracht worden; und alſo, in Gefolg deſſen, und zwar mit Euer Kayſerlichen Maj. Vorbewußt, er, auf erhaltene Nachricht, daß des dermalig- hier befindlichen Churfürſtlich-Hanoveriſchen Geſandten von Huldenberg Eheconſortin dieſes zeitliche geſegnet, die Sperr angeordnet, ſolche auch, wiewohl in Abweſenheit des von Huldenberg, jedoch in Gegenwart ſeines Hofmeiſtern, ohne den geringſten Widerſpruch von denen, ſo aus dem Hofmarſchallamt deputirt geweſen, vollbracht worden: So bald aber der vorgedachte Abgeſandte von Huldenberg zurückkommen; ſo habe derſelbe alſofort wider dieſen Actum nicht allein eine ſchrifftliche Proteſtation eingelegt, ſondern auch noch hierüber eine weitläufftige ſub Lit. B. beygefügte Deduction, in welcher er, aus irrig verſtandenen und übel angewendeten Lehrſäzen des ehemalig- Hanoveriſchen Raths Wicquefort, it. Hug. Grotii, Kulpiſii, und Anderer, zu behaupten geſucht, daß mit der beſchehenen obriſthofrichterlichen Sperr nicht allein gegen die denen Herrn Chur- und Fürſten in der lezten Kayſerlichen Wahlcapitulation zuſtehende Jura Legationum, und denenſelben anklebende Gerechtſame und Freyheiten gehandelt, ſondern

auch

auch ſo gar das denen Abgeſandten hierunter zu ſtatten kommende Völckerrecht wäre unterbrochen worden. Ob nun wohl alle dieſe Behülffe (wie von ihm bereits vorläuffig gezeigt worden,) auf ſchlechtem Grund beſtünden, allenfalls auch durch die widrige Obſervanz, (deren er eine gute Anzahl unwiderſprechlicher Exempel angeführet,) öffentlich darnieder gelegt würden; ſo habe er jedoch, in Anſehung, daß dieſes ganze Werck, und zumal die vom Gegentheil gebrauchte Rationes ſehr in das Publicum eintretten thäten, der Nothdurfft ermeßen, ſolches alles Euer Kayſerlichen Maj. allerunterthänigſt zu hinterbringen, und, was Er hierunter weiter zu thun oder zu laßen habe, allergehorſamſt anzufragen; darunter auch, um ſo mehr die Beſchleunigung eines Kayſerlichen allergnädigſten Entſchlußes, vermittelſt anderwärtig übergebenen gehorſamſten Memorials zu erbitten, ſich genöthiget befunden, als bald hernach ein anderer dem Reſpect des Kayſerlichen Obriſthofrichterlichen Amt weit nachtheiligerer Caſus hervorkommen:

Da nemlich des allhier ſich befindenden Fürſtlich-Würtembergiſchen Geheimen Rath, Joh. Heinrichs von Schüz, Eheconſortin verſtorben, Er, der Obriſthofmarſchall, aber zur Verrichtung der Sperr einen Commißarium, und zwar (zu des Abgeſandtens mehrerer Diſtinction,) den erſten Aßeßoren und zugleich Amtsſecretarium, Dr. Bauern,

nebſt einem Amtstrabanten, in deßen Behau-ßung geſchickt, dieſer, der Geſandte, hingegen ſich wider ſothanen Actum auf eine gar irreſpectuoſe Art dergeſtalt verlohren, daß er nicht nur den Commißarium, bald unter dieſem bald unter einem anderen Vorwand, vorzulaßen verweigert, ſondern auch, als er, dagegen beſchehenen proteſtirens ungehindert, die Sperr gleichwohl verrichtet, ihnen alſofort einen Laquayen nachgeſchickt, mit der Bedeutung, wie er ſothane Hofmarſchalliſche Sperr auf ſein, des Geſandten, Befehl allſchon wiederum weggerißen habe: Wobey es noch nicht verblieben; ſondern es habe der vorgedachte Abgeſandte von Schüz über dieſen Actum der Abreißung von dem hier befindlichen Notario, Johann Ludwig Gratiano, ein ordentliches Inſtrument aufrichten, und ihm, dem Herrn Obriſthofmarſchallen, nebſt denen vier abgerißenen Amtsſiegeln und ſeiner ſolennen Proteſtation, zu geflißentlicher Verſpottung Sein und ſeines aufhabenden Kayſerlichen hohen Amts, durch eben dieſen Notarium und drey Zeugen, deren einer, Joh. Nicolaus Vogel genannt, Fürſtlich-Würtembergiſcher Legations-Secretarius, der zwente, Philipp Harpfer, Sachſen-Meinungiſcher Legations-Secretarius, der dritte, Matthias Nüls, aber Cammerdiener bey ihm, dem Fürſtl. Würtembergiſchen Geſandten, geweſen, in das Haus ſchicken laßen; mit allerunterthänigſter Bitte, Euer Kayſerliche

liche Maj. wollten allergnädigſt geruhen, Dero eigene über derley an den Kayſerlichen Hof ab- und zureiſende Reichsſtändiſche Herrn Geſandten habende, durch den Oberhofmarſchall je und allezeit exercirte, Kayſerliche Jurisdiction allergerechteſt zu handhaben, und den dißeits ſehr verlezten Reſpect gegen den Beleidiger des Kayſerlichen Amtsſiegels ſo wohl, als den Verächter der Obriſthofrichterlichen Verordnungen, durch Verſchaffung einer nachdrücklichen Satisfaction, ſolcher geſtalt zu handhaben, damit Andere daran ein Exempel nehmen, einfolglich das Kayſerliche Obriſthofmarſchallamt, der nächſthin beſchworenen Wahlcapitulation gemäß, bey deßen alten Recht- und Gerechtigkeiten erhalten werden möge.

Als nun hierauf Euer Kayſerlichen Maj. allergnädigſt gefällig geweſen, dieſen ganzen Verfolg der Sache an Dero gehorſamſten Reichshofrath zu geben, und darüber, item was etwa weiter zu thun ſeyn möchte, deßen rechtliches Bedencken zu vernehmen; ſo hat Derſelbe zwar die von dem Herrn Fürſten von Schwarzenberg, als Obriſthofmarſchallen, vorläuffig beſchehene Vorſtellung ſo gegründet befunden, daß ſolcher faſt nichts zuzuſezen geweſen: Alldieweilen aber gleichwohlen hin und wieder in der Huldenbergiſchen Vorſtellung einige neuerliche, und der Kayſerlichen Autorität ſo wohl, als der Verfaßung des Röm. Reichs, nachtheilige Principia gebraucht worden;

den; ſo hat man vor gut befunden, dieſelbe punctweiſe zu durchgehen, und alles dasjenige, worinn von denen vorerwehnten beyden Geſandten der Grund dieſes ihres neuerregten Widerſpruchs geſezet worden, in nachfolgendem zu beſtehen gefunden.

1. Die gegenwärtige Frage laße ſich nicht aus dem Corpore Juris civilis, oder denen Juribus ſtatutariis, ſondern aus dem allgemeinen Völckerrechte, entſcheiden: was aber dieſes mit ſich bringe, deßhalben ſeye ein unverwerffliches Zeugniß bey dem Hug. Grotio de jure Belli & Pacis L. 2. C. 18. §. 4. zu befinden, allwo er die omnimodam exceptionem derer Abgeſandten von der Gerichtbarkeit desjenigen, an welchen ſie geſendet worden, vornemlich mit folgenden Urſachen zu beweiſen vermeinet, weil außer dieſem die Wohlfahrt und Sicherheit der Abgeſandten auf einen ſchlüpferigen Grund geſezet würde, wenn ſie von ihrem Thun und Laßen einem andern, als ihrem Herrn, zumal aber Demjenigen Red und Antwort geben müßten, an den ſie verſendet worden, und mit deßen Abſichten ihre Rathſchläge und Commißionen ſelten übereinzutreffen pflegten, und Der auch ſich der Gelegenheit einer beygelegten Jurisdiction gar leicht gegen den Endzweck aller Geſandtſchafften mißbrauchen, und auch das geringſte, was etwa ein Geſandter nicht nach ſeinem Willen thäte, zum Verbrechen machen und ihn darüber in Ungelegenheit ſezen könnte;

um

um welcher Urſach willen dann durch allgemeinen Beyfall derer Völcker dieſe zweyfache Fictio Juris Gentium eingeführet worden, daß nemlich der Abgeſandte vor Eine Perſon mit Demjenigen, von welchem er abgeſchicket worden, gehalten und demnächſt geglaubet werde, als ob er ſich völlig extra Territorium Desjenigen, an Den er geſchicket worden, befinde; woraus dann herflieſſe, daß, wann ſo gar ein Geſandter in einem fremden Gebiet ein Verbrechen begehe, und dieſes nicht von der allergröſten Wichtigkeit ſeye, man es zu dißimuliren, außer dieſem aber den Verbrecher zu ſeinem Herrn zurück zu ſchicken, und von dort aus die Beſtrafung zu erwarten pflege; welches auch nicht anderſt geſchehen könnte, weil die Eigenſchafft der Privilegien mit ſich bringe, daß ſie etwas über das gemeine Recht würcken thäten, welches aber nicht geſchehen würde, wenn die Geſandten allein von ungerechtem Gewalt ſicher wären; als dergleichen Beſchirmung man ja einem jeden Privato zu leiſten ſchuldig ſeye. Geſezt auch, daß aus dergleichen Nachſicht in Unterlaßung des ordentlichen Strafamts ein- und andere Unbilligkeit entſtünde; ſo würde doch ſolche durch die allgemeine Nuzbarkeit reichlich wiederum hereingebracht; als wovon ein mehreres in nachdencklichen terminis bey dem Kulpis de jur. Legat. ſtat. Imp. C. 19. §. 3. zu finden. Darauf nehme man auch

2. die

2. die Sache an allen Orten, und würde leichtlich kein Hof zu finden ſeyn, da man einem fremden Abgeſandten jemals zugemuthet habe, daß auf den Fall, da ihme ſeine Eheconſortin ſtirbt, der fremde Hof Richter über die Verlaßenſchafft ſeyn ſollte; ſondern man überläßt ſolches allenthalben der Unterſuch- und Entſcheidung des abſendenden Herrn.

3. Von einem jedesmals Röm. Kayſer würden Geſandte an Chur- und Fürſten geſchickt, und wiederum angenommen: Denen aber würde niemal an anderen Höfen dergleichen Zumuthung gethan, noch ein Exempel davon vorhanden ſeyn; folgbar könnte und ſollte von Andern ein ſolches auch nicht begehret werden;

4. So wenig, als man daßelbe denen Bottſchafftern fremder Könige, Potentaten und Republiquen, zumuthen könnte.

5. Wollte man aber vielleicht die Meinung führen, als ob zwiſchen denen Geſandten fremder Könige und anderer Mächten ein Unterſchied zu machen, und wie ohnedem von Fremden geſchehen, wegen der aufhabenden Lehensverbindlichkeit, ein Scrupel zu erregen ſey; ſo wäre zwar nicht zu laugnen, daß die Churfürſten des Reichs einen beſonderen ſtarcken nexum Fidelitatis, obedientiæ ac venerationis, gegen Kayſerliche Maj. trügen, und derohalben Vaſallen wären: Es nenneten aber Ihro Kayſerliche Maj. ſolche Selbſt die vorderſte Glieder des Leibes, von welchen

die Kayſerliche Maj. das Haupt wäre, item die Grundſäulen des Reichs; item es würden

6. Ihnen die jura Superioritatis territorialis, ingleichem die jura Libertatis & Potentatus, und mithin das daraus herflieſſende jus mittendi Legatos, zugeſtanden und allenthalben erkennet: Ja wann Ihnen

7. ſolches Recht, wie ehedem geſchehen, von fremden Mächten wollte in Zweifel gezogen werden; ſo wären Ihro Kayſerliche Maj. ſchuldig, Sie dabey nachdrücklich zu ſchüzen.

8. In allen beſchworenen Kayſerlichen Wahlcapitulationen hätten die Kayſer denen Churfürſten verſprochen, inſonderheit aber Euer Kayſerliche Maj. Selbſt mit einem neuen Zuſaz vermehret, daß Sie in puncto Legationis denen Königen gleich und nicht anderſt gehalten, auch nicht zugegeben werden ſoll, daß an Ihrem Hof ein Venetianiſcher oder anderer Republic Bottſchaffter einem Churfürſtlichen vorgehen ſolle: So wenig nun das Hofmarſchalliſche Gericht einem Königlich- Engliſch- Franzöſiſch- Schwediſch- oder dergleichen Geſandten die Sperr in ſeinem Hauſe zugemuthet hätte, oder auch noch zumuthen dörffte; ſo wenig könnte ſolches Denenjenigen geſchehen, die da, in Krafft nurangezogenen Kayſerlichen Verſprechens, mit Ihnen in Gleichheit der Nation geſtellet werden.

9. Auch würde endlich wohl kein Exempel ſeyn, da das Hofmarſchalliſche Gericht die Sperr oder andere Actus jurisdictionales über einen Chur-Maynziſchen Ambaßadeur, Abgeſandten, oder Reſidenten, der Miniſter und nicht zugleich Agent geweſen iſt, exerciret, und der Vicarius des Herrn Churfürſten zu Maynz am Kayſerlichen Hof, ſo ein jedesmaliger Reichsvicecanzler ſey, darein gewilliget, und ſich nicht vielmehr derer juris Legationis ſeines Principalis repræſentati, des Herrn Churfürſten zu Maynz, ſollte angenommen, oder die Sperr durch die Chur-Maynziſche Canzley nomine Electoris Mognntini zu verrichten unterlaßen haben; dahero dann unbillig ſeyn wolle, dasjenige, was einem aus dem Churfürſtlichen Collegio vom Obriſthofmarſchallamt zugeſtanden wird, denen Andern in Zweifel zu ziehen.

10. Die Exempel, ſo im Gegentheil angeführet worden, fügten ſich zum Theil nicht anhero, ſondern redeten à potiori von ſolchen Leuten, welche hieſige Agenten und in der That keine Miniſtri publici wären, ſondern bloß den Titul eines Reſidenten, und dadurch ein- und andern Vorzug zu genießen, von einem derer Herrn Churfürſten angenommen hätten: Dieſe nun könnten ſich freylich von dem Gerichtszwang des Kayſerl. Reichshofraths nicht losmachen; wären aber (wie ſchon gedacht,) bloß Reſidentes titulares und abuſive tales, die da dem übrigen Ordini Miniſtrorum

ſtrorum zwar nicht präjudiciren könnten, anbey aber auch nicht eine der geringſten Urſach des Abfalls dieſes Characters an dieſem Kayſerlichen Hof wären: Und da auch, außer dergleichen Leuten, andere Geſandten eines und das andere gelitten hätten, was gegen ihren Character anlauffe; ſo könnte doch die Unerfahrenheit dieſes oder jenes Singuli denen Uebrigen ſo wenig Nachtheil bringen, als durch die Unwißenheit ein- und andern Judicii von dem, was zum Völckerrecht gehörig, daßelbe aufgehoben würde:

Da hingegen der Würtembergiſche Geſandte von Schüz ſich bloßerdings in generalibus auf das jus Legationis und die demſelben anklebende Exemtionen und Immunitäten, denn auf das jus revocandi domum, beruffen, und endlich ſo viel zu verſtehen gegeben, daß überall in großer Ungewißheit beruhe: Ob die Gerichtsbarkeit über Geſandte, wann ja eine ſtatt haben ſolle, dem Oberhofmarſchallamt, und nicht vielmehr (wie von dem Reichshofrath ehedem jederzeit zu behaupten geſucht worden,) dem leztern, gebühre?

Solchem allem nach den Unbeſtand vorbeſagter Einwürffe nur mit wenigem ans Licht zu ſtellen; ſo theilet ſich das erſte Hauptfundament des von Huldenberg in zweyerley Fragen ein: 1. Ob überall mit einer Sicherheit könne geſagt werden, daß die von dem Grotio geprieſene omnimoda ac plenaria exemtio Legatorum à Jurisdictione Ejus, ad quem miſſi ſunt,

in dem Völckerrecht ihren richtigen Grund ha⸗
be? und ob 2. geſezt, daß dem alſo ſey, ein
ſolches ſich gleichwohl auf die Stände des
Reichs und die an den Kayſerlichen Hof, oder
ſonſt innerhalb Reichs, geſchickte Geſandt⸗
ſchafften, (dann von denen, welche ad Exte
ros gerichtet werden, iſt dermalen die Frage
nicht, und hätte es damit freylich eine ganz
beſondere Beſchaffenheit,) ſich appliciren
laße?

Das erſtere Membrum und die theſin an
ſich betreffend, ſo haben an der Wahrheit die⸗
ſes Grotianiſchen Aßerti nicht nur vorlängſt
verſchiedene ſtattliche Scriptores gezweifelt;
ſondern es iſt auch daßelbe vor nicht gar langer
Zeit von einem ſicheren Coccejo in einer ge⸗
lehrten Dißertation: de Legato ſancto, non
tamen impuni, ex profeſſo widerlegt und
darinn mit gutem Grund gewieſen worden,
daß alles dasjenige, was in den alten Grie⸗
chiſchen und Lateiniſchen Hiſtorien von der
Sanctimonia Legatorum zu befinden, und
auch ſo gar die neuere Gebräuche derer Völcker
mit ſich bringen thäten, a potiori diejenige
Geſandtſchafften angehe, welche, das Band
des Friedens unter Völckern zu beveſtigen,
abgeſchicket wären, und beſtehe dieſelbe in ei⸗
ner Inviolabilität derer Geſandten, vor aller,
nicht allein ungebührlichen, ſondern auch der⸗
jenigen Gewalt, welche ſonſt ein Freund dem
andern licite zu thun berechtiget wäre; auch
ſeye dieſe Sanctimonia und Inviolabilität
nicht

nicht etwa auf den unſicheren Boden eines Juris Gentium voluntarii gegründet, (als durch welches die freye Potenzen nicht länger, als ſie ſelbſt wollten, obligirt werden könnten;) ſondern beruhe in einer weit höheren Verbindlichkeit des natürlichen Rechts ſelbſten; wie ein ſolches mit mehrerem ſelbſt von dem Puffendorff de jure Nat. & Gent. L. 2. C. 3. §. 23. gezeiget worden.

(Was hier weitläufftig weiter hievon folget, will ich, weil es zu der unter Handen habenden Frage nichts beyträget, ganz übergehen.)

Und was haben die Reichsſtände nöthig, ihrer Geſandten Wohlfahrt und Sicherheit auf ein zweifelhafftes Jus Gentium voluntarium zu ſezen; da ſie darüber weit kräfftigere und ſpeciale Verſicherung in der geſchworenen Wahlcapitulation und anderen Reichsgeſezen vor ſich finden? Wie können ſie von ihrem allerhöchſten Oberhaupt vermuthen, daß Selbes Sich der Gerichtsbarkeit über ihrer Geſandten Perſonen zu Verhinderung Dererſelben Angelegenheiten mißbrauchen werden, da Sie, die Principalen ſelbſten, Ihrer Kayſerlichen Maj. allerhöchſten Jurisdiction und Sorgfalt Deroſelben Land, Leut, und noch ein mehreres, anvertrauen müßen, auch ohne das (wenigſtens licite,) nicht bemächtiget ſind, andere Abſichten, Rathſchläge und Negotiationen zu führen, als die da Ihrer Röm. Kayſerlichen Maj. Ehre, Nuzen und Wohl-

 fahrt

fahrt nicht zuwider, oder, mit einem Wort: ihren abgeſchworenen theuren Pflichten gemäß ſind? Worzu nuzen ferner ihnen die übrige Grotianiſche Fictionen, da nemlich die Geſandte mit ihrem Herrn vor einerley Perſon gehalten, und gleichſam extra Territorium Deßen, an den ſie geſchicket werden, befindlich zu ſeyn geachtet werden müßten, wenn Derjenige, der ſie abgeſchickt, ſelbſt unter der Kayſerlichen Jurisdiction ſtehet, und, er ſeye im Reich wo er wolle, ſich niemal eine Fiction einbilden darff, als ob er außer dem Kayſerlichen Gerichtszwang lebte, folgbar ſeinem Repräſentanten per fictionem nicht mehr beylegen könne, als er, der Repräſentant, in veritate ſelbſten hat, oder jemals gehabt hat; welches dann auch die Urſach iſt, warum der vom Huldenberg ſecundo loco allegirte Kulpis Cap. 21. §. 5. in dieſem Punct abermal von ihme abgehet, und gerne zugiebt, daß an dem Kayſerlichen Hof der Obriſthofmarſchall, zuweilen aber auch der Kayſerliche Reichshofrath die Jurisdiction über die Abgeſandten derer Stände zu exerciren pflege; ſolches auch, daß es derer Reichsſtände Meinung ſelbſt niemahls anderſt geweſen, aus ſelbſt-dero eigenen Monitis ad Capitul. Leop. ad art. 41. genugſam wahrzunehmen iſt, in verbis: „Und ſollen ſo wohl „derer Stände Reſidenten und Agenten NB. „von Unſerer Landesregierung, und anderer „Gerichten und Beamten, Jurisdiction, auch, „ſo

„ſo viel die Obſignation, Inventur, Editio„nen derer Teſtamenten, Verſorgung ihrer „Kinder und deren Tutel, u. d. betrifft, ꝛc. „befreyet ſeyn.„ Mithin nichts klärers ſeyn kan, daß, da ſie ihre Geſandtſchafften allein von denen Landesherrlichen und andern Oeſterreichiſchen Mitteln zu befreyen verlanget, durch dergleichen Ausnahm die Regel in caſibus non exceptis nur mehrers befeſtiget, auch die Gerichtsbarkeit dererſelben Reichsmittel über dieſelbe ipſo facto erkennet und eingeſtanden worden. Es gehöret ferner hieher der von dem Herrn Obriſthofmarſchallen angezogene, unter Autorität einer Kayſerl. Commißion errichtete Receß von 1614. worinn dem Reichserbmarſchall die Jurisdiction über die Reichsſtände und Dero Geſandten, auch fremder Potentaten Diener und Geſind, zugeſtanden worden; manifeſto indicio, daß ſolches auch keineswegs dem Kayſerl. Hofmarſchallamt könne verwehret werden. Ingleichem befindet ſich bey dem Gylmanno Symphorem. Tom. 3. Legatus. da ſuper violatore Legationis Mandatum S. C. in Camera geſucht, und ein abermalig- ſolennes Zeugniß gegeben worden, daß, ſo lange man mit einander in una Republica, und nicht inter diverſas Gentes, lebt, ſich weder gebühre, noch nöthig ſeye, die Immunitates Legatorum aus dem Völckerrecht zu vertheidigen; (als welches auf den Weigerungsfall keinen andern Ausſchlag, als die Waffen, hat;)

hat;) ſondern daß ſolches durch weit gelindere und mehr ſichere Wege geſchehen könne: welches denn auch ſelbſt erkennen muß der angeführte Wicquefort, (ohnerachtet er ſonſten das Geſandtſchafftsrecht derer Stände in vielen Dingen weit über die Gränzen der Reichsverfaßung hinaustreiben will,) indem er ſelbſt geſtehet, (vid. L. 1. Sect. 27. § 582.) daß die Geſandten derer Stände welche auf den Reichstag, (oder vielmehr deren, welche an den Kayſerlichen Hof,) gehen, ihre Sicherheit nicht ex jure Gentium, ſed fide publica, zu ſuchen hätten.

Ad 2. Daß ſonſt der von Huldenberg vermeinen will, es werde leichtlich kein Hof zu finden ſeyn, welcher einem Geſandten, (wie ihm geſchehen,) zugemuthet habe, über die Verlaßenſchafft ſeiner Eheconſortin einen andern, als ſeinen Herrn, zum Richter zu leiden, oder darüber eine Sperr zu erwarten; darinn ſcheinet er ganz und zumahl unrecht daran zu ſeyn, indem ja leichtlich zu finden, daß in dem Caſu, darinn man ſeinethalben begriffen iſt, da nemlich er eine wohlbemittelte Euer Kayſerlichen Maj. landesherrlichen Obrigkeit unterworffene, aus Dero Kayſerlichen Erblanden gebürtige, Perſon geheurathet.

Ad 3. & 4. Dieſes aber iſt faſt nicht zu ertragen, daß man jezo neuerlich anfangen wolle, die jura Legatorum derer Chur- und Fürſten des Reichs mit denen Kayſerlichen in

eine Gleichheit zu ſtellen, und den Schluß machen will: Weil Euer Kayſerlichen Maj. Geſandtſchafften bey denen Herrn Churfürſten alle Freyheit und Exemtion genießen thäten; ſo wären Sie ſchuldig, denenſelben dergleichen widerfahren zu laßen: Da doch mit wenig Nachdencken zu begreiffen iſt, was vor ein Unterſchied ſey zwiſchen einem Geſandten, der von dem höchſten Oberhaupt an die Stände des Reichs geſchicket, und einen Kayſerlichen Characterem repræſentativum intra fines Imperii & Regnorum ſeines allerhöchſten Ablegantis auf ſich hat, wie v. c. die Vicekönige, Kayſerliche Commißarii, und in das Reich verſchickte Kayſerliche Geſandte oder Abgeſandte, tragen, und einer Geſandtſchafft oder Abgeſandtſchafft, die da an das Oberhaupt gerichtet wird, und wie inſonderheit der ſupremus Mittens ex juribus ſupremis & majeſtaticis, quæ poſt Electionem in Ipſo tantum & unice reſident, befugt ſeye, dieſes allerhöchſte Vorrecht, ſo Er proprio jure mit allen freyen Reichen gemein hat, ſelbſt zu vindiciren, ſo gar die an ſeinem Vicekönig, Geſandten, Commißariis, oder anderen Repräſentanten, von ſeinen Vaſallen und Unterthanen erleidende Beſchimpfung als ein Crimen læſæ Majeſtatis anzuſehen und zu beſtraffen habe; wovon eine merckwürdige Obſervation zu finden in vorangezogenen Leti Ceremonial P. 1. L. 1. fol. 129. - - - Da hingegen es mit denen Abgeſandten derer Stände

des Reichs, welche an ihrer Principalen allerhöchſtes Oberhaupt geſchicket werden, und ſich in dergleichen Prätenſion ſezen, die Beſchaffenheit hat, daß die Ablegantes ſelbſten allen ihren darunter führenden Splendor bey jedesmahl regierenden Kayſern von Zeiten zu Zeiten ſelbſten geſucht, und bald in dieſem bald in jenem zu vermehren gebetten, zuweilen auch ein mehreres, als ſie vorhin gehabt, erhalten, zuweilen aber auch wohl eine abſchlägige Antwort bekommen, und allenthalben ſelbſt bekennen müßen, daß ein Röm. Kayſer die Brunquell ſey, daraus alles dieſes gefloßen und noch herfließet; wie denn aus der Teutſchen Hiſtorie bekannt iſt, daß die Legationes Statuum, qua Singulorum, an die Röm. Kayſer nicht viel über die Zeiten des Maximiliani I. hinauf lauffen, wo ſolches zum erſtenmahl durch ſolenne Pacta befeſtiget worden; da ſonſten man ihrer Seiten, (außer was in Aurea Bulla von denen Churfürſten zu finden,) bey vorfallenden Begebenheiten ihre perſönliche Stellung vor dem Kayſerlichen Thron begehret, und ihnen ungern, durch Mittelsperſonen mit dem Kayſer zu handlen, erlaubet hat: Und als nach der Hand die Geſandtſchafften derer Chur- und Fürſten an den Kayſer aufkommen, und mehrers gemein worden; ſo hat man doch Dero Geſandtſchafften nicht eben wie diejenigen, die ab Exteris kommen, tractirt, ſondern pro Domeſticis gehalten, die ſich gleichſam in Do-

mo

mo Patris befinden thäten, und bey weitem nicht dasjenige Ceremoniel, was fremden freyen Potenzen geſchiehet, zu begehren haben: Dahero dann von dem bekannten Kulpis die Sache weit beßer, und denen Geſezen des Teutſchen Vaterlandes gemäßer, eingeſehen worden, da d. l. C. 2. §. 15. er folgendes merckwürdig anführet: Solent quoque, quæ juribus ſummæ poteſtatis independenter continentur, v. c. jus Legationum, Inferioribus interdum communicari; quod genus Legationum ratione effectuum quidem utrosque Legatos in plurimis fere æquiparare videtur, cum quoad vim juris differentia ſatis magna remaneat: Illi enim, qui pleno & proprio jure iſtam facultatem habent, eam cum omnibus connexis & ſolennitatibus poſſunt exercere, nec Ceremoniæ novæ, quas ſubinde tempus inducit, quibus alii Magnates utuntur, iisdem poſſunt denegari, nec actus poſſeſſorios producere tenentur, multo minus jura ſua ſolo non uſu cenſentur amittere: Quæ omnia ſecus ſe habent apud eos, qui privilegio quodam ac jure dependenti ejusmodi facultatem ſunt conſecuti. Hi enim extra conceſſionis terminos, aut (ſi hi non extent,) poſſeſſionis & exercitii non interrupti, nihil ſibi poſſunt attribuere, ſed, ubi quid amplius prætendunt, probationibus opus habent.

Was ferner die in dem ad 5. 6. 7. 8. enthaltene, guten Theils zuſammenfließende,

Puncten betrifft; ſo kan zwar dem von Huldenberg ex Actis publicis wohl unverborgen ſeyn, wie man am hieſigen Kayſerlichen Hof niemals in Abrede geweſen, zwiſchen den Abgeſandten freyer Könige und der Vaſallen des Reichs einen Unterſchied zu machen; ſo gar, wenn ſolche in Einer Perſon zuſammen treffen: Allermaßen bey Londorpio der Länge nach zu ſehen, wie, als 1662. der König in Schweden eine anſehnliche Geſandtſchafft anhero geſchickt, und vor dieſe einen ſolennen Einzug begehret, man ſolches ſchlechterdings abgeſchlagen; unter dem Vorwand, daß Er hier nicht die Figur eines gecrönten Haupts machen könne, nachdem ſeine Geſandtſchafft zur Lehenempfängniß und einem actu Submiſſionis anhero käme; welches denn auch die Herrn Churfürſten NB. ſelbſt ſo, und nicht anders, (autore Comitiol Ratisb.) gehalten: Denn als 1653. die Schwediſche Geſandten ſich zu Regensburg legitimirten, und vorgaben, daß ſie nicht nur den Herzog von Bremen, ſondern auch den König, repräſentirten, und alſo in ihrer Wahl ſtünde, was ſie vor einen Character annehmen wollten; ſo blieben ſie bey dem Königlichen, und prätendirten, als Königliche Geſandte, die erſte Viſite auf die Notification, den Vorgang vor denen Churfürſtlichen und Titul: Excellenz; deren keines aber ihnen die Herrn Churfürſten zugeſtanden, ſondern ſie als Bremiſche Geſandten tractirt, ſo ſie ſich auch endlich mußten gefallen

gefallen laßen; ob ihnen ſchon von Brandenburg, aus andern particulier-Abſichten, wollte gefüget werden. Und dieſen Unterſchied wird der von Huldenberg nicht aufheben, er mag gleich das jus Legationis ex jure Potentatus, Libertatis Statuum, oder Superioritate territoriali, hernehmen: Denn was anlanget das jus Potentatus, als eine Brut des Fürſtenerianiſchen juris Suprematus; ſo läßt man darüber den von ihm allegirten, ſub ficto nomine verborgen liegenden Preußiſchen Juſtinum Presbeutam de Legat. ſtat. Imp. ſeine Gedancken eröffnen, bey welchem §. 138. folgendes zu finden: Ex virium præſtantia, niſi diverſitas Status accedat, novum jus oriri, omnino abſurdum eſt. Neque enim, ſi hodie quidam Milo Crotoniades integrum taurum humeris portare, mox pugno mactare, & tandem una cœna ſolus aſſumere poſſet, jure quis eum crederet hoc ſolo aliis dignitate & honoribus præſtantiorem, ſed profecto, niſi alia acceſſerint, nec Senatorii ordinis eam ob rem dignus habetur. Gleiche Beſchaffenheit hat es mit der Libertate Statuum und denen Präeminenzen, die da in die jura majeſtatica einzutretten ſcheinen; als welche allzumahl, wenn ſie nicht in eine Licenz und diſſolutionem Corporis hinauslauffen ſollen, unter der Dependenz und Direction des höchſten Oberhaupts ſtehen und exerciret werden müßen; wie ſolches unlängſthin in einem gelehrten Tr. de Libertate Sta-

tuum Imperii mit mehrerem gezeigt, zum Theil auch vorlängſt von erwehntem Kulpis de Leg. ſtat. C. 8. n. 14. mit folgenden Worten wahrgenommen worden: Ne penitus ſumma rerum autoritas Imperii Romani concideret, publicis Legibus ita proſpectum eſt, ut, quod Ordinibus in totum negari non poterat, certis tamen limitibus circumſcriberetur; adeoque Bella eorum, Fœdera, Legationes, & ſimilia Commercia publica, non Gentium jure, prout in Principibus plane liberis ſe res habet, ſed Conſtitutionibus quibusdam ac juribus Imperii regerentur, ne Imperio, vel Imperatori, aut etiam aliis, damno forent. Weil aber der von Huldenberg gleichwohl an Seiten derer Herrn Churfürſten den ſtarcken nexum fidelitatis, obedientiæ ac venerationis gegen einen jedesmal regierenden Kayſer erkennet, und am mehreſten dahin zu incliniren ſcheinet, daß das jus Legationum derer Stände aus derſelben juribus Superioritatis herfließe; ſo will man ſich zwar mit dem nicht aufhalten, daß die Worte des Lehenendes, worauf der vorerwehnte nexus ſich gründet, einen guten Theil kräfftiger in der Formul lauten, und mehrers in ſich halten, als in dieſem Latein enthalten; ſondern man nimmt allein aus ſeinem Præſuppoſito vor bekannt an, daß das jus Legationum unter die jura Superioritatis territorialis ſublimia gehörig ſey: Alldieweilen aber unter allen juribus Superioritatis

kein

kein einiges zu erfinden iſt, welches nicht dependenter von einem Röm. Kayſer exerciret würde, und unter Dero allerhöchſten Gerechtigkeit (Gerichtbarkeit) ſtehet; als glaubet man, daß darunter dem juri Legationum & Legatorum nichts beſonderes zu machen ſey, und folgbar weder der Herrn Chur- noch Fürſten Geſandten ſich allhier mit denen Königlichen alſo ſchlechterdings in eine vollkommene Gleichheit ſezen können; es wäre dann, daß durch die nachherige Reichsverfaßung, und ſonderlich den Art. 3. Cap. Cæſ. Denſelben, wenigſtens ſo viel die Herrn Churfürſten betrifft, etwas ſpecielles beygelegt worden: Einfolglich kommt am Ende die Hauptfrage darauf an: Ob denn ſolches, (wie der von Huldenberg vermeinet,) alſo in der That in vorangezogenem Art. 3. Capitul. Cæſar. befindlich oder mit Beſtand zu eruiren ſeye? Deßen Worte lauten alſo: „Und nachdemmahlen - - - wie „denen Königlichen Geſandten, gegeben werden.„ Unerachtet darinn die mehreſten derer Herrn Churfürſten ſelbſt, oder wenigſtens ihre Geſandten, ganz anderer Meinung geweſen: Denn als 1653. ſich die Chur-Brandenburgiſche Geſandtſchafft auf dem Reichstag beſchweret, daß Oeſterreich unter denen Primariis und Secundariis keinen Unterſcheid machen, und allen gleiche Ehre und Titul behaupten wolle; ſo hatte die Chur-Sächſiſche Geſandtſchafft, und mit ihnen die Mehrere von denen Uebrigen, ſich darwider vernehmen

laßen:

laßen: „Gegen die Königliche und der Re-
„publiquen Geſandten könne man auch mit ih-
„nen umtretten: Aber NB. gegen die Cæſa-
„reos nicht: Quo magis enim Electores Ca-
„put ſuum venerentur; eo magis ſe Digni-
„tati ſuæ propriæ conſulere.„ Und ferner, als die Churfürſtliche Geſandte ſchon 1645. in Pace Weſtphalica zum erſtenmal den Titul: Excellenz prätendirten; ſo hat die Brandenburgiſche Geſandtſchafft dagegen ſolches ungern geſehen, und unter anderem folgendes eingewendet: Jamante Principes queri, Electores faſtigium ſuum juſto altius tollere, non ſine depreſſione Principum, eoque curatius hic præjudicium evitari debere, ne forte querimoniarum materia congeratur. Satius fuiſſe, hoc litigium haud unquam motum. Puffendorff rer. Brandenb L. 2. §. 25. item ibid. §. 71. ſuper eadem materia: Electorales titulum (Excellentiæ ſcil.) aſſumſiſſe, non deprimendo Principum faſtigio, ſed ut Reipublicæ Venetæ conatibus obſiſtant, ſuamque Præcedentiam adverſus Iſtam tueantur: Cæſaremque quoque juſſiſſe, eum titulum Electoralibus hoc in Conventu dari, cui Principes reniti non debeant, veluti Fonti Dignitatis & Titulorum. Conf. Puffendorff l. c. §. 29. Hiſt. Brandenb. Indeßen will daraus die Folge gleichſam erzwungen werden, daß, weil in der Capitulation klar enthalten, daß zwiſchen denen Churfürſtlichen Geſandten primi Ordinis, es mögen

gen

gen deren Einer oder Mehrere ſeyn, NB. am Kayſerlichen Hof, auch ſonſt aller Orten in und außer dem Reich, keine Diſtinction mehr gemacht, ſondern allen und jeden gleiche Honores erwieſen werden ſollten: Die Königliche Geſandte aber von aller Hofmarſchalliſchen Gerichtsbarkeit, Sperr, u. d. befreyet wären; ſo könnte man ſolches ihm, dem von Huldenberg, ebener maßen nicht zumuthen: Gleichwie aber ſelbſt in Schulen bekannt iſt, daß zwiſchen denen Parificationibus, welche ſimpliciter, und denen, welche allein ſecundum quid geſchehen, ein großer Unterſchied ſeye; ſo will man nicht hoffen, daß Jemand, der die Reichsverfaßung weiß, dahin verfallen werde, dieſe Parification pro ſimpliciter tali zu halten; maßen damit gar zu viel bewießen werden und dieſes folgen würde, daß die Herrn Churfürſten von allem nexu abſolviret, in die jura Regia eingeſezt, alſo cum effectu denen Königen gleich gemacht, und, mit einem Wort, das bißherige Syſtema Imperii in ein Corpus Confœderatorum verwandelt werden müßte. Nimmt man es aber auf eine Parification ſecundum quid, (wie es denn in der That nichts anders iſt;) ſo müßen vor allen Dingen termini habiles geſezet werden, ehe die hier befindliche Churfürſtliche Miniſtri, und in ſpecie der von Huldenberg, dieſe Vergleichung auf ſich ziehen, und daraus eine ſpeciem novæ & inſolitæ Prætenſionis formiren können; welche ſich aber ſchwerlich finden dörfften.

dörfften. Dann wann man auf den Anfang der Sache ſiehet, und was den Anlaß zu gegenwärtiger neuen Inſertion gegeben; ſo iſt aus denen Actis publicis bekannt, und inſonderheit aus des Zechens Europ. Herold, fol. 191. ſq. der Länge nach zu ſehen, wie, als bey dem Nimweg- und Ryswickiſchen Frieden an Seiten derer Kayſerlichen Geſandtſchafften zwiſchen denen Königlichen und Churfürſtlichen Miniſtris primi Ordinis ein- und andere Diſtinction wollen gemacht, und, bald auf den Fall, da mehr als Einer geſchickt worden, allein dem erſtern die Vorzüge dieſes Characters gegeben, bald aber ihnen der Titul: Excellenz, und bald wiederum etwas anderes, verweigeret worden; dahero dann an Seiten einiger derer Herrn Churfürſten man auf die Apprehenſion gefallen, daß ſolches zu dem Ende geſchehen ſeye, um Sie per indirectum aus dem jure mittendi Legatos primi Ordinis zu ſezen, iſt man ſolchemnach auf vorgedachte Inſertion gefallen. Ob aber dieſelbe ſich nur von weitem auf den gegenwärtigen Umſtand ſchickte, und der von Huldenberg in der Qualität eines Miniſtri primi ordinis legitimiret ſeye, und mit Kayſerlichen und Königlichen Bottſchafftern ſolche Concurrenz habe, darüber die Nothdurfft erforderte, auf dieſen §. der Capitulation zu provociren? daran wird ſehr gezweifelt, auch nicht geglaubt, daß deßwegen dem nexui fidelitatis & ſubjectionis in ordine auf einen Röm. Kayſer etwas

abge-

abgehet, wann er denen Churfürſtlichen Bottſchafftern den Vorzug vor denen freyen Republiquen verſprochen, und, wo es nöthig, behaupten zu helffen, verſichert hat: Ja ſolches iſt aus ganz beſonderen Urſachen geſchehen; weil nemlich die Republiquen bloße Perſonæ morales, zum Theil nicht vor langer Zeit in freye Regimenter erwachſen ſind: Denn ob gleich denen Republiquen ihre Independenz nicht mag in Zweifel gezogen werden, und alſo ſcheinen möchte, daß, wer einem freyen independenten Staat vorgehet, der müßte eben dieſe Qualität haben; ſo folgt doch dieſes nicht, und macht die ſola Independentia keine Dignitatem Regiæ parem; als welche leztere allein perſonalis iſt, und von Niemand, als Perſonis phyſice talibus, getragen werden kan. vid. Scriptum ap. Londorp. T. 1. Actor. publ. L. 1. C. 15. ſo auch gar wohl in Acht genommen worden von dem Puffendorff Jur. Nat. & Gent. L. 8. C. 4. num. 20. in verbis: Quamvis videri poſſit, ac ſi contra rationem foret, quod neceſſario Legatus liberæ Reipublicæ Legato Regis minus potentis, aut noviter exorti, (idem eſt in Electoribus,) cedere teneatur: Quia tamen in Civitate libera nemo reperitur, qui cum Rege (aut Electore,) comparari poſſit, ſed neceſſario per vicariam Dignitatem, Legatos ſcilicet & Deputatos concurri cum ipſis à Republica debeat, in Dignitate vero vicaria tantum ſplendoris, quan-

tum in originaria, neque in Magiſtratibus tantum Dignitatis, quantum in Principibus, eſſe nullatenus poſſit; apparet ſane, omnino Legatum Civitatis liberæ cedere debere cuicunque Regi, (aut Electori.) Einfolglich iſt daraus am Tage, daß es mit dem, was in der Wahlcapitulation de Dignitate Electorum Regibus pari, und dem Vorzug vor freyen Republiquen, gedacht worden, keineswegs die Meinung gehabt, oder auch haben können, die Herrn Churfürſten innerhalb Reichs zu independenten Oberherrn zu machen; ſondern Ihnen allein, aus obgedachten Urſachen, dieſe Prärogativ einer Dignitatis Regiæ paris, in ordine ad Exteros, und ſonderlich der freyen Republiquen zuwegen zu bringen; welches denn Bœcler in Notit. Imp. L. 6. C. 2. n 7. aus denen Schedis des ſeel. Baron von Boineburg, (welcher Chur-Mayntziſche Miniſtre ohne Zweifel von der Abſicht der Kayſerl. Wahlcapitulation genugſame Nachricht gehabt,) in Acht genommen zu haben, ſich ergiebt, in verb. Ut Regibus pares habeantur Electores, denotare, ut ab exteris Regibus & Rebuspublicis liberis pro Celſitudinibus, Serenitatibus, & ſupremis Dominis (Souverains) tractentur; welches auch von denen Röm. Kayſern nicht ungern befördert worden, weilen Dero ſelbſteigene Präeminenz dadurch hervorblicket, je mehr Sie die unter Ihnen ſtehende Stände reſpectu Exterorum hervorziehen laßen.

ad 9.

ad 9. Das Exempel der Chur-Maynziſchen Reſidenten gehöret hieher nicht, weil alle die, deren man ſich erinnert, zugleich Reichs-Taxatores geweſen, folglich von dem jedesmaligen Reichsvicecanzler, als einem würcklichen Kayſerlichen Miniſtro, und zwar mit dem Kayſerlichen Inſiegel, geſperret worden; als unter welchem die Reichscanzley ſtehet, und nicht geglaubet wird, daß man allen dieſen, die zu der Reichscanzley gehören, unerachtet ſie von dem Herrn Churfürſten zu Maynz vorgeſchlagen und zum Theil angenommen werden, in Zweifel ſezen will, daß ſie würcklich verpflichtete Kayſerliche Diener ſeyn und bleiben.

ad 10. Was endlich gegen die angezogene Exempel angeführet worden; da läßet man zwar an ſeinem Ort beruhen: Ob der Unterſchied zwiſchen einem allein einem Herrn zugehörigen Reſidenten und einem, der ex numero Agentium dazu genommen wird, an hieſigem Kayſerlichen Hof ehedem ſo groß geachtet; weil einer ſo wohl als der andere, die Juſtizſachen zu ſollicitiren, keineswegs zu unterlaßen pfleget; abſonderlich der von Huldenberg hierinnfalls nur gar zu bekannt iſt; da in der Reichshofraths-Ordnung zumalen klar zu ſehen iſt, daß die Chur- und Fürſten, welche Dero Geſchäffte in Juſtizſachen an hieſigem Kayſerlichen Hofe durch eigene Abgeſchickte wollen beſorgen laßen, ſolches zwar thun mögen; doch alſo, daß dergleichen Abgeordnete

ſich der Juriſdiction des Kayſers durch deßen Reichshofrath keineswegs entbrechen ſollten; wiewohl auch, wann dieſes alles nicht wäre, gleichwohl in der ſub Nr. 1. beygefügten Deſignation verſchiedene unwiderſprechliche Exempel ſolcher Chur- und Fürſtlichen Geſandten vorhanden ſind, die da weder Agenten geweſen, noch vor Ignoranten paßieret, noch auch ſonſt an Würde und hohem Rang ihrer Principalen Jemanden etwas nachgegeben haben.

Und weil ſolchemnach die Schüziſche Aßerta keine Antwort verdienen, dasjenige auch, was von dem jure de non evocando geſagt worden, bekanntlich ſich auf die jezige Materie im geringſten nicht ſchicket, ſondern von denen Legationibus provincialibus derer alten Römer und ihrer vor der angetrettenen Legation gemachten Schulden und dergleichen Anſprüchen handelt: Hingegen aber die jezo neuerlich erregte Strittigkeiten ſo beſchaffen ſeyn, daß, wann zumal auf dergleichen bedencklichen Principiis beharret und ſolche zu behaupten geſuchet werden wollte, daraus nichts, als allerhand üble Folgerungen, entſtehen dörfften;

So iſt gehorſamſter Reichshofrath der unvorgreifflichen Meinung: Es ſeye

1. des Herrn Fürſten von Schwarzenberg, als Kayſerlichen Oberhofmarſchalls, hierunter Amtswegen genommene Vorſorge und Verfügung allergnädigſt zu approbiren, und

und Selbiger zu errinneren, nicht nur durch-gehends alles dasjenige, was zu Beybehaltung derer Kayſerlichen Vorrechte und allerhöchſten Gerichtsbarkeit über die allhier auch andere befindliche Chur- und Fürſtliche Geſandtſchafften dienet, zu handhaben; ſondern auch, ſo viel ins beſondere den von Huldenberg betrifft, dasjenige, was annoch pro complemento Juſtitiæ vonnöthen, vollends vor die Hand zu nehmen, und zu dem Ende die Ehepacten zu begehren, ein Inventarium über die Verlaßenſchafft der verſtorbenen Abgeſandtin aufrichten, und, was weiter in ein- und anderm der Innhalt derer Ehepacten an Hand geben möchte, bewerckſtelligen zu laßen. Und weilen

2. Die von dem Huldenberg gebrauchte Rationes und Lehrſäze, wann ſolche zumahl ſollten weiter getragen und in Contradictorio zu behaupten geſucht werden, bey jezigen (ohne das ſehr exulcerirten) Zeiten leichtlich, allerhand verdrießliche Folgerungen zu erwecken, Anlaß geben dörfften; ſo erachtet gehorſamſter Reichshofrath, das rathſamſte zu ſeyn, ſo viel immer möglich, dergleichen ſo ungereimt- als gefährliche Controverſien bald Anfangs zu erſticken, und zu dem Ende Euer Kayſerlichen Maj. darob hegendes Mißfallen dem von Huldenberg von einer geheimen Deputation ohngefähr dahin zu verſtehen zu geben: Wie bey nahe nicht abzuſehen wäre, was ihn bewegen könne, ſeine eigene mit dem vorgeben-

den Character nichts zu thun habene Privat-ſache in die publica zu vermengen, und auf ſolche Dinge zu verfallen, wodurch nichts als ſchädliche Neuerungen erreget, und am Ende ihm und ſeines gleichen ſchlechten Vortheil, wie ſehr Sie ſonſt geneigt wären, die Chur- und Fürſten in allen und jeden ihren hohen Juribus ohne die geringſte Bekränckung zu laſſen, geſchafft werden; und würden Sie jedoch ſolche der Kayſerlichen allerhöchſten Autorität nachtheilige Dinge Sich an Ihrem Hoflager nicht vorſchreiben laßen, ſondern verhofften, wollten ihn auch ernſtlich dahin erinneret haben, ſich eines beßeren zu begreiffen, und nicht Anlaß zu geben, daß Euer Kayſerliche Maj. die Sache an ſeinen Herrn zu bringen, und auf ſeine Zurückruffung zu dringen, Urſach nehmen müßten. Was vors

3. den Würtembergiſchen Geſandten von Schüz betrifft; ſo ergiebt ſich aus dem obangeführten Verlauff, daß der von ihm gebrauchte Modus zu einer offenbaren Inſultirung des Kayſerl. Hofmarſchallamts und um ſo empfindlicher ſeye, als ſie vor den Augen des allerhöchſten Oberhaupts geſchehen, und alſo ſich auf keinerley Weiße entſchuldigen, oder ohne üble Nachfolge überſehen laßen will; vermeinet alſo gehorſamſter Reichshofrath: Es ſey demſelben, vermittelſt eines Kayſerlichen Decrets die Frequentirung des Hofs zu verbieten, und ſeinem Principal, dem Herrn Herzog von Würtemberg, zu reſcribiren,

ihn forderſamſt zurück zu beruffen: Jngleichem wäre,

4. der Notarius, weil er ſich zu dergleichen unfertigen Händeln gebrauchen laßen, Andern zum Exempel, auf eine willkührliche Zeit von ſeinem Notariatamt zu ſuſpendiren, und ſein Inſtrumentum Proteſtationis, nach hinweggethanen Amtsſigillen, demſelben durch den Profoſen zerrißener zurück zu geben, und er einen Tag bey dem gedachten Profoſen in Arreſt zu behalten; derer drey Zeugen aber, daß ſie ſich binnen 14. Tagen von hier hinweg-begeben ſollten, durch ein ebenmäßig-Kayſerliches Decret anzudeuten; es wollten dann Euer Kayſerlichen Maj. ſo viel den Gratianum betrifft, denſelben in Anſehung ſeines hohen (bey nahe kindiſchen,) Alters und allerhand Leibesſchwachheiten, mit der Strafe des Profoſen allergnädigſt verſchonen: Weilen aber,

5. (wie ſchon oben bemercket worden,) die Stände in Beſorgniß ſtehen, daß, weil das Hofmarſchallamt auf gewiße Maaße der Oeſterreichiſchen Hofcanzley ſubordiniret iſt, es dörfften dadurch per indirectum ihre Geſandtſchafften unter die Landesherrliche Inſtanzien gezogen werden; als würde nicht undienlich, auch ſelbſt der leztern Kayſerlichen Wahlcapitulation gemäß ſeyn, wenn Euer Kayſerliche Maj. auf eine thunliche Art allergnädigſt zu erklären geruhen wollten, daß es hierunter die vorgedachte Meinung nicht habe,

ſondern daß in all. dergleichen Fällen das Hofmarſchallamt angewieſen ſeyn ſollte, es dahin zu dirigiren, damit die beſchehende Provocationen und Recurſe von deßen Verfügungen nirgends anderswohin, als an den Kayſerl. Reichshofrath, genommen werden;

6. diejenige aber, welche ſich in Judicialia mengen und bey Reichshofrath ihrer Herrn Sachen betreiben wollen, dahin anweiſen, daß ſie ſich, wie vorhin jederzeit geſchehen, bey Reichshofrath legitimiren, und wenigſtens in ſo weit vor Demſelben ſtehen und Weiſung annehmen ſollen.

Welches jedoch alles ꝛc.

Ita concluſum in Conſ. Imp. Aul. 7. Jan. 1715.

Placet in toto, wie auch des Hofmarſchalls Verfahren, welchem diß Referat pro Reſolutione zu geben, und da er, Hofmarſchall, ſchon an die Reichsſtellen in Reichsſachen verwieſen, bleibt im übrigen denen Partheyen der gewöhnliche Recurs: Iſt auch dem Schüz, ohne weitere Vorſtellung, nur die Wegbleibung vom Hof per Hofmarſchall zu befehlen.

Carl.

IV.

IV.
Beytrag zu der Geſchichte und denen Folgen des Smalkaldiſchen Krieges, aus dem Reichshofraths-Protocoll vom Jahr 1550.

§. 1.

18. Jan. 1550.

Confiſcations-Sach. Haubtmann Schertlins güter belangendt. Hat Wolff Haller der Kayſ. Maj. Pfenningmaiſter zu Speyr Ein ſchreiben vberſchickt, darinnen angezeigt. Das er auf der Kayſ. Maj. hievor an Jne ausgangnen Befelch, allem Vleis fürgewendt. alle des Schertling güter zu betrettenn vnnd einzuziehen. Bringt daneben ein: Zway ſchreiben, ains von Hans Sigmund von plenyngen, Das ander von Hanßen von Stainham, Darinnen vermeldet, was der Jeder bey ſich dem Schertling zuſtendig geweßen.

Hans von Stainham vbergibt am Verzaichnus dero güter ſo des gedachtenn Schertling geweſen, aber Jme, vor vnd ehe gedachter Schertling In der Kayſerl. Maj. Vngnad, Acht vnnd Aberacht erkent, geſchenckt worden waren, Mit Anzaig wo ſolche güter Jhme nit für aigen geſchenckt worden waren, wolt er dieſelben nit verhalten, ſondern der Kayſerl. Maj. langſt angezaigt haben. Bitt derwegen ſich bey der Kayſerl. Maj. zu entſchuldigen.

Hans Sigmund von Plenyngen zaigt an In ſeinem Bericht, das er die güter, ſo Schertling zuſtendig, auf weittern Beuelch verwarenn wolle.

Alles einkommen den 5. Jauuary.

§. 2.

die ultimo Martii 1550.

In Sachen der Ro. Kon. Mt contra Wirtemberg. Iſt von den Commiſsarien, ſo zu der Publication der Zeügen ſag verordnet, Relation vnd Bericht, ſambt andern dabey verwahrten ſchrifften Im Hofrath einkomen, vnd darauf verordnet, daß Sy ſambt den beyliegenden ſchrifften zu den Acten gelegt, vnd den Commiſsarien wiederumb geſchrieben werden ſolle, vf manning wie nachfolgt

Auff den Abſchide vnd Relationes, ſo ſy die Commiſsarien In ſolcher Handlung, Irer Mt. zugeſchickt, Laße es Ir Maj. fürgewendter Einrede vnuerhindert, bey beſchehener Publication, vnnd Irer der Commiſsarien Handlung.

Zum andern, ſo wolle Ir Maj. den Artickl Irer hieuor ausgangnen Commiſsion von dem Termin meldend, derwegen zwiſchen den Partheyen ſtrit eingefallen, zu allen Vberfluß dermaßen, daß ſolcher Termin zu excipiern reden vnd handlen, wider der Zeügen Perſonen vnd ſage, auch wider angeregte brieuliche vrkund, verſtanden, vnd von dem 19. Tage Marty nechſtverſchinen, gerechnet werden ſolle, declariert vnd erleutert haben.

Zum

Zum dritten ſey Irer Maj. Beuelch, daß Sy die Partheyen, vber dieſen eröfneten Beſchaid ainichen weittern Proceß oder Handlung vor Inen den Commißarien nit geſtatten, ſondern wes ſie die Partheyen hinfüro weitter anzupringen oder zu begehrn, Sy derhalben an Irer Maj. houe, der ſachen, wie ſich gepürt, auszuwarten, remittirn und weißen.

Zum vierdten, das Sy die Notel der Zeügen ſage, ſambt andern Vrkunden, ſo uil deren für ſy die Commißarien gebracht, bey Irer Maj. Cammer gericht widerumb bis auf Irer Maj. weittern Beſchaid hinderlegen.

§. 3.

14. Apr. 1550.

Kriegsvolck ſo auf den Augſpurgiſchen Reichstag beſtellt, belangend. Seind Beſtallungs Brief auf Graue Johanſen von Naßau als Obriſten auf vier Vendlein Fuesknecht gefertigt.

Desgleichen auf vier Vendlein Knecht der Artickel Brieue in forma conſueta.

Item auf vier Haubtleuth. Hans Neüching: Georg von Gumpenberg. Hauptmann Gillig vnd Erasmus Vaſl. Jeden inſonderhait ain Paßport vnd Patenden vmbzuſchlagen.

Item Stat des Oberſten.

Item Beuelch an die Stat Giengen, als bey denen der Muſter Plaz benent das ſie ſich mit

mit Profiand, herberg vnd andern, was zu erhaltung des Kriegsuolcks dienlich gefaſt machen.

Idem ad Ducem Wirtembergenſem.

§. 4.

4. May 1550.

Confiſcation- und Rebellion-Sach, belangend, Valentin Georgen vnd Eberharden Grauen zu Erbach vnd Philipſen Grafen zu Reineckh.

Soll Doctor Georg Sigmunden Selden beuolhen werden, dieweil die gedachten Grauen von Erpach vnd Reineck, auf der Kayſerl. Maj. Citation Jrer Rebellion halben an ſy ausgangen, ſich weder in Vertrag eingelaßen, noch auch in angeſezter Zeit vermöge der Commißarien Beſchaid von Jrer Maj. erſchienen, So ſey Jr Maj. bedacht, derſelben Güeter als Jrer Maj. heimgefallene Güeter einzuziehen. Dieweil aber Jr Maj. bericht, das der mehrere Thail ſolcher güter von den beeden Churfürſten Mayntz vnd Pfaltz vnd dem Biſchoue zu Würtzburg zu Lehen rühren. So ſey Jrer Maj. Beuelch, mit gedachten Chur- vnd Fürſten, Jn Jrer Maj. nahmen zu handlen vnd ſolche güter für 60. tauſend gulden anzupieten. Wo aber Jr gelegenhait nit ſeyn wolt, ſich derhalben in handlung einzulaßen, ſo müſt Jr Maj. vf andere Weg bedacht ſein, vnd die ſach dahin befürdern, damit Jr Maj. zu

Jrer

Irer Ankunfft zu Maynz ein entlich zuverläßig Antwort bekommen möge.

§. 5.

Cal. Jun. 1550.

Vlrich Herzog zu Wiertemberg pitt der Kayſerl. Maj. wolle fürſehung thuen, damit er durch das Kriegsuolckh ſo Jezo in ſeinem Fürſtenthumb auf die Muſterung laufft vnd die Vnderthanen vergweltigen, beſchedigen vnd beſchweren nit alſo betrangt werde.

Darauf iſt verordnet, dem Herzogen wider zu antworten, Wiewol Ir Maj. Irem Oberſten dem von Naßau nit beuolhen, ainigen Knecht außerhalb der vier Fendlein, ſo Ir Maj. in Irem Dienſt annemen laßen, zu beſtellen, wie dann Ir Maj. verhofft, das die übrigen Knecht, ſo jetzo Inn ſeiner Fürſtlichen gnaden Land hin vnd wieder lieffen, ſich ſelbs nach der Muſterung zertrennen vnd verlauffen würden. So hab doch Ir Maj. weitter beſchwerung zu fürkommen, Ihre ernſtliche Mandata an das Kriegsuolck ausgeen laßen, darinn Ihnen bey ſchweren Peenen gepotten, daß ſich die, ſo nit beſtellt, innerhalb 3. Tagen aus ſeiner Fürſtl. Gnaden Fürſtenthumb machen ſollen. Wo dann ſolchs nit geſchehe, ſo ſey Ir Maj. zwar nit zuwider, das S. Fürſtl. Gnaden alsdann vermög des Jüngſten zu Augsburg aufgerichten abſchids vnd auf die Peen in der Ordnung verleibt, wider ſolche Knecht verfare vnd handle. Des-

Desgleichen ſeind auch ettliche Mandat an die Teütſchen Haupt-Beuelchs vnd Kriegsleüth im Fürſtenthumb Wiertemberg verfertigt worden, das die Knecht, ſo in Jr Maj. Beſtallung nit ſeyen, ſich innerhalb 3. Tagen one alle Beſchedigung vnd Beſchwerung des Fürſtenthums Wiertemberg deßelben Vnderthanen vnd Hinderſaßen zertrennen vnd aus dem Fürſtenthumb Wirtemberg machen, bey Peen vnd Straff, In der Jüngſt zu Augſpurg verfaßten Ordnung der Herrnloſen Knecht halben begriffen.

Dieſer Mandat ſeind vier Exemplaria gefertigt worden, ſub dato Lovanii cal. Jun. 1550.

§. 6.

11. Jun. 1550.

Confiſcations - Sach Vogelſpergers güeter belangend.

Soll Wolffen Haller Pfenningmaiſter geſchrieben werden, vnd beuolhen werden, Sebaſtian Vogelſpergers heüßer vnd anders liegende oder bewegliche güter, ſo zu Weiſenburg noch vorhanden, zum beſten es immer möglich zu verkauffen, vnd das Gelt, ſo daraus gelöſt, bey Jhme bis auf der Kayſerl. Maj. fernern vnd ſondern ausdrücklichen Beuelch zu behalten, Vnd im Fall daß der Rath zu Weißenburg etwas an heüßern oder güetern dauon zu kauffen begert, das ſoll Jnen, (ſo ferr ſy darumb andern gemes

vnd was pillich iſt thuen wollen) vor andern gelaßen vnd alsdann gedachts Vogelspergers ledigen Kinds, Armer Freündt vnd der ſchulden halber, ſo noch zu Weißenburg ſeinethalb vnbezahlt außenſteren, welcher aller gelegenhait er ſich aigentlich erkundigen vnd Ir Maj. berichten ſoll, ferner beuelch der gepüer nach gegeben werden.

§. 7.

24. Jun. 1550.

Confiſcation-Sach die Grafen Erpach vnd Reineck belangend.

iſt beuolhen worden, den Chur vnd Fürſten Maynz, Pfalz vnd Würzburg auf das Schreiben, ſo ſy der Kayſerl. Maj. vberſchickt, zu antworten, laut der Verzeichnus, ſo Derſelbe vbergeben, des Innhalts: Das ſie ſich auch hieuor durch Doctor Selden mit Iren Cur vnd Fürſtl. Gnaden gepflegne Handlung nochmalen mit vnverzüglicher zuverleßiger Antwort gegen der Kayſerl. Maj. vernemen laßen.

§. 8.

3. Jul. 1550. Ulmæ.

Spaniſch Kriegsuolck im Fürſtenthumb Wirtemberg - - - Seind einkomen allerlay Beſchwerungen vnd ſchriften, ſo von dem Herzogen zu Wiertemberg vnd Seiner Fürſtl. Gnaden Vnderthanen wider das ſpaniſch Kriegsuolck vnnd herwiderumb das Spaniſch Kriegsuolckh wider den Hertzogen vnd ſeine

Vn-

Vnderthanen vor dem Kayſerl. Commißarien Gerardo Veldwicken fürbracht, Inhalt des Inventarii oder Verzaichnus ſolcher ſchrifften, ſo ad acta gelegt, Vnnd die ſchrifften dem Alcalde, ſich weitter darauf haben zu erkundigen, zugeſtelt worden.

Vnd ſeynd darauf Credentiales an den Hertzogen zu Wiertemberg für dem Alcalde zu fertigen beuohlen worden, vnnd dem Alcalde die Beſchwerungen vnd ſchrifften darauf zugeſtelt worden.

§. 9.

14. Jul. 1550.

Spaniſch Kriegs-Volck im Fürſtenthumb Wirtemberg belangend. Soll Hertzog Vlrichen zu Wiertemberg geſchrieben werden, wie die Kayſerl. Maj. Jme vor langer Zeit geſchrieben, damit die geringen Pferde vnderkomen, dieweil aber ſolches noch zur Zeit nicht geſchehen, ſo ſey nochmals Jrer Maj gnedig geſinnen, daß er demſelben nachſetze, wo nit ſo würde Jr Maj. verurſacht, ſelbs ſy an einen gelegenen Ort zu legen.

§. 10.

28. Jul. 1550.

Vlrich Hertzog zu Wiertemberg Antwortt auf der Kayſerl. Maj. Beuelch hieuor am 14. Julii dieſes 50. Jars des Kriegsuolcks halben an Jne ausgangen, mit angehengter Pitt, die Kayſerl. Maj. wolle In Betrachtung der äußerſten Not vnd Verderbens ſeiner Vnderthanen, darein ſie durch das Kriegsuolck

ge-

gefüert, ſein mit dem Kriegsuolck verſchonen, vnd daßelb andern hinlegen.

Soll bey der Cantzley verwart werden.

§. 11.

6. Sept. 1550.

Henrich Reuß von Plauen Erbeut ſich, da Ihme die Kayſerl. Maj. ſeine eingezogene Güeter wiederum volgen laße, daß er alsdann alle Reichs Anlag gehorſamblich erlegen vnd laiſten wolle, Pitt vmb ſchrifftlichen ſchein ſeines gehorſamen angebens bey der Kayſerl. Maj. damit der Fiſcal nit wider Ine als einen vngehorſamen procedire.

Soll dieſe Supplication für gemaine Stend gewieſen ſein.

§. 12.

17. Sept. 1550.

Kriegs-Sach. Spaniſch Kriegsuolck im Fürſtenthum Wirtemberg, iſt beuolhen worden, dem Herzogen von Wirtemberg zu ſchreiben, daß er denn Spaniſchen Reütern, ſo vnder dem von Arce in Schweinsperg gelegen vnd mangelhalben des Proviants lenger nit da ligen können, andere leger eingebe.

§. 13.

ult. Sept. 1550.

Bernhard Fuchs auf die Articel, ſo Graf Johanſen von Naßau zugeſtellt, ſeinen Bericht darauf zu geben, iſt Graf Johanns erſchienen, vnd hat ſich ettwas mit Trutz vernemen laßen, Er befremdte ſich, daß man ſich in dieſem Rath der Kriegs-ſachen belade, ſo doch der Oberſt Veldt Hauptmann vnd an-

dere Befelchs leuthe die in dergleichen ſachen zu handlen haben vor welche dieſe ſach gehörig, bey der Handt. So hab Er auch der Kayſerl. Maj. austrückenlichen Beuelch, ſich vor den Räthen nit eintzulaßen, vnd ſeyen hieuor auch zwo Reſtitution ausgangen, die hab Jr Maj. beuolhen zu caſſiren, denn Jr Maj. hab kain Wißens darumb gehabt ꝛc.

Darauf iſt Jme zu Antwort gegeben: Jr Maj. hab mein gnädigen Herrn, den Churfürſten zu Mayntz als Preſidenten, desgleichen mein gnädigen Herrn von Kempten ſamt andern Herrn Rethen dahin verordnet: daß ſie ſollen Jhre Maj. auf alle ſachen, die für ſie kommen, Jr rechtlich bedencken antzeigen, dem ſie ſich auch alſo nachzukommen ſchuldig erkendten, vnd damit ſolches in dieſer ſach auch geſchehe, ſo hette man Jhme die Articl zugeſtellt, ſein Bericht darauf zu geben, damit man Jr Maj. um ſo uil deſto ſtattlicher berichten mög, wölle er den geben, ſo hab es ſeinen Weg, wo nit, ſo werde man dannocht der Kayſerl. Maj. des Raths Bedencken auf des Supplicanten bittlich begern anzuzeigen nit umbgeen. Sonſt wiße man ſich wol zu erinnern, daß man ſich in Sachen, ſeinen Beuelch vnd Ampt belangend nit einlaßen ſolle. Aber in andern Sachen, da die Partheyen vmb Recht oder Gnad anſuechen, hab man der Kayſerl. Maj. allwegen bey allen Oberſten auf der Partheyen Anſuechen des Raths Bedencken eröffnet, vnd iſt alsdann bey Jrer Maj. geſtanden, Jrer Gelegenhait nach darauf

auf zu verordnen. So wiße er ſich zu erinnern, daß Irer Maj. die hende nit gepunden ſeyen, in dieſer und ander hohen ſachen Gnad vnd Reſtitution zugeben, Ir, auch ainen vom ſtrick am Galgen zu erledigen, wie er dan ſich zu errindern, daß dergleichen Reſtitutiones, hieuor bey ihme vnd andern Obriſten verferdigt worden, oder da die ſachen ſtrittig, durch die Rethe oder andere, ſo Ir Maj. darzue verordnet, erörtert worden ſeyen, wie er dann ſelbs auf rechtgehaltnem Reichstag alhie vor dieſem Kayſerl. Hofrathe gegen dem von Gumpenberg in Irrung geſtanden; So hab auch Ihr Kayſerl. Maj. durch die Hofrethe die Sach zwiſchen Diego Salapart vnd den Grafen zu Trilar verhören laßen, vnd nachmals der Regierung zu Inſprugg zu erörtern beuolhen. So wiße man von ſeinem berüembten Beuelch gar nichts, noch vil weniger, daß die Kayſerl. Maj. beuolhen, die vorigen Reſtitutiones zu caſſiern, dan es ſey derhalben an die Rethe nichts gelangt. Wo aber Ir Maj. ain anders beuolhen, dem wert man der gepür nachzuſetzen wißen; Zudem ſo wüſte er, daß ſich dieſe Sach zu Ulm zugetragen, nun ſey daßelb Regiment zertrennt vnd ſein Befelch erloſchen, vnd aller Gwalt der Kayſerl. Maj. widerumb heimbgefallen, darumb er dann in der Sachen vmb ſo uil deſto weniger numer zu ſchaffen habe. Sondern ſtee bey Irer Maj. ob ſie den Supplicanten begnaden wöllen oder nit, das hab man Jme alſo beſter mainung anzeigen wollen, vnd da-

neben haimbgeſtellt haben. Ob er den Bericht, wie begert, geben wölle, damit man die Kayſerl. Maj. vmb ſo uil deſto beßer perichten möge, vnd ſich Irer Maj. gnädigen Beſchaids erholen. So hab er zu gedencken, was in dieſem Rath geſchehe, das geſchehe durch die Kayſerl. Maj. ſelbs. Alſo daß Ir Maj. daßelb pfleg zu undterſchreiben vnd fertigen zu laßen. Dieweil dann Ir Maj. nit ainer jeden Sach ſelbs aufwarten könndte. So hette Ir Maj. für guet angeſehen, ain Rath zu uerordnen, der die ſach, ſo für ſie komen vnd zum meren Tail durch Ir Maj. ſelbs dahin geſchickt worden zu erwegen, vnd Ir Maj. Ir rechtlich Bedencken darauf anzutzaigen.

Darauf der Graf repliciert: er hab austruckenlichen Beuelch empfangen, von dem Duca von Alwa, daß er ſich für den Rethen nit einlaßen ſolle. So hab ſich auch die Kayſerl. Maj. vernemen laßen, die vorigen zwo reſtitutiones zu caſſiern, darumb wiße Er von ſolchem ſeinem Beuelch nit zu ſchreitten, dartzue ſo hab der Supplicant in mer dann ein Weg, wider den Articl brief gehandelt vnd ſey dardurch den Kopff verfallen, wie er Inen dann mit ainem halben Fendlin zu überzeügen wiße.

Darauf iſt Ime angezaigt, es ſey von ſolchem Beuelch meinem gnedigen Herrn vnd den Räthen von der Kayſerl. Maj. nichts zukommen, darumb laße man es bey vorigem Beſchaid bleiben, vnd würde dem Beuelch, den

den die Kayſerl. Maj. den Räthen gegeben hette, nachſezen. Daß aber der Supplicant dermaßen ſolle gehandlet haben, wie der Graf anzaigt, vmb ſo uil deſto pillicher ſolle er den begerten Bericht geben, den die Kayſerl. Maj. vileicht aus ſeinem Bericht, ſo die Sach Irer Maj. referirt würde, verurſacht, den Supplicanten abzuweiſen, vnd were nochmals meines gnedigen Herrn Wohlmainung, das er ſeinen ſchrifftlichen Bericht auf die Artickel gegeben, dann durch ſolchen Weg möcht man der ſach am fürderlichſten vnd beldeſten abkomen.

Solches hat der Graf alſo angenommen vnd ſich erpotten, den Bericht ſchrifftlich einzugeben.

§. 14.

2. Oct. 1550.

Braunſchweigiſch Kriegs Handlung zwiſchen Hertzog Hainrichen zu Braunſchweig vnd der Stat Braunſchweig erſcheinen Hertzog Heinrichs Geſandten vnd thun ain lang mündtlich fürtragen, darauf wirdet Inen beſchaid, daß ſie daßelb vnd was Hertzog Heinrich weiter fürzubringen hab, in ſchrifften verfaßen, vnd meinem gnedigſten Herrn Preſidenten vbergeben möge; Dann es hab die Kayſerl. Maj. austrücklich befolhen, daß die ſach vor dieſem Hofrath ſolle verhört werden.

vide protocollum contentioſorum ſub hodierno die.

Daneben iſt bedacht, daß jemand aus den Rethen den Braunſchweigiſchen Geſandten zu

ſich

ſich fordere, vnd Jme anzaige, daß Hertzog Henrich in contumaciam handlete. Vnd wo er ferner procedieren ſolte, könne die Kayſerl. Maj. nit vmbgeen, dasjenig zu handeln, was ſich von Rechts wegen gepüert.

§. 15.

2. Oct. 1550.

Magdeburgiſch Handlung. Wirdet Laſarus von Schwendi zu dem Churfürſten von Sachſen mit Credentz vnd Jnſtruction abgefertigt vnd dem Churfürſten daneben geſchrieben. Daß er ſich der vorſtehenden Gelegenhait des verſambleten Kriegsuolcks vnd derer von Magdenburg alberait empfangenen Schadens geprauchen vnd verſuchen wolle, die Stat in ſeinen Gewalt zu pringen, es ſey durch Dedition oder gewaltſamer Eroberung, vnd wo es den Weg erraicht, daß Sy die von Magdenburg ergeben, ſo ſeye Jr Maj. erpietig, Jme den Churfürſten auf 5000. Mann zwen Monat Solde volgen zu laßen, alſo das er der Stat nit ehe abtretten ſchuldig ſein ſolle, er ſey dann ſolcher zwey Monat Beſoldung durch ainen konfftigen Ertzbiſchoue zu Magdenburg oder ſonſt volliglich entricht. Wo ſie ſich aber nit ergeben, vnd er die mit Gewalt erobern würde, ſolle Jme erlaubt ſein, mit ſchatzung vnd Plünderung vnd ſonſt in andere Weg ſich Kriegs Rechtens gegen Jnen zu gebrauchen.

Ende des eilften Stücks.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Moser, Johann Jacob, 1701-1785

Johann Jacob Mosers, Königlich-Dänischen Etats-Raths, Abhandlung verschiedener besonderer Rechts-Materien

Bd.: 11.

Frankfurt ; Leipzig (1775)

Bamberg, Staatsbibliothek -- .36 F 3#3
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11407298-4
VD18 80230768-001